Sonnabend/Sonntag, 24./25. März
10. Jahrgang, Nummer 72

Volkswacht-Zeitung

Wochenausgabe 10 Pfennige

für Schlesien und Oberschlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage. Bezugspreis: wöchentlich 0.50 Mk., monatlich 2.[illegible] Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2.[illegible] Vierteljahrspreis 2.50 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. d. Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon-Sammelnummer Oder 4712. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ring 8837. Sprechzeit der Redaktion: von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 18, Telephon 1065. Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2384. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Vorwärts"-Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Der 35 Millionen-Korruptionsfonds

Ein neuer Phoebus-Bericht

(Eig. Drahtb.) Berlin, 24. März.

Ein Unterausschuß zur Untersuchung der Phoebus-Angelegenheit hat in drei Sitzungen nunmehr den Bericht abgeschlossen. Er hat festgestellt, daß die gesamten Ausgaben des Kapitäns Lohmann eine Höhe von 35 Millionen Mark erreicht haben, die zum größten Teil verloren sind. Die Gelder stammen aus dem Ruhrfonds und den Resten sonstiger Geheimfonds. Selbst der Unterausschuß muß feststellen, daß diese Gelder unter Umgehung des Reichstages ausgegeben und die Geschäfte ohne jede Kontrolle durchgeführt wurden. Auf die tieferen Hintergründe der Lohmannschen Finanzoperationen, auf die ganze Frage der illegalen Reichswehrkorruption geht der Bericht natürlich nicht ein.

Auf die Anklagebank gehört das ganze System Dorpmüller, das nichts weiter versteht, als die Tarife zu erhöhen und die Löhne zu drücken, aber keine Reinlichkeit im eigenen Amte halten kann.

Der Bestechungsskandal bei der Reichsbahn

(Eig. Drahtb.) Berlin, 24. März.

Der Bestechungsskandal der Reichsbahn scheint ungeheure Ausmaße anzunehmen. Schon heute steht fest, daß außer dem Reichsbahnoberbaurat Schultze auch noch andere Beamte in die Affäre verwickelt sind. Schultze ist bisher noch nicht entlassen, sondern es ist gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Vorläufig befindet er sich noch auf freiem Fuße, „da Verdunkelungsgefahr nicht vorliege". Man versucht in der Oeffentlichkeit, den Anschein zu erwecken, als handele es sich nur um einen Einzelfall. An die bürgerliche Presse ist Anweisung ergangen, keine weiteren Namen in der Sache zu nennen, und die Presse, einschließlich der sozialdemokratischen, trägt diesen Wünschen ebenso Rechnung, wie in der Phoebusangelegenheit. Die „Welt am Abend" ist unterrichtet, daß eine Reihe der bekanntesten deutschen Firmen, der Maschinenbau- und Eisenindustrie, u. a. ein weltberühmtes Berliner Werk in die Affäre verstrickt sind.

Auflösung des Reichstags am 31. März

(Eig. Bericht.) Berlin, 24. März.

Der Reichskanzler wird am 31. März am Schlusse der Reichstagssitzung das Dekret des Reichspräsidenten verlesen, das die Auflösung des Reichstages ausspricht. Der Termin für die Neuwahlen wird in dem Dekret nicht enthalten sein. (Die Bürgerblockparteien wollen sich noch eine Hintertür offen lassen.) Darüber wird das Reichskabinett erst in der nächsten Woche sich schlüssig machen.

Ueber die Frage der Behandlung der Splitterparteien bei den Wahlen fanden gestern im Reichstag wieder interfraktionelle Besprechungen statt. Sie führten jedoch nicht zu einer Einigung, so daß keine Anträge aus dem Hause in dieser Angelegenheit mehr zu erwarten sind.

Kappist v. Jagow erhält Pension

(Eig. Bericht.) Leipzig, 23. März.

In der Revisionssache des früheren Regierungspräsidenten Traugott von Jagow, der den preußischen Staat auf Zahlung des Wartegeldes für die Zeit vom 1. Januar 1922 bis 1. Januar 1925 verklagt hatte, hat heute das Reichsgericht das Urteil der Vorinstanz aufgehoben und festgestellt, daß der preußische Staat verpflichtet ist, dem Kläger vom 1. Januar 1922 ab die ihm als Regierungspräsident im einstweiligen Ruhestand gesetzlich zustehenden Bezüge zu gewähren. Die Kosten des Verfahrens wurden dem preußischen Staat auferlegt.

Klare Fronten!

Lügenoffensive zum kommenden Wahlkampf

R. Breslau, 24. März.

In der modernen Kriegstechnik spielt eine immer größere Rolle die Erzeugung künstlichen Nebels, hinter dem sich dann die Operationen der Angreifer oder Verteidiger abwickeln. In der Politik ist etwas ähnliches längst bekannt und bewährt. Es gehört geradezu zum Wesen der sogenannten Demokratie, daß sie ihre Wahlen, die „freien" Wahlen, vorbereitet durch eine großartige ideologischen Benebelungsoffensive.

Je näher der Tag rückt, an dem die Millionen deutscher Werktätiger ihr politisches Urteil über die letzten vier Jahre sprechen sollen, desto mehr setzt sich der riesige bürgerliche Propagandaapparat in Bewegung und gibt uns heute bereits einen Vorgeschmack davon, was wir an „Stimmungsmache" alles zu erwarten haben.

Am forschesten und unverfrorensten gehen die deutschnationalen Landbündler vor. Ihnen kommt es darauf an, die Empörung der schwerbedrängten Kleinbauern und Landarbeiter abzulenken von den wahren Schuldigen: dem großagrarierfreundlichen Bürgerblog, dem Industriewucher, Pachtwucher, Bankwucher und Händlerwucher. Weshalb stellen sie sich, nach berühmtem Muster „an die Spitze der Bewegung" und hetzen gegen untergeordnete Staatsorgane, gegen die ach so jämmerliche Sozialgesetzgebung und sogar gegen die hungernden Erwerbslosen. Und das wagen auch die schlesischen Großagrarier! Sie, die in nur vierzig Jahren **hunderttausend Hektar Bauernland zum Großgrundbesitz geschlagen haben, hetzen gegen Zwangsverkäufe!** Sie, die sich **polnische Landarbeiter für ihre entsetzlichen, menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen** holen mußten, hetzen gegen die Hungerbezüge der Erwerbslosen, weil diese das Verrecken unter den großagrarischen Sklavenverhältnissen ablehnen! An anderer Stelle unserer heutigen Zeitung weisen wir nach, wie groß der Schwindel von den „gemeinsamen Interessen der Landwirtschaft" ist. Um aber zu verhindern, daß den Kleinbauern- und Landarbeitern morgen darüber die Augen aufgehen, wurde der letzte große Protestfeldzug inszeniert. Zerstreuen wir diesen Nebel! Zeigen wir dem werktätigen Teile des Landvolkes, daß die Richthofen und Konsorten seine Interessengegner, seine Feinde sind, die es feige im Stiche lassen. Holen wir nach, was wir in der Arbeit für das **Kampfbündnis der Proletarier und Kleinbauern** bisher versäumten.

Ein besonders schamloses Verschleierungsmanöver ist die Hetze gegen die Verhaftung der deutschen Sabotage-Ingenieure in der Sowjetunion. Der wie auf Bestellung einsetzende Entrüstungsrummel trug in sich deutlich das Kennzeichen politischer Zweckmache. Seit Locarno hat die Kommunistische Partei auf die immer offenere Schwenkung der deutschen Bourgeoisie in die antibolschewistische Front Englands hingewiesen. Bisher hielt Stresemann aus taktischen Gründen es für besser, wenigstens äußerlich den Anschein zu erwecken, als habe er sich nach Westen nicht gebunden. Damit ist es nun zu Ende. Mit sichtlichem Behagen griff die deutsche Regierung die Verhaftungen auf, um nun auch äußerlich die Abwendung von ihrer früheren Ostpolitik, vom Kurs von Rapallo, zu dokumentieren. Der hochgehende Entrüstungsrummel ist nur die Nebelwand, **die verschleiern soll, daß die politische Umorientierung aus ganz anderen Gründen schon früher erfolgt ist.** Dabei leistet die Sozialdemokratische Partei geradezu schamlose Helferdienste. Ihre Presse steht seit Tagen Schulter an Schulter mit den Bürgerblockblättern gegen den „bolschewistischen Terror". Im Auswärtigen Ausschuß war es ihr Redner Hilferding, der ganz im Stile des Augusts 1914 eine wüste Hetzrede gegen die Sowjetunion hielt. Nur eine einzige sozialdemokratische Zeitung, die „Leipziger Volkszeitung", nahm, offenbar unter starkem Druck der linken sozialdemokratischen Arbeiter, eine andere Stellung ein. Sie schrieb:

„Die Arbeiterklasse und ihre Presse hat keine Veranlassung, sich in die Front der kapitalistischen Gegner Sowjetrußlands einzureihen. Auch in diesem Falle nicht. Ihre Aufgabe ist es, Sowjetrußland in seinem Kampfe gegen seine übermächtigen kapitalistischen Gegner beizustehen. Da es nicht mehr ist, daß die Verhaftungen ohne jeden Grund erfolgt sind, sind auch wir der Auffassung, daß sie für das Auswärtige Amt nur ein Vorwand für den Verhandlungstisch waren."

„Wenn Stresemann diesmal so schnell damit bei der Hand war, so wird der Grund in der Umorientierung seiner Außenpolitik liegen, die in dem vergangenen Jahr immer deutlicher in Erscheinung getreten ist. Seit Stresemann in dem Konzert der Weltmächte mitspielen darf, legt er mit Rücksicht auf England auf ein allzu enges Verhältnis mit Rußland keinen Wert mehr."

„Daß die sozialistischen Arbeiter jeden Schritt einer antirussischen Außenpolitik mit schärfsten Mitteln [illegible]

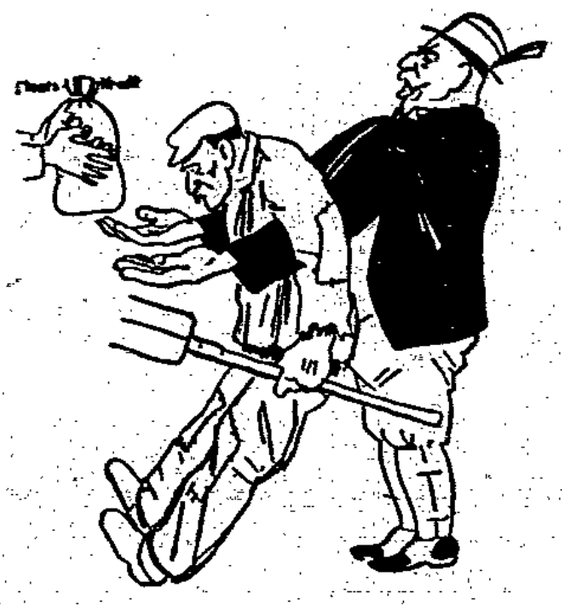
Klingen auf! Wuchtbötiger Brüder!

Kleinbauer, mach nicht länger mit,
Hör' nicht auf das Geflunker!
Spuck' auf den ganzen Landbund-Kitt . . .!
Du bist's, der immer kriegt den Tritt — —
Das Fett schöpft ab der Junker!

Für ihn sollst die Kastanien du
Stets holen aus dem Feuer.
Du hast kein Geld und keine Schuh',
Man pfändet dir die letzte Kuh
Im Stalle für die Steuer.

Zieh' nicht in Demut mehr die Müt'
Vor jeder feisten Drohne!
Was kümmern dich die Köckeritz,
Die Richthofen und Itzenplitz — ?
Pfeif' auf die Krautbarone!!

Dir hilft kein Landbund aus der Not,
Kein Jammern und kein Beten . . .!
Der Staat schickt Polizei statt Brot —
Der Hoffnungsstern, der schimmert rot
Für Stadt- und Landproleten!



Kasimir Sudhmer

Widerstande verfolgen müssen, das erfordern Ihre eigenen Interessen. Darum verurteilen sie den Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland und stellen sich der Hetze gegen die Sowjetunion entgegen."

Trotz dieser durchaus richtigen Einstellung hütet sich die „Leipziger Volkszeitung", ein offenes Wort über die offizielle Haltung der Sozialdemokratie zu sagen. Sonst hätte sie feststellen müssen, daß die deutsche Regierung und mit ihr die Sozialdemokratie jetzt trotz aller Verschleierungsversuche offen gezeigt haben, daß sie beim kommenden bewaffneten Konflikt auf der Seite der [illegible] imperialistischen Westmächte stehen werden.

Tschitscherin zum „Sinowjewbrief"

In Berlin von russischen Weißgardisten fabriziert

Moskau, 23. März. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion bringt eine Meldung, der wir folgendes entnehmen: In einer Unterredung mit Pressevertretern erklärte Tschitscherin: Die Mitteilungen Baldwins im Parlament über den Sinowjew-Brief stellen glatte Erfindungen dar, die jeder wirklichen Grundlage entbehren, dabei ausgesprochen verleumderischen Charakter tragen und für die Mitglieder der Sowjetregierung tief verletzend sind.

Die Ausführungen Baldwins enthalten u. a. einen krassen Widerspruch zwischen seinen Behauptungen und den altbekannten Tatsachen. Einer offiziellen englischen Funkmeldung zufolge erklärte Baldwin, der Entschluß der Sowjetregierung, eine Untersuchung durch ein Schiedsgericht zu verlangen, sei erst einen Monat nach dem Erscheinen des sogenannten Sinowjew-Briefes und nach der Erklärung Tschitscherins gegenüber seinen Kollegen, daß das Original des Briefes vernichtet sei und die Sowjetregierung ruhig auf ein Untersuchungsverfahren drängen könne, erfolgt. In Wirklichkeit aber erfolgte der Antrag der Sowjetregierung, die Untersuchung einzuleiten, am 27. Oktober 1924, d. h. sofort nach dem Eintreffen der Nachrichten, daß das falsche Dokument Nalowski vorgelegt sei.

Die englische Regierung lehnte seinerzeit den Antrag der britischen Arbeiterpartei auf Einleitung eines Untersuchungsverfahrens ab, das die Unechtheit des Dokuments unzweifelhaft erwiesen hätte. Die englische Regierung fürchtet die Untersuchung um so mehr, je stärkere Beweise für die Unechtheit des Briefes vorliegen. Unter anderem liefern die Aussagen Druschilowskis ausführliches Tatsachenmaterial über die Herstellung des Sinowjew-Briefes durch die russischen Emigranten Schentschuschnikoff, Belgardt und Gumanski, die sowohl beim polnischen Hauptmann Pariorkowski als auch beim englischen Geheimdienst tätig waren, wobei Druschilowski von Schentschuschnikoff mitgeteilt wurde, daß der Entwurf des Sinowjew-Briefes in seiner Wohnung von Belgardt und Gumanski abgefaßt wurde.

Tschitscherin erinnerte darauf an den durchsichtigen Hinweis der „Manchester Guardian" vom 23. Mai 1927, daß der Sinowjew-Brief in Berlin hergestellt wurde. Ein grelles Licht auf die Stellung dieses Gentlemans wirft die Tatsache, daß Sinowjew ihm unter dem Namen Apfelbaum bekannt war, unter welchem ihn Spione verschiedener Länder kannten, während jetzt allbekannt ist, daß der trieben, weicht die englische Regierung bewußt der für sie harten Wahr- Familienname Sinowjews Radomysalski ist. In die Enge gedrängt aus und operiert mit Methoden, die in alter Zeit vor religiösen Gerichten von den Jesuiten angewandt wurden, welche gegen jene, die sie verderben und stürzen wollten, die furchtbarsten Beschuldigungen erhoben, dabei jedoch keinerlei Beweise erbrachten.

Verbot der Humanitee?

Der Feldzug gegen die KP. Frankreichs

Paris, 22. März. Sicherem Vernehmen nach hat die französische Regierung auf Vorschlag des Justizministers sich ernsthaft mit der Frage eines Verbots der kommunistischen „Humanité" und der Partei selbst beschäftigt. Als Vorwand soll eine erfundene Spionageanklage gegen die Partei dienen. Die bürgerliche Presse bereitet das Verbot durch die übelsten Verleumdungsmethoden vor. Die Zentrale der Kommunistischen Partei wendet sich in einem Aufruf an die gesamte französische Arbeiterschaft und fordert sie auf, zum Schutz der Koalitions- und Pressefreiheit, der Organisationen und Zeitungen des Proletariats den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen.

Scharfer Konflikt in Genf

(Eig. Drahtb.) Genf, 24. März.

Der Präsident der Abrüstungssabotagekommission legte gestern eine Entschließung vor, die praktisch eine erneute Verschiebung der ganzen Abrüstungsfrage bis auf die unbestimmte zweite Lesung bedeutet. Gegen diesen Vorschlag wandte sich zunächst der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, und dann Genosse Litwinow mit einer sehr scharfen Erklärung. Er wies darauf hin, daß die ganze Frage seit Jahren nicht einen Schritt weitergekommen sei. Rußland fordere die erste Lesung seines Entwurfes. Gegen Litwinow wandte sich sehr scharf der englische Lord Cushendan, der es wagte, zu behaupten, England habe seine Rüstungen bereits eingestellt. Auch die Vertreter der übrigen Staaten erklärten sich in aller Einmütigkeit für die Vertagung. Ein anderslautender deutscher Vorschlag wurde abgelehnt.

Um den imperialistischen Mächten auch die letzte Ausflucht gegenüber den russischen Vorschlägen zu nehmen, hat die Sowjetdelegation einen neuen Abrüstungsentwurf eingebracht, der wenigstens eine teilweise Abrüstung der militärischen Großmächte vorsieht. Heute, Sonnabend, wird die Abrüstungskommission nun zu entscheiden haben, ob sie weitertagen oder sich öffentlich als lächerliche Spiegelfechterei kennzeichnen will.

Genosse Rosenbaum beleuchtet Keudells Klassenstaat

Sozialdemokratische Pfaffenkultur

(Eig. Drahtb.) Berlin, 24. März.

Der Reichstag setzte am Freitag die Aussprache über den Innenetat fort. Herr v. Keudell hielt seinem Reichsschulgesetz und gleichzeitig seiner Ministerlaufbahn die Grabrede. Von den Deutschnationalen und von den Zentrumsbänken kam das wehmütige Echo: „Behüt' dich Gott, es wär' so schön gewesen." Die Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß auch im neuen Reichstag die Anschläge der Pfaffen und Pfaffenknechte zunichte werden.

Während die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten fluchtartig den Saal verlassen, ergreift der kommunistische Redner das Wort.

Genosse Rosenbaum führte aus: Wir betrachten das Innenministerium als den zentralen Verwaltungsapparat dieses bürgerlichen Klassenstaates. Unter den 35 Millionen der sogenannten Kulturdispositionen befinden sich Errungenschaften wie die Schund- und Schmutzprüfstelle, die Filmzensur, Erhaltung monarchistischer Denkmäler, Anschaffung schwarzrotgoldener Grenzpfähle und ähnliche Blödheiten. Noch klarer tritt der klassenfeindliche Charakter des Etats hervor, wenn man ihn im einzelnen betrachtet. Für die von der Sozialdemokratie begründete Streikbrechergarde, genannt Technische Nothilfe, sind 2¼ Millionen Mark, für den Reichsspitzelhäuptling, genannt Reichskommissar für öffentliche Ordnung, 413 000 Mark eingesetzt. In einen anderen Etat hineinbugsiert findet man Reichszuschüsse an die Polizeiformationen der einzelnen Länder in Höhe von insgesamt 213 Millionen Mark zur Niederschlagung von Arbeiterbewegungen.

Anschließend untersucht Genosse Rosenbaum die 30 Millionen, die für wirkliche Kulturzwecke verwendet werden. Für Förderung wissenschaftlicher Zwecke, für die Hochschule für Politik, für studentische Wirtschaftshilfe usw. wird der Löwenanteil verwendet. Es gibt keine Kulturausgabe, die den Arbeitern den Aufstieg ermöglicht. So hat man für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 8 Millionen zur Verfügung gestellt, aber für das gesamte Schul-, Erziehung- und Fortbildungswesen in Deutschland ganze 300 000 Mark.

Für die Hebung der Religion und bürgerlichen Sittlichkeit, wie sie Herr Mumm auffaßt, werden Mittel in Hülle und Fülle bereitgestellt. Unter dem verlogenen Deckmantel „kultureller gemeinnütziger Einrichtungen" gehen sie Jahr für Jahr eine Million Mark an kirchlich-soziale Organisationen. Als unser Antrag auf Streichung abgelehnt wurde, verlangten wir 300 000 Mark auch für die Freidenkerbewegung. Nachdem die eine Million für die Kirche bewilligt war, stimmten die Sozialdemokraten mit allen Bürgerlichen unsere Forderung von 300 000 Mark für die Freidenkerbewegung nieder.

Genosse Rosenbaum brandmarkte ferner die Verschwendung von Steuergeldern für Aufrüstung und stellte diesen die lächerlichen Summen gegenüber, die das Reich für Mütter- und Säuglingsschutz usw. übrig hat.

Die Bestrebungen betreffend den Einheitsstaat zielen lediglich auf einen gegenüber der Arbeiterschaft schlagfertigen Staatsapparat hin. Wir Kommunisten lehnen deshalb diese Art Einheitsstaat ab. Wir sind für den sozialistischen Einheitsstaat des werktätigen Volkes, der nur eine freie deutsche Räterepublik sein kann.

Die Buchdrucker haben gekündigt

Breslau, 24. März. Die gestern den Einzelunternehmern überreichten Forderungen sind in allen Breslauer Buchdruckereibetrieben abgelehnt worden. Selbst das Auch-Arbeiterunternehmen „Volkswacht" lehnte die Bewilligung ab. Daraufhin haben die Buchdrucker in allen Betrieben die Arbeit mit achttägiger Frist gekündigt. Lediglich in der Druckerei der „Arbeiter-Zeitung" (Peuvag) sind die Forderungen der Buchdrucker bewilligt worden.

Berlin, 24. März. (Eig. Drahtb.) In Berlin haben 15 Unternehmer mit zirka 2000 Beschäftigten die am Freitag in den Einzelbetrieben gestellten Forderungen bewilligt worden. Eine Anzahl Großfirmen haben sich bereiterklärt, eine wesentlich höhere Summe als die des Schiedsspruches zu bewilligen. So hat eine Berliner Großfirma mit rund 2000 Beschäftigten eine Erhöhung von 6 Mark angeboten, eine andere Großfirma 7 Mark, andere Firmen 5 Mark. Diese Angebote sind abgelehnt und die Kündigungen eingereicht worden.

Soweit Meldungen aus dem Reich vorliegen, sind in der Mehrzahl der Fälle die Forderungen nicht bewilligt worden. Daraufhin ist die Arbeit überall gekündigt worden.

Die Breslauer Eisenbahner lehnen ab

Breslau, 24. März. Gestern hat der engere und erweiterte Vorstand und die Funktionäre des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands zu dem Schiedsspruch Stellung genommen und ihn einmütig abgelehnt.

Ingenieur Goldstein berichtet dem Auswärtigen Amt

Oberingenieur Goldstein, der gestern abend aus Rußland zurückgekehrt ist, hat heute vormittag zunächst der Direktion der AEG. über seine Verhaftung und über die Lage im Donezbecken, die zur Festnahme der Wirtschaftssaboteure Bericht erstattet. Das Auswärtige Amt ist über diesen Bericht bereits von der AEG. verständigt worden. Am Nachmittag wird sich Goldstein ins Auswärtige Amt begeben. Er soll dann, wie weiter verlautet, seine Erfahrungen in einem schriftlichen Exposé für das Auswärtige Amt niederlegen.

Herr Goldstein, der wegen Wirtschaftssabotage aus der Sowjetunion ausgewiesen worden ist, wird wahrscheinlich der Vertrauensmann des Auswärtigen Amtes und der Kronzeuge für die Hetzkampagne gegen den Arbeiter- und Bauernstaat werden.

Vom Tage

Nach Mitteilungen der „Humanité" ist der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht der entscheidende Feind des russischen Außenhandelsmonopols. Er steht in enger Verbindung mit russischen Emigranten, ehemaligen Besitzern der Donezgruben.

Im Lichterfelder Landfriedensbruchprozeß gegen die Zeugenvernehmungen, die die faschistischen Mordhelden schwer belasten, weiter.

Der Staatsvertrag über die Vereinigung Waldecks mit Preußen ist am 23 März unterzeichnet worden. Die Vorlage an die beiderseitigen Landtage wird nun erfolgen.

Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht I Berlin hat gegen die „Welt am Abend" wegen der Artikelserie „Kutte und Krummstab" Anklage wegen Beschimpfung der katholischen Kirche und ihrer Einrichtungen erhoben.

Im Sinne der „Rechtsangleichung" hat nunmehr auch der österreichische Nationalrat ein Schmutz- und Schundgesetz durch Antrag gefordert.

In Haussuchungen bei Bayrischen Wikinganhängern wurde festgestellt, daß der Wikingbund über eine ganze Reihe geheimer Waffenlager verfügt. Trotzdem wurden Verhaftungen nicht vorgenommen.

Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth, das republikanische Paradepferd des Zentrums, ist zum Reichstag nicht wieder aufgestellt worden.

Auch in den letzten Beratungen des Unterausschusses des Rechtsausschusses zur Weiterberatung der Amnestiefrage kam es zu keinem endgültigen Ergebnis. In der kommenden Vollsitzung des Rechtsausschusses wird das Schicksal der Amnestie einzig von den sozialdemokratischen Vertretern abhängen.

Die Ber[illegible]er ägyptische Kolonie hielt eine Kundgebung für [illegible]reiheit Aegyptens gegen die englischen Forderungen ab.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

147

Pierre nahm seinen Hut, und alle drei stiegen unter lautem Sprechen und Lachen und mit der Fröhlichkeit von Schülern, die in die Ferien ziehen, die Treppe hinab. Sie hatten bereits die Straße erreicht, als Frau Majesté unter dem Torweg herbeigestürzt kam. Sie mußte wohl auf ihren Ausgang gewartet haben.

„O, mein Fräulein, meine Herren, gestatten Sie mir, daß ich Ihnen meinen Glückwunsch darbringe. Wir haben von der außerordentlichen Gnade gehört, die Ihnen widerfahren ist; wir sind so glücklich, so geschmeichelt, daß die heilige Jungfrau jemand von unseren Gästen ausgezeichnet hat."

Ihr trockenes und hartes Gesicht zerschmolz in Liebenswürdigkeit, und sie betrachtete das junge Mädchen, an dem sich das Wunder vollzogen hatte, mit zärtlichen Augen. Dann rief sie eilig ihren Gatten, der eben vorbeiging.

„Sieh doch, mein Lieber, da ist das Fräulein, das Fräulein —"

Das in gelbem Fett schwimmende Gesicht Majestés nahm einen Ausdruck der Freude und Dankbarkeit an.

„Wahrhaftig, Fräulein, ich kann Ihnen nicht sagen, wie geehrt wir uns fühlen; wir werden nie vergessen, daß Ihr Herr Vater bei uns abgestiegen ist; schon das macht viele neidisch."

Während dieser Zeit hielt Frau Majesté die anderen Reisenden, die ausgingen, an, rief mit einer Bewegung die Familien, die sich bereits im Speisesaale niedergelassen hatten, herbei, und würde, wenn man ihr die Muße dazu gelassen hätte, die ganze Straße hereingeholt haben, um zu zeigen, daß sie da war, bei ihr, das wunderbare Mädchen, über das ganz Lourdes seit dem gestrigen Tage in Verwunderung verging. Schließlich sammelte sich eine Menge Leute an, nach und nach entstand ein ganzer Auflauf, und Frau Majesté zischelte einem jeden ins Ohr:

„Sehen Sie, das ist sie, die junge Person. Sie wissen doch, die junge Person —"

Plötzlich rief sie aus:

„Ich werde Appoline aus dem Magazin holen. Appoline muß das Fräulein sehen."

Aber mit würdiger Miene hielt sie nun Majesté zurück:

„Nein, laß Appoline; sie hat schon drei Damen zu bedienen. Das Fräulein und die Herren werden Lourdes gewiß nicht verlassen, ohne einige Einkäufe zu machen. Die kleinen Andenken, welche man mitnimmt, betrachtet man später mit so großem Behagen. Und unsere Kunden wollen nie etwas wo anders kaufen, als bei uns, in dem Magazin, das wir mit dem Hotel vereinigt haben."

„Ich habe schon meine Dienste angeboten," erklärte Frau Majesté; „ich erneuere dieselben; Appoline wird glücklich sein, dem Fräulein das Schönste zu zeigen, was wir haben, und zu wahrhaft unglaublich billigen Preisen! O, entzückende Sachen, entzückende Sachen!"

Marie fing an, ungeduldig zu werden, daß sie so zurückgehalten wurde, und Pierre litt unter der erwachten, immer größer werdenden Neugier. Was Herrn von Guersaint anbetraf, so empfand er einen köstlichen Genuß in dieser Popularität, in diesem Triumph seiner Tochter.

„Gewiß werden wir einige kleine Nippsachen kaufen, als Andenken für uns und um Geschenke damit zu machen. Aber später, wenn wir zurückkehren."

Endlich entschlüpften sie und gingen die Avenue de la Grotte hinunter. Das Wetter war nach den Stürmen der beiden vorhergehenden Nächte wieder herrlich. Die erfrischende Morgenluft duftete schön in der vollen Fröhlichkeit der klaren Sonne. Eine geschäftige, lebensfreudige Menge drängte sich bereits auf den Trottoirs. Welches Entzücken für Marie, der alles neu, reizend, unschätzbar erschien. Am Morgen hatte sie einwilligen müssen, daß Raymonde ihr ein Paar Schuhe lieh, denn aus Aberglauben, in der Befürchtung, sie brächten ihr Unglück, hatte sie sich wohl gehütet, solche in ihren Koffer zu legen. Die Schuhe taten ihr zum Entzücken, und sie hörte mit kindlicher Freude, wie die kleinen Haken fröhlich über die Fliesen trippelten.

Sie erinnerte sich nicht, je so weiße Häuser, so grüne Bäume und so fröhliche Spaziergänger gesehen zu haben. Alle ihre wunderbar zarten Sinne schienen in Festestimmung zu sein; sie hörte Musik, roch feine Düfte und kostete die Luft mit Behagen wie eine süße Frucht. Was sie aber besonders reizend, köstlich fand, das war die Freude, so am Arme ihres Vaters spazieren zu gehen. Noch nie war ihr das vorgekommen, seit Jahren träumte sie davon, wie von einer jener großen, unmöglichen Glückseligkeiten, mit denen man sich während einer Krankheit beschäftigt. Der Traum verwirklichte sich, ihr Herz schlug voller Fröhlichkeit.

(Fortsetzung folgt.)

Sechstage-Rennen sind Betrug!

Vor einigen Jahren wurde auch Schlesien mit Sechstagerennen „beglückt". In der Breslauer Sportarena geht seitdem jedes Jahr ein solches vonstatten. Immer stärker wurde die Anteilnahme der Bevölkerung, immer höher stiegen die Zuschauerzahlen und — immer größer wurde der Verdienst der Veranstalter, der höchstens noch von dem der Fahrradindustrie übertroffen wurde, die mit großzügiger Reklame aus dem Ausgang der Rennen Gold münzte.

„Eingeweihte" munkelten schon öfters, daß es bei diesen Rennen nicht einwandfrei zugehe. Deren Verteidiger aber, alles Leute der bürgerlichen Sportrichtung, denen der „Rekord" Selbstzweck des Sportes ist, plusterten sich in moralischer Entrüstung gewaltig auf und erklärten, für die Ehrlichkeit der Sechstagerennen ihre Hand ins Feuer legen zu wollen.

Sie haben sich ihre Fingerchen ordentlich verbrannt.

Das letzte Berliner Sechstagerennen hat den ganzen Schwindel, die unerhörte Betrügerei dieser Art „Sport" offenbart. Während sich die Proleten zu Tausenden um die Rennbahn drängten, während sie ihre letzten Pfennige zusammenkratzten, um „dabei zu sein", und in ehrlicher, allerdings am untauglichen Objekt verschwendeter, Sportbegeisterung rasten, tobten, brüllten, setzten sich ihre Helden, die „Kanonen" unter den Sechstagefahrern zusammen und — schlossen Verträge untereinander ab, nach denen die Paare Ehmer—Kroschel, Rieger—Tietz, freiwillig zugunsten ihrer Kollegen van Kempen—Richli auf Sieg verzichteten. Dafür bekamen sie von den vertragsmäßig bestimmten „Siegern" finanzielle Entschädigungen und Ehmer—Kroschel durften in einem Nebenwettbewerb „nach heißem Kampf" die führenden van Kempen—Richli „schlagen". Um den Schwindel zu verdecken, fing der „besiegte" van Kempen aus „Wut" über diese „Niederlage" mit dem Amerikaner Dempsey eine kleine Keilerei an.

Daß der ganze Korruptionssumpf aufgedeckt wurde, ist bestimmt nicht dem Reinlichkeitsbedürfnis der bürgerlichen Sportinstanzen zu verdanken. Neid der an den Schiebungen nicht Beteiligten, persönliche Feindschaft zwischen dem Leiter des Rennens, Walter Rütt, und van Kempen führten dazu, daß die schmutzige Geschichte bekannt wurde.

Nun hat man einige der Fahrer mit Geldstrafen belegt oder „disqualifiziert". Die moralisch für die Vorgänge Verantwortlichen, die Veranstalter, die auf jeden Fall „Sensationen" wollen, und die Fahrradfirmen, die erst das System des „Kausens" der Fahrer eingeführt haben, können weiter unbeanstandet ihre Geschäfte treiben.

Ob die Proleten in den kommenden Jahren auch weiterhin hineinfallen werden? An Wertvollem ginge bestimmt nichts verloren, wenn der Sechstage-Wahnsinn verschwinden würde.

Rätsel-Ecke

Silbenaustauschrätsel

Wabe	Wortteil
Ratte	Vogel
Kilo	Musikinstrument
Ufer	Getreide
Hagel	Schiffsteil
Ampel	Gotteshaus
Meister	Nebenfluß der Elbe
Trottel	Kleidungsstück
Lava	Frauenname
Gaumen	Lederstreifen
Mühle	Hast
Bahre	Körperorgan
Fibel	Naturerscheinung
Tafel	Gebirge in Deutschland
Gitter	Schlange

Die erste Silbe jedes Wortes ist so zu verändern, daß neue Wörter von nebenstehender Bedeutung entstehen. Die Anfangsbuchstaben der neuen Wörter ergeben, von oben nach unten gelesen, ein sportliches Ereignis.

Zahlenrätsel

8 6 4 5	gesellschaftliche Vereinigung
5 1 7 6 6 2	Augenglas
4 6 8	Scherz
1 2 4 2	Bedauern
6 4 3 2	optisches Instrument
3 2 1 4	südamerikanisches Land
5 2 4 6 2	Verletzung
1 4 5 1 7 8	Abteilung
8 2 7 6 2 1 2 7	Schlägerei
6 7 1 2	italienische Münze
3 7 6 6 2	Medikament
8 2 5 6 2 1	Astronom
6 7 2 5 2	Gefühl
4 6 1 7 8 2	Frauenname
2 1 7 8	schwedischer Männername
7 1 2	Inselbewohner
8 6 7 8 3 2	Meeresfelsen

Die Buchstaben 1 bis 8 ergeben eine Staatsform.

Wortverwandlungsrätsel

Lohn, Lohe, Lose, Rose, Rost, Rest.
Dante, Tante, Tanne, Tonne, Nonne.
Paris, Paria, Maria, Marie, Marne.

Rätselauflösung aus Nr. 66

Silbenrätsel

1. DrEißiger, 2. ArMita, 3. SeGelschiff, 4. SiTtenpolizei, 5. ChiAnti, 6. ImBiß, 7. CiBitavecchia, 8. KrOkodil, 9. SeNegal, 10. AnZeige, 11. LaWine, 12. DiEselmotor, 13. ErIwan, 14. NaBatte, 15. WeIchsel, 16. ElSter, 17. LeDebour, 18. TiRol, 19. RiEge, 20. EmJ I, 21. VaTer, 22. OrAnge, 23. LiGa, 24. UsEdom, 25. ToNne, 26. JuKu, 27. OpAl, 28. NoMaden, 29. HoPfen, 30. AlFenid.

Das Schicksal der Weltrevolution hängt ab von zwei bis drei Tagen Kampf. (Lenin.)

Humor-Ecke

Er möchte drunter schauen.

In einem Sauerländer Landstädtchen eiferte der Kaplan in der Predigt gegen die Oberflächlichkeit und den Leichtsinn unserer Jugend. Das machte er wörtlich so: „...Und wie ist's beim Heirgten? Oberflächlich, leichtsinnig! Ihr schaut vorher nur auf das hübsche Gesichtchen, nur auf das Aeußere, ihr schaut nur auf die Kleider, ich aber sage euch, ihr müßt auch sehen, was darunter ist!"

*

Bei Raffles.

„Herr Timm, kommen Sie morgen zum Abendbrot zu uns?"
„Tut mir leid, ich möchte morgen „Wilhelm Tell" besuchen."
„Das macht nichts, bringen Sie den Kunden doch mit."

*

Etwas von unseren lieben höheren Beamten.

„Na, wie gefällt Ihnen denn eigentlich unser neuer Kollege?"
„Wissen Se, der Mensch ist ja wahnsinnig nervös, kaum ist er im Büro, dann setzt er sich auch schon an den Schreibtisch und fängt an zu arbeiten."

*

Er kennt seine „Gnädige".

„Handschuhe werden auch von Tag zu Tag teurer. Meine Frau ruiniert mich damit."
„Dagegen gibt es ein Mittel. Seitdem ich es anwende, trägt meine Frau keine Handschuhe mehr."
„Was machst du?"
„Ich kaufe ihr Brillantringe."

*

Die Bewährungsfrist.

„Mensch, wie kannst du dich so beleidigen lassen, hau dem Kerl doch eins auf die Nase."
„Immer ruhig, jetzt ist es elf, um zwölf läuft meine Bewährungsfrist ab, dann kannst du 'nen Krankenwagen bestellen!"

*

Trost.

Ein alter Mann erhält nach der Beerdigung seiner Frau den Besuch des Geistlichen. Dieser bemerkt auf dem Tische eine halbe Flasche Schnaps und fragt vorwurfsvoll: „Ist dies nun Ihr einziger Trost?"
„Nein," erwiderte jener, „im Schrank stehen noch zwei volle Flaschen."

*

Emil kommt von der Arbeit und wird von einem Herrn empfangen, der ihn bittet, doch etwas für eine guten Zweck zu tun und auch etwas für die Kirchengemeinde zu geben.
„Nee," sagt Emil, „ich habe kein Geld und habe bei den meisten Leuten schon Schulden."
„Aber, lieber Freund," antwortet der Pfarramtskandidat, „weißt du denn nicht, daß du dem lieben Gott auch sehr viel schuldest?"
„Das kann schon sein," sagt Emil, „aber der mahnt auch nicht so egalweg!"

*

Kurz nach der Revolution erhielt der Amtsvorstand eines kleinen bayrischen Gebirgsdörfchens ein amtliches Schreiben, 60 Prozent des Waldbestandes seien sofort abzuholzen.
Der Amtsvorstand, ein überzeugter Nationalsozialist mit entsprechenden Geistesgaben, setzte sich hin und antwortete auf das amtliche Schreiben, nach dem er vorher eine Stunde überlegt und das Schreiben von allen Seiten betrachtet hatte:
„Soviel ham wir gar nit!"

*

Der Lehrer fragt den kleinen Moritz in der Chemiestunde: „Was geschieht mit reinem Gold, wenn man es ins Freie legt?"
„Es wird gestohlen, Herr Lehrer," sagte Moritzchen.

*

Der Nachwuchs.

„Willy, gehste nich mit auf'n Hof spielen?"
„Nee, ich habe keine Zeit, wir haben gleich Stahlhelm-Versammlung!"

Rundfunk-Programm

Rundfunk-Programm Breslau (322,6), Gleiwitz (250)

Sonntag, 25. März. 9.15: Glockengeläut der Christuskirche. ● 11. Evang. Morgenfeier. Mitw.: Martin Anders (Tenor), Pfarrer Lic. Dr. Büntzel. ● 12: Harfenkonzert. Mitw.: Konzertm. Henrichs (Violine), Br. Schaefer (Harfe). Saint-Saens: Fant. für Violine und Harfe. — Tedeschi: Suite für Harfe. — Poenitz: Am Strand (Violine und Harfe). ● 14: Rätselfunk. ● 14.10: Gartenarchitekt Greis: Winter- und Frühjahrsarbeiten im Kleingarten. ● 14.20: Oberlandwirtschaftsrat Dr. Wagner: Schlesischer Blumenstenbau. ● 14.50: Schachfunk. ● 15.20: Fr. Reinicke erzählt eine lustige Schiffsgeschichte „Vid fährt nach Amerika". ● 15.50: Kriminalpolizeirat Polle: Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch endlich an die Sonnen. ● 16.20: Der Tanz in der Oper. Moussorgsky: Polonaise aus Boris Godounow. — Gounod: Faust-Walzer. — Bizet: Seguidilla aus Carmen. — Smetana: Tanzlute aus Die verkaufte Braut. — Rubinsteins Lichterlanz aus Feramors. — Wagner: Tanz auf der Festwiese aus Meistersinger. — Humperdinck: Knusperwalzer aus Hänsel und Gretel. — Jemlinsky: Walzerwischenspiel aus Kleider machen Leute. — Strauß: Rosenkavalier-Walzer. ● 17.30: Traugott Konrad: Heiteres Gereimtes und Ungereimtes. ● 18: Dr. Günther: Das Leben — ein Theater? ● 18.50: Walther Meckauer und Otto Joff lesen aus eigenen Werken. ● 19.50: Schles. Arbeitsgemeinschaft „Wochenende". Der Lenz ist da! Winke und Anregungen von Fröhlich. ● 20.30: „Das Frühstück in Genua". Lustspiel von Harlan. Perl.: Kurt Klinghammer, Inhaber des Lessingverlags, Emilie Mondschein, die Tänzerin der Lieder, Fräulein Pjetuschkowa, ihre Klavierspielerin, Ferdinand Räuchlein, ein Goetheforscher, Erdmute, seine Tochter, Koloman Biharn, Kapellmeister des Grand Hotel Palazzo Fiesco in Genua, Martin Müller-Bitterfeld, ein Lustspielschreiber, der keinen Stoff hat. — Anschl.: Abendberichte. ● 22.30: Tanzmusik der Funkkapelle.

Montag, 26. März. 16: Funkkapelle, Werke von Johann und Josef Strauß, D. Feitras. ● 17.30: Dr. Blumenthal: Die Kunst des Vergessens. ● 18: Studienrätin Schultze: Die Schulaufgaben als Last oder als Freude. — Mittelschullehrerin Pollier: Kind und Zeitung. ● 18.30: Gleiwitz: A. Maruschke: Alte und neue Volksbräuche im Kreise Neustadt-Oberschlesien. ● 19: Sportfunk vor dem Mikrophon. W. E. Spaethe interviewt Willi Rieger. ● 19.50: E. Landsberg: Blick in die Zeit. ● 20.15: Kammermusik des Hennig-Quartetts. Kaminski: Streichquartett F-dur. — Haydn: Streichquartett B-dur. ● 21.10: Vom Sinn des Lebens. Rezit.: Edith Hernstadt-Oettingen. Psalm 39, 2 „Herr, was ist des Lebens Sinn? — Violo: Sprüche der Seele. — Aus Das Hohelied. — Köppen: Trost. — Unruh: Aus Flügel der Nike. — Ball: Wir durften töricht sein. — Björnson: Der Vater. — Nietzsche: Das Nachtlied. — Altenberg: Für die, denen es geschah. — Hamel: Reiches Leben.

Dienstag, 27. März. 15.45: Lotte Schwarz erzählt das Märchen „Das verkaufte Lachen" von Elisabeth Dauthendey. ● 16.30: Funkkapelle. Solist: Br. Janz (Violine). ● 18: F. M. Mendelssohn: Knigge's Umgang mit den Menschen. Wer war Knigge? ● 19: Oberkaplan Härtel: Der Ausdruck der Seele im täglichen Leben. ● 19.30: Zum 60. Geburtstag von Maxim Gorki. Lippmann. Peer Lhot (Rezit.). Aus dem „Tagebuch" und „Feuer". ● 20.15: Bunter Abend. Mitw.: P. Mania, R. Kehler, A. Stödel (Tenor), Fr. Wirth (Laute). Am Flügel: Dr. Rid. — Anschl.: Abendber. Mitt. des Verb. der Funkfreunde. ● 22.30: Gleiwitz: Konzert und Tanzmusik der Kapelle Goldzweig.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Biewald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Fritz Zendrosch, Mdl., Gleiwitz. Für Inserate W. Gerber, Breslau.

Radio-Scheitnig / Apparate, Lautsprecher, Hörer
Fritz Haubitz, Scheitniger Straße 8

BULGARIA

KRONE!

Alte deutsche Bezugsquelle! **billige böhmische Bettfedern!**

1 Pfd. graue, geschlissene Mk 0.80 u. 1.-, halbw. Mk. 1.20, weiße, flaum Mk 2.-, 2.50 u 3.-, Herrschaftsschleiß Mk 4.-, bester Halbflaum Mk. 5.- u. 6.-, ungeschl. flaum. Rupfedern Mark 2.20, 2.80 u. 3.25, Flaumrupf Mk. 3.80 u. 4.20, Daunen weiß Mk. 7.- hochfein Mk. 10.-, postfrei gegen Nachnahme von 10 Pfund an postfrei.
Nichtgefallendes umgetauscht oder Geld zurück. Ausführliche Preisliste und Muster kostenlos.
Rudolf Blahut
Bettfederngroßhaus,
Deschenitz 67 4 (Böhmerwald)

Achtung! Achtung!
Händler und Wiederverkäufer
Billiges gespaltenes Brennholz hat abzugeben **Niedergasse 10**

Bestes trockenes Brennholz
1 Sack klein gespalten frei Keller 9.60 M.
1 Sack grob gespalten frei Keller 1.90 M.
1 Gebund ca. 38-40 cm Durchm. frei Keller 9.60 M.
Bei Selbstabholung in der Anstalt billiger liefert:
d. städt. Holzspaltanstalt, Breslau 10 Niedergasse 10
Fernruf: Ring 0841 oder Mag. 61

Empfehlenswerte Gast- und Vergnügungsstätten

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)

Sonnabend, 20 Uhr
Reichsdeutsche Uraufführung
Die glückliche Hand
Einführungsvortr. v. Prof. A. Schönberg
Anschließend Wiederholung von
Die glückliche Hand
Hierauf Uraufführung
Das Fest des Königs
Tanzspiel nach Musik von Rameau

Sonntag, 20 Uhr
Szenische Uraufführung
Josua
von Händel

Montag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie D 16
Othello

Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 16
Gastspiel Lotte Schöne
(Städtische Oper Berlin)
Der Barbier von Sevilla

Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 16
Das Wunder der Heliane

Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 16
Josua

Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 16
Die lustigen Weiber von Windsor

Sonnabend, 20 Uhr
Einmaliges Gastspiel Desider Kova
(Opernhaus Budapest)
Rigoletto

Sonntag, 1. April, 15 30 Uhr
Nachmittags-Vorstellung zu ermäßigten Preisen
Der fliegende Holländer

Sonntag, 20 Uhr
Uraufführung
unter musikal. Leitung des Komponisten
Der verlorene Gulden

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Tel. Stephan 36 300

Täglich 20 Uhr
Wiederauftreten
Anny Ahlers
„Der Zarewitsch"

Sonntag
15 1/2 Uhr
„Das Dreimäderlhaus"

Revue der Pikanterie
„Beinchen lauter Beinchen"
Jugendliche verboten

Victoria-Theater
Täglich 8 1/4 Uhr

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
Von Sonnabd., den 24. 3. bis Freitag, den 30. 3. täglich 20 Uhr
„Zwölftausend"
Schauspiel von Bruno Frank
Sonnabend, den 31. 3. 10 Uhr
Neuinszenierung
„Faust", I. Teil
von Goethe
Sonntag, den 25. 3. 15 1/2 Uhr
Zu kleinen Preisen
Weh' dem, der lügt
Lustspiel von Grillparzer

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 24. 3. bis Freitag, den 30. 3. täglich 20 Uhr
„Die Wildente"
Schauspiel von Henrik Ibsen
Sonnabend, den 31. 3.
Gastspiel der russischen Kleinkunst-Bühne
„Der blaue Vogel"
Leitung J. Jurinny
Sonntag, den 25. 3. 15 1/2 Uhr
Zu kleinen Preisen
„Spiel im Schloß"
von Franz Molnar

Brauerei und Ausschank
Zum großen Meerschiff
Inhaber Erich Vogel, Reuschestr. 28 (1 Min. v. Königsplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche — Mittagstisch von 12—3 Uhr

Warum mehr bezahlen?

Nur **68.- Mk.**
kostet jetzt ein hochmodernes, elegantes starkes und dauerhaftes **Stern-Gebrauchsrad**, Modell 5, in hochwertiger Ausstattung mit modernstem rassigem Rahmenbau mit 5 Jahres Garantie und Original Torpedofreilauf prima Bereifung (rot oder grau), Nickelfedersattel, gelbe Felgen mit rostsicheren Speichen, kompletten Werkzeug, Pumpe, Glocke usw. Versand überallhin — Zahlungserleichterung. — Katalog über Fahrräder, Gummi, Zubehörteile gratis und franko.
Ernst Machnow, Berlin, Weinmeisterstraße 14
Größtes Fahrradhaus Deutschlands

CIRKUS BARUM
4-Malten-Rielen-Circus
kommt wieder nach Breslau
5000 Plätze 500 Angestellte 300 Tiere

Seit dem letzten Gastspiel in Breslau schöner, größer, gewaltiger in seinen Ausmaßen, in seinen Darbietungen. Der monumentalste Circus-Zeltbau, den Breslau je gesehen, ca. 5000 Besucher in einer Vorstellung aufnehmend

Meine lieben Breslauer! Wenn ich heute noch an meine letzte Gastspielreise zurückdenke, so erinnere ich mich Breslaus u. seiner Bewohner mit außergewöhnlicher Freude. Es ist mir deshalb eine besondere Freude, in diesem Jahr wiederum Breslaus Gast sein zu dürfen und werde ich alle Kräfte aufbieten, mich dieses Vorzuges würdig zu erweisen. Getreu meiner alten Tradition aber mit Darbietungen, wie sie Breslau bestimmt noch nicht gesehen hat, komme ich!

BARUM grüßt!

Palast-Theater
Breslau, Schweidnitzer Str.

Ab Freitag, den 23. März
Der Film des Tages
Harry Liedtke
in der preisgekrönten Meisterkomödie
So sind die Männer sind die Frauen **!**
Auf der Bühne
Konzert auf zwei Flügeln
Beginn: W. 4, 6 1/4, 8 1/2 Uhr
S. 3, 5, 7, 9 Uhr

Hopf & Görcke
Gräbschener Str. 191 (Depot)
Jeden Sonntag u. Dienstag
vornehmer Tanz

Gaswirtschaft „Zur Erholungsstätte"
Inh.: **Hermann Wittke** Telephon 6127
Breslau 16, Am Zimpeler Weg
(5 Minuten von der Straßenbahnlinie 1.
Angenehmer Aufenthalt.
für Familien besonders geeignet
Gute Verpflegung Ausschank von Hnazebier
Saal zur Abhaltung von Festlichkeiten
den Vereinen bestens empfohlen

Verlangen Sie überall Namslauer Bier

TRI ERGON
PHOTO-ELECTRO-RECORD

Wissen Sie schon, daß man
Musik photographieren
kann? Die Musikplatte „Tri-Ergon" ist Klangphotographie, die nach dem vollkommensten Aufnahme-Verfahren der Gegenwart hergestellt wird
Spielen Sie Tri-Ergon-Platten
in jedem besseren Musikgeschäft erhältlich
25-cm-Platte 3.50 30-cm Platte 5.—
Wiederverkäufer belieben Prospekte und Kataloge anzufordern!
TRI-ERGON MUSIK A.-G.
Auslieferungslager für Schlesien und Breslau:
Schweidnitzer Stadtgraben 9
Achten Sie bitte auf unsere Darbietungen im Breslauer Sender

Zur Erhaltung körperlicher und geistiger Frischheit empfehle ich d. werter Publikum meine in hunderttausend. Familien bekannte u. beliebte, echte, kamillenhaltige
3 Tannen-Kamillen-Wald-Wunder-Seife
Tannen-Del- u. Kamillenwaschpulver für Nerven- u. Rheumatismuskranke
E. Buchmann
Breslau VI
Alsenstraße 33L

Brennabor, Express, Diamant, Göricke, Rahmen, 45, 33, 21.-
Hinterrad m. Frl. 11.50
Lenker, engl. vern. 2.40
Schläuche . . . 0.95
Decken 2.50
Schlauchreifen 5.50
Speiche -.03 Keil -.08
Kette -.95 Iwis 3.50
Holzfelge, franz. 4.95
Teilzahlung gestattet
Breslau, Zimmerstr. 1

Platten d. Rotfront-Schallmei-Orch. 1ll. Abt. (elektr. Aufn.): 4a) Warschawjanka, b) Rote Fahne, 5a) Brüder, zur Sonne, b) Es zog ein Rotgardist hinaus, 6a) Internationale, b) Lied der Roten Armee, jede Doppelplatte Mk. 3.—, 40a) Der kleine Trompeter, b) Warschawjanka 2.50, 41a) Hundertschaftenlied, b) Rotgardistenmarsch 2.50, ferner: Wir sind die erste Reihe, Russischer Trauermarsch, Auf z. Kampf, Büreuftein-Lied, Auf Proletarier, Wer schafft das Gold zu Tage, Lied der Wolgaschlepper, Stenka Rasin, Ein Sohn des Volkes, Lied d. Verbannt., Sozialistenmarsch usw. Bestellen Sie noch heute bei **Franz A. Steinhaus**, Schallplatten-Versand, Weimar S, Jakobstraße 6 S. Große Liste proletar. Musikplatt., kostenlr.

Kulturkartell Weißstein
Der Film
Die Weber
von Gerhard Hauptmann
wird vom Kulturkartell Weißstein am **Dienstag, d. 27. März 1928** im „Deutschen Hause" gegeben werden. Für die Erwerbslosen und Invaliden wird nachm. 5 Uhr eine verbilligte Vorstellung gegeben werden (20 Pfg.) Die eigentliche Vorstellung findet abends 8 Uhr statt. Eintrittskarten sind bei den Unterkassierern der Bergarbeiter-Verbände zu haben.

Fahrräder Nähmaschinen
Sprechmaschinen, Platten
Ersatzteile = Reparaturen
Oskar Kleiner
Strehlen i. Schles., Schulplatz 14/15

Inserate haben in unserer Zeitung **guten Erfolg**

Räder 49, 38,
Bessere 1 Jahr Garantie 59, 65,
Bismarck, Phänom
Renner 105, 105, 98
Rahmen 45, 35, 29, 19
Torpedorad 15.90
Vorderrad Ia., 3.95
Kette .98, Iwis 3.50
Ped. 0.98, Wip. 1.95
Decke 3, Conti 3.95
Schlauchreif. 5.95
Polak . . 9.95, 7.95
Speich. 0.03, Keil 0.08
Hahn, Breslau
Katharinenstr. 18
Friedr.-Wilhelm-Str. 50

Fleisch- und Wurstwaren-Fabrik
Gerhard Hentschel
Lauban i. Schl. Telephon 233
Frühstückstube

Sofas, Chaiselongues und Matratzen
werden sauber u. preiswert ausgeführt
Alfred Weiß, Sattlerei, Häslicht

Ostereier, Osterhasen
aus Schokolade, Marzipan mit feinen Pralinen-Dessert-Füllungen
Oster-Mouton u. Attrappen in großer Auswahl
Filialen in allen Stadtteilen Breslaus
B. Pohl
Ferner: in Ohlau, Brieg, Neisse, Neurode und Trebnitz
Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik

Sacco Seifenersatzer
20 Muster Mk. 2.40
franko Nachnahme
P. Holfter
Büttnerstraße 20/27

Besonders billig:
Teppiche
Gardinen Stores
in allen Breiten
Tischdecken Divandecken Läufer
J. Unverricht
Ring 48 I.
Naschmarktseite
Haus Michaelis

Molkerei Klein-Mochbern
Inh.: Reinhold Gotthardt
Groß- u. Kleinhandel, Dampfgeschäft: Forsterstr.
Tiefgekühlte, haltbare Vollmilch
Eier, Butter, Käse

Amtliche Bekanntmachung von Dittersbach
Die Ausgabe der beglaubigten Rentenquittungen für Monat April 1928 erfolgt am
Montag, den 2. April 1928
vormittags von 8 bis 10 Uhr
im Büro, Neuhauser Siedlung Nr. 15.
Dittersbach, den 22. März 1928
Der Gemeindevorsteher.
Roeßler.

Nähmaschinen Fahrräder
Reparaturen — Zahlungserleichterungen
Jul. Dressler & Co.
Görlitz, Elisabethstraße 39

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Große Auswahl in Pfeifen
empfiehlt seinen w. Kund. u. Bekannten
Walter Adam
Görlitz, Untermarkt 9
Ecke am Rathaus

Stempel-Manufaktur
Willy Pader
8 Mittelstraße 9
Ecke Hartmannstr.

Färberei Felix, Breslau 24
Gräbschener Str. 249 51 Fernr. Steph. 30934
Färbt, wäscht, reinigt alles!
Läden u. Annahmestellen in allen Stadtteilen
Vorzeiger dieses Inserats 5 Proz. Rabatt

Betten, Federn, federdichte Inlets Bettwäsche usw.
Bewährte Qualitäten zu billigst. Preisen
Teilzahlung gestattet
Dampf-Bettfedern-Reinigung
A. Keller, Breslau
Friedr.-Wilh.-Str. 50, I. Etag.

Fahrräder u. Sprechmaschinen
Kinderwagen
Korb- und Spielwaren
kaufen Sie vorteilhaft im
Fahrradhaus Liegnitz
Carthausstraße 14
an der Brücke

Führende Sprechapparate
und proletarische Schallplatten
Fahrradhaus Ebner
Görlitz, Elisabethstraße 25
Gewissenhafte Ausführung sämtlicher Reparaturen.

„Hier wird der Mensch langsam gequält...“

Vom Elend der schlesischen Textilarbeiterinnen

Das Schifflein fliegt, der Webstuhl kracht,
Wir weben emsig Tag und Nacht.
Deutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch.
Wir weben ... Wir weben ...

Vor einiger Zeit versandte die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei, Abteilung Frauen, an die Textilarbeiterinnen in den verschiedensten Betrieben einen Fragebogen. Darin waren mehrere Fragen über die Betriebsverhältnisse, über Lohn, Lebenshaltung, Wohnung usw. enthalten. Vor uns liegt nun ein Stoß beantworteter Fragebogen. Die Antworten schildern schlicht und sachlich das Sklavendasein der schlesischen Textilarbeiterinnen. Lassen wir die Arbeiterinnen selbst reden.

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt in den schlesischen Textilbetrieben gegenwärtig 46, 48, 52 oder gar 53 Stunden. Die Arbeit wird meistens im Akkord verrichtet. Der Wochenverdienst der Arbeiterinnen beträgt 18,13, 15,25, 16,80, 14,22 Mark. Ein höherer Verdienst als 25 Mark ist auf keinem Fragebogen angegeben. Ueber den Akkord äußert sich eine Arbeiterin wie folgt: „An zwei Stühlen pro 100 000 Schuß je nach Ware 4 bis 5 Mark“, „für 1000 = 13 Pfennige, 3000 zu schaffen ist Schinderei.“

Die Frage nach der Behandlung durch die Vorgesetzten wird vielfach mit „Es geht“ oder „So leidlich“ beantwortet. Ebenso oft sind aber auch Antworten, wie „Schikanierung an der Tagesordnung“, „Antreibersystem“, „Der Direktor ist der reine Bluthund“, „Es ist eine Tretmühle von oben nach unten“. Einige Arbeiterinnen können über die Behandlung nicht klagen. Das sind allem Anschein nach die Betriebe, wo das Akkordsystem auch ohne Meister und Vorarbeiter antreibt.

Interessant sind die Antworten auf die Frage nach dem Verdienstunterschied zwischen männlichen und weiblichen Arbeiterinnen. Nur drei Fragebogen geben Auskunft, daß die Akkordpreise für die Frauen dieselben wie für die Männer sind. Die anderen geben an: „Unterschied zwischen dem männlichen und weiblichen Wochenverdienst beträgt 5 bis 7 Mark“, „Durchschnittslohn der Frauen 18 Mark, der der Männer 23 Mark“, „Frauenstundenlohn 36,7, Männerstundenlohn 45 bis 50 Pfennige“, „Großer Unterschied, trotzdem die Frauen dieselbe Arbeit leisten müssen wie die Männer“. Eine Arbeiterin antwortet: „Bei uns im Betriebe sind keine Männer beschäftigt“. Diese Antworten zeigen, daß die alte Gewerkschaftsforderung für die Frauen: „Gleicher Lohn bei gleicher Leistung“ immer noch nicht erkämpft ist. Ein Umstand, der die Unternehmer veranlaßt, nach Möglichkeit nur Frauen zu beschäftigen. So geht denn auch aus den Antworten auf eine weitere Frage hervor, daß der überwiegende Teil der verheirateten Textilarbeiterinnen von dem kargen Verdienst die ganze Familie unterhalten muß, weil der Mann arbeitslos ist.

Die Frage, ob es möglich ist, von dem verdienten Lohn die notwendigen Anschaffungen an Kleidern, Wäsche, Schuhen usw. zu machen und ob von diesen Gegenständen genügend vorhanden ist, wird stets mit einem glatten „Nein“ beantwortet. Eine einzige ledige Textilarbeiterin gibt Auskunft, daß ihr Besitz an Kleidern, Wäsche und Schuhen „so leidlich“ sei. Wenn man die bekannte Anspruchslosigkeit der schlesischen Proleten kennt, so kann man auch hier annehmen, daß der Besitz, den die Textilarbeiterin mit den Worten „so leidlich“ kennzeichnet, auch der kleinste Textilunternehmer mit dem Wort „Lumpen“ charakterisieren würde.

Erschütternd sind die Angaben über die Beschaffenheit der Wohnung. Diese besteht in der Mehrzahl der Fälle in einer einzigen Stube. Die Beschaffenheit wird mit folgenden Worten gekennzeichnet: „Ein Zimmer, schlechter Zustand“, „Ein Zimmer ohne Zubehör, vier Jahre nicht renoviert“, „zwanzig Quadratmeter, mit Kammer“, „gesundheitsschädlich“, „eine Stube, schlecht“, „22 Quadratmeter, man braucht viel Feuerung, da sehr kalt“, „eine kleine Stube mit Kammer, kalt und naß“, „mittelgroß, aber naß“, „mittlere Stube, kalt, da sehr altes Haus“, „schlecht, eine größere Stube“, „sehr klein, nur ein Bett stehen, furchtbar gesundheitsschädlich“, „habe keine“. Eine einzige Textilarbeiterin gibt Auskunft, daß sie mit ihrem Mann und vier Kindern eine Wohnung von drei Zimmern und Küche besitzt. Diese Mitteilung vermerkt sie mit dem Satz: „Miete monatlich 40 Mark“. Wie es ihr möglich ist, bei einem Wochenverdienst von 18 Mark und der Erwerbslosigkeit des Mannes diese 40 Mark aufzubringen, bleibt ihr Geheimnis, das kein Textilunternehmer enträtseln könnte.

Die Frage, ob jedes Kind ein eigenes Bett besitzt, wird in der Mehrzahl der Fälle mit Nein beantwortet.

Am Schluß des Fragebogens wird die Textilarbeiterin gefragt, wieviel Wochenlohn sie haben müßte, um einigermaßen menschenwürdig leben zu können. Die Antworten auf diese Frage zeigen die ganze Anspruchslosigkeit der schlesischen Textilarbeiter, zugleich aber auch die Notwendigkeit einer mindestens hundertprozentigen Lohnerhöhung. Die Antworten lauten: „50 Mark“, „30 Mark, wenn der Mann ebensoviel verdient“, „50 Mark“, „mein Mann müßte 50 Mark und ich 25 verdienen“, „25 Mark“, „35 Mark“, „50 Mark wöchentlich“, „notwendig 50 Mark“, „der Mann wenigstens 35 Mark und die Frau noch 25 Mark“. Eine Textilarbeiterin wünscht, daß sie wenigstens 20 bis 25 Mark wöchentlich (!) verdienen könnte und bemerkt, ihr Mann sei arbeitslos und erhalte wöchentlich 10,97 Mark Unterstützung.

*

Das Elend der schlesischen Weber ist eine Jahrhunderte alte Erscheinung. Um den Hunger der Weber zu stillen, wurde im Jahre 1756 in Schlesien auf höheren Befehl der Kartoffelbau zwangsweise eingeführt. Dieser Befehl wurde durch folgende amtliche Instruktion begleitet:

„Arme Leute kochen sie lediglich mit Wasser, ziehen die Haut ab und dunken sie in Salz, ohne Brot und Fleisch dabei zu haben und sind dabei gesund.“

Die Weber waren allerdings über den Wert der Kartoffel einer anderen Meinung, als die Regierung. Ende des 18. Jahrhunderts kam es zu dem ersten allgemeinen Weberaufruhr in Schlesien. Im Jahre 1785 wurden die Gemeinden Reimswaldau, Langwaltersdorf und Friedland widersätzlich. Die Gerichtspersonen wurden mißhandelt und alle Dienste verweigert. Andere Webergemeinden schlossen sich dem Aufruhr an. Im Jahre 1793 kam es auch in Waldenburg zu ernsten Unruhen. Militär wurde eingesetzt, die Rädelsführer hart bestraft. Scheinbar war die französische Revolution auf diese Unruhen nicht ohne Einfluß geblieben. Am Waldenburger Rathaus wurde von unbekannten Personen ein Aufruf befestigt, der u. a. sagte:

„Wir Weber wollen in Frieden leben, wenn dieses uns Webern verwillfärtigt wird, so aber dies nicht, so geht es immer fort, so geht es wie in Frankreich.“

Dann folgte der Aufstand der Langenbielauer Weber in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Die Methoden, mit denen die damaligen Gewalthaber gegen die Proletarier vorgingen, werden am besten durch das Schreiben des Ministers an das Breslauer Kriminalkolleg Ende des 18. Jahrhunderts gekennzeichnet. Als wirksamstes Mittel zur Beruhigung der revoltierenden Proleten betrachtete man, wenn die Bestraften

„mit aufgehauenen Buckeln in die Heimat entlassen wurden, damit sich die übrigen an den Spuren der erlittenen Strafen um so mehr zu spiegeln vermöchten! Ein umständliches Avertissement an das Publikum, wie die Bestrafung geschehen sei, sollte alsdann von größtem Nutzen sein und einen abschreckenden Terreur bei den übrigen Ruhestörern im Gebirge verursachen“.

*

So war es im 18. und 19. Jahrhundert. Und jetzt? Im Zeitalter der Zivilisation und der demokratischen Republik? Derselbe Hunger, dieselben unwürdigen Wohnverhältnisse, dieselben Methoden, mit Hilfe von Polizei Unruhen zu unterdrücken, dieselben Zucht- und Gefängnisstrafen für die „Rädelsführer“.

Weshalb? Weil das Proletariat noch nicht Besitzer der Produktionsmittel ist. Weil der verderbliche Einfluß der sozialdemokratischen Führer bisher alle Versuche der revolutionären Arbeiter scheitern ließ.

Selbst auf dem Gebiete des Lohnkampfes nehmen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer allzuviel Rücksicht auf den „Wirtschaftsfrieden“, haben allzuviel Furcht, die „Ruhe und Ordnung“ zu stören. Noch im vergangenen Jahre haben sie gegen den Willen der Textilarbeiter und ohne die Mitgliedschaft des Textilarbeiterverbandes zu befragen, einem völlig unzulänglichen Lohnabkommen zugestimmt.

In diesem Jahre muß es anders werden! Schon haben die Saganer Textilarbeiter beschlossen, die Kündigung des Lohntarifs und eine Lohnzulage von 20 Pf. die Stunde zu fordern. Betrachtet man das Ergebnis der von der Frauenabteilung der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei veranstalteten Rundfrage, so weiß man, daß diese Forderung nicht übertrieben, eher zu niedrig ist. Die Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen in allen Betrieben und Zahlstellen müssen sofort zu dem bevorstehenden Tarifablauf Stellung nehmen und sich die Forderungen der Saganer Berufskollegen zu eigen machen. Gleichzeitig müssen sie beschließen, daß nicht die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer über den neuen Lohntarif zu entscheiden haben, sondern die gesamte Mitgliedschaft des Textilarbeiterverbandes.

Textilarbeiter, Textilarbeiterinnen, rüstet zum bevorstehenden Kampf! Restlos hinein in den Textilarbeiterverband! Unterstützt die Opposition! Fordert 20 Pfennige Lohnerhöhung!

Staatlich geschützter Mord!

Angesichts der neuesten Enthüllungen über die oberschlesische Mordfeme wollen wir an folgenden Skandal erinnern:

Im Jahre 1921, während der oberschlesischen Abstimmungszeit, wurde der Maschinenputzer Hermann Trenkal von dem Eisenbahn-Oberingenieur Terinus (dem Leiter des „Deutschen Grenzschutzes“) und zwei Gehilfen gewaltsam aus seiner Wohnung in Oppeln herausgeholt, auf eine Lokomotive verschleppt und außerhalb des Abstimmungsgebietes ermordet. Die Tochter des Ermordeten stellte gegen den Mörder Strafantrag — darauf erhielt sie unter dem 11. März 1926 — Aktenzeichen I J 191/26 — vom Oberstaatsanwalt Dr. Buhl in Brieg den Bescheid, daß das Verfahren eingestellt sei. In der Begründung des Einstellungsbescheides heißt es u. a.:

„Trenkel bildete, solange er auf freiem Fuße blieb, eine dauernde große Gefahr für die Sicherheit des deutschen Eisenbahnverkehrs, für deutsches Eigentum und nicht zuletzt für Leib und Leben deutscher Staatsangehöriger. Alles dies ist den Beschuldigten, insbesondere dem Eisenbahn-Oberingenieur Terinus, dem die Leitung des Bahnschutzes oblag, zum Bewußtsein gekommen. Sie gingen nun von der Erwägung aus, daß bei den damaligen politischen Verhältnissen, insbesondere bei der Besetzung Oberschlesiens durch den Feindbund, eine Festnahme Ihres Vaters zwecks Ablieferung zur Bestrafung nicht den gewünschten Erfolg haben würde, weil sie mit der naheliegenden Möglichkeit einer Wiederfreilassung durch die Interalliierte Kommission rechneten. Daher faßten sie den Beschluß, ihn außerhalb des besetzten Gebietes unschädlich zu machen. In Ausführung dieses Entschlusses ist Ihr Vater in Oppeln auf eine Lokomotive gebracht, bis kurz vor Löwen in der Nähe der Neißebrücke gebracht und dort erschossen worden.“

Der Staatsanwalt der Deutschen Republik hatte also die Unverschämtheit, der Tochter des Ermordeten eine Verherrlichung und Rechtfertigung des Femeverbrechens zu übersenden. Trotz seiner offen ausgesprochenen Sympathie für die Fememörder konnte er natürlich nicht umhin, anzuerkennen, daß ihr Tun „an sich strafbar“ war, aber er lehnte die Einleitung des Verfahrens mit der Begründung ab, daß die Tat unter die deutsch-polnische Amnestie falle (bei proletarischen politischen Gefangenen ist man bei der Anwendung der Amnestie weniger weitherzig). Denn die Amnestie galt zwar ausdrücklich nur für das Abstimmungsgebiet und der Mord an Trenkel war außerhalb dieses Gebietes, also auf deutschem Boden, wo keine Amnestie galt, durchgeführt worden — aber — so verkündete der republikanische Staatsanwalt — die Tat war auf dem Abstimmungsgebiet geplant worden — und also fiel sie unter die Amnestie.

*

Und was tat der preußische schwarzrotgoldene Justizminister, als ihn ein polnischer Landtagsabgeordneter wegen dieser offensichtlichen Begünstigung des Fememordes durch den Staatsanwalt interpellierte? Unter dem 4. Juni 1926 ließ er mitteilen, daß der Staatsanwalt völlig im Recht gewesen sei und daß „ein Einschreiten gegen Terinus und die beiden Begleiter daher nicht in Frage komme.“

Und der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun ist mit keiner Silbe von dieser Haltung seines Kabinettskollegen abgerückt.

Und da wagt es die SPD., von einem E[illegible] zwischen Kommunisten und Faschisten zu reden.....

Kutte und Krummstab / Von Libertus Poten

Durch Mord und Gift auf den Kaiserthron

20. Fortsetzung

Bei der Trennung von Kirche und Staat inventarisierte man dort in Frankreich die Kirchengüter einschließlich der Reliquien. Dabei ergaben sich **5 echte Körper, 6 echte Köpfe, 17 Arme, Beine und Hände des heiligen Andreas**; die heilige Barbara war allein in Frankreich mit fünf Körpern und zwei Köpfen vertreten; der heilige Basilius verfügte über vier Körper und fünf Köpfe; der heilige Georg war in 30 Körpern, der heilige Pankratius gleichfalls mit 30 Körpern vertreten; von der heiligen Juliane fanden sich 20 Körper und 26 Köpfe.

A. Malvert gibt ein Reliquieninventar in der römischen Kirche, das nach diesen französischen Erfahrungen nicht vollständig sein kann, aber immerhin doch aufschlußreich für eine umfangreiche betrügerische Leichenschänderei römischer Priester sein muß. Nach dieser lückenhaften Aufstellung kommen zu der Liste der amtlich festgestellten Heiligen Frankreichs noch hinzu vom heiligen Blasius ein Leib und fünf Köpfe; vom heiligen Klemens drei Leiber und fünf Köpfe; vom heiligen Stefan vier Leiber und acht Köpfe; von der heiligen Helena vier Leiber und fünf Köpfe; vom heiligen Hilarius acht Leiber; Johannes der Täufer ist in zehn vollständigen Exemplaren vertreten; der heilige Leodgar mit fünf Leibern, zehn Köpfen und zwölf Händen; vom heil. Philippus gibt es drei Leiber, achtzehn Köpfe und zwölf Arme; vom heiligen Sebastian vier Leiber, fünf Köpfe, dreizehn Arme; der Apostel Lukas hat nicht nur das interessanteste Evangelium geschrieben, sondern wird auch in acht vollständigen Leibern aufbewahrt und stellt dazu noch neun Köpfe, alle echt, zur Verfügung. Vom heiligen Dionysius verehrt man in St. Denis und Emmeran je einen vollständigen Leib mit allen Gliedmaßen; außerdem in Bamberg und Prag je einen Kopf, und in München zeigt man von ihm eine Hand.

Die Deutschen waren vor dem Eindringen der römischen Kirche schon einmal ein freies Volk — Gemeindewald, Gemeindewiesen.

Karl der Große ließ zu Ehren der Kirche 2500 der besten Männer in Verden an der Aller enthaupten, um die Niedersachsen von der Notwendigkeit des römischen Glaubens zu überzeugen. Karl, der große Schlächter, tat den Priestern den Gefallen dieser ungeheuerlichen Bluttat um so lieber, als sie durch Gift und Mord seine Dynastie auf den deutschen Kaiserthron gebracht hatten.

Die Einführung der Monarchie mit ihren römisch-asiatischen Ergebenheitsformen, der ganzen lakaienhaften Unterwerfung der freien Bevölkerung war ja überhaupt in Deutschland eine vatikanische Einfuhrangelegenheit. Die Stämme der Urbevölkerung Deutschlands wählten nur in Kriegszeiten einen Herzog, das heißt einen Mann, der anderen vorherzog, in Führereigenschaft. Nachher, zu Hause, hatte er dann wieder gar nichts zu sagen. Zu Führern, auch Herzögen, wurden nach einem gleichen und allgemeinen Wahlrecht immer nur die jeweilig Tüchtigsten gewählt. Adelsgeschlechter oder gar Herzogs- und Königsgeschlechter gab es gar nicht. Die wurden erst von den römischen Priestern eingeführt. Die Priester bedienten sich der Besitzgier der ihnen geeignet erscheinenden Kreaturen, also gerade der gemeinsten und miserabelsten Burschen, und machten sie scharf auf Besitzvorrechte, zerstörten in ihnen das Gemeinschaftsgefühl durch Aufstachelung schäbigster kapitalistischer Instinkte. Es gab tatsächlich einzelne Leute, die sich der überlieferten Kommune, der Gemeinde, Allmende, nicht mehr unterordneten, sondern im Bunde mit den Priestern sich absonderten. Diese Leute wurden zunächst auf das tiefste verachtet. Da diese Sonderlinge aber durch Raffgier und Winkelzüge — von den Priestern belehrt und angestiftet, wo ihre eigene Gemeinheit sie im Stich ließ — allmählich nicht nur zu Besitz, sondern zu Bestechungs- und anderen kapitalistischen Ausbeutungsmöglichkeiten gelangten, sich Sklaven und Gefangene kauften, stellten sie schließlich etwas Besonderes vor und nannten sich so, wie sie am liebsten gewesen wären, nämlich „edel“ oder „adlig“.

In Wahrheit waren sie aber der Auswurf der Bevölkerung. Diesen Ursprung des Adels aus dem Lumpenproletariat im schlimmsten Sinne, dem niedrigsten, feigsten und knechtischsten Teil

der Urbevölkerung, diesem Gesindel, das den Pfaffen vorschob, um sein trauriges Dasein zu fristen, sollte jedermann immer vor Augen haben. Von diesen elendesten Gesellen und Geschlechtern, die sich lügnerisch und heuchlerisch „Adel" nannten, kam die ganze Not der Bevölkerung. Der Adel sicherte sich mit Gewalt Herrschaft über die freien Männer, ließ sich von den Priestern „Lehen" über sie geben, arbeitete gemeinschaftlich mit den Priestern an der Machterweiterung der Kirche und der Freiheitsbeschränkung der Bevölkerung. Die Priester konnten schließlich dazu übergehen, die ihnen unterwürfigsten Burschen mit dem Titel König zu locken.

An dem Anfang der deutschen Geschichte und insbesondere der Geschichte des Deutschen Reiches steht also bereits ein schwarzblauer Ausbeutungsblock. Wo immer Unheil über Deutschland kam, da war es dieser Pfaffen- und Fürstenblock, der Klerus und die Junker, die dem Volke unter Gewalt und aus schäbigstem Eigennutz Blut und Schweiß aus den Poren jagten.

Der erschütterndste Beleg dafür ist das Ende der Stedinger. Mit dem Namen dieses niedersächsischen Stammes ist — abgesehen von den Bluttaten Karls des Schlächters, der unter Einwirkung der Kirche in der Schule als Karl der Große vorgeführt wird — eine der schwerwiegendsten und schändlichsten Massenbluttaten der römischen Kirche gegen eine deutsche Bevölkerung verbunden.

Auch die Stedinger gehörten zu den Völkerschaften, die gegen ihre Ueberzeugung zu Pseudochristen im Sinne der römischen Kirche gemacht worden waren. Hier hatte die Priesterschaft immerhin keinen leichten Stand und mußte sich vor allem anständig benehmen. Es kam mehrfach vor, daß Priester, die sich den Frauen dieser Leute zu nähern wagten, einfach totgeschlagen wurden. Dieses arbeitsame Bauernvolk sah überhaupt nicht ein, aus welchem Grunde es Kirchensteuern — den Zehnten von allem Einkommen — zahlen sollte. Die Bauern verwiesen auf die Bibel und die Armut des Religionsstifters.

*

Als ein Priester einer armen Bauernwitwe die Bestattung ihres Mannes verweigerte, weil sie nicht genügend Bargeld dafür zahlen konnte, und er sich mit Naturalien nicht „abfinden" lassen wollte, machten die Stedinger der ganzen Pfaffenherrlichkeit ein radikales Ende.

Sie verweigerten jede Kirchensteuer und jagten die schlimmsten Kleriker mit Knüppeln aus dem Lande heraus.

Der Papst ordnete persönlich an, daß diese Bauern als Ketzer zu betrachten seien und bis zum letzten Mann vertilgt werden müßten. Sofort fanden sich Ritterhaufen und raubgierige Priester und Mönche zu einem gemeinsamen Ueberfall der Stedinger zusammen. Es war allzu bekannt, daß in dem reichen Bauernlande Silber und Gold zu holen war, und daß man dort herrliche Bauerngüter an sich reißen konnte, nachdem der Papst Raub- und Mordfreiheit gegeben hatte. Die Stedinger schickten die Adligen und Priester aber immer wieder mit blutigen Köpfen heim. Als sich auch ein paar Fürsten an den Ueberfällen beteiligten, holten sie sich mit ihren Heerhaufen ebenfalls eine Abfuhr.

Da wurde in ganz Deutschland ein allgemeiner Kreuzzug gegen diesen norddeutschen Stamm gepredigt. Es gab massenhafte Ablaßangebote seitens des Papstes. Der Bischof von Bremen unterhielt das Hauptquartier. Eine ungeheure Uebermacht von Adligen und Fürsten aus allen Teilen Deutschlands fand sich im Wohngebiet der Stedinger zusammen. Die Bauern lieferten verzweifelte Schlachten. Die Adligen mußten ungeheure Blutopfer bringen.

Die Mönche und Priester aber zogen sich vorsichtigerweise aus der Schlachtlinie an dem Hauptkampftage überhaupt zurück mit der Behauptung, daß sie nötig seien, um den Segen des Himmels zu erflehen. Sie sammelten sich zu Männerchören. Unter den Klängen von Kirchenliedern packten die Ritter und Fürsten die Hauptstreitmacht der Bauern an. Die verkauften ihr Leben so teuer wie möglich, wurden aber sämtlich niedergemacht. Das gleiche geschah auch mit alten Leuten, Frauen, Mädchen und Kindern. Man rottete den Stamm buchstäblich aus und bildete sich ein, ein gutes Werk zu tun.

Der Lohn blieb nicht aus; die Kirche nahm sich, wie immer, reichlich, ließ aber den Adligen und Fürsten noch einen tüchtigen Happen übrig.

(Fortsetzung folgt.)

Von den schlesischen Landarbeitern

Zehn Pfennig Stundenlohn!

Der Schlichter legt einen halben Pfennig zu

Von W. Ursus.

„Landwirtschaft in Not!" ist die neueste Wahllosung des deutschnationalen Landbundes. Was meint der Landbund damit? Was versteht er unter dem Begriff „Landwirtschaft"? Denkt er dabei an die Großgrundbesitzer, an die Kleinbauern oder an die Landarbeiter?

Wir wissen also: Wenn der schwarzweißrote Landbund von der „Not der Landwirtschaft" spricht, so meint er die Großgrundbesitzer, die zur Erhöhung ihrer ohnehin nicht geringen Profite weitere Zölle, keine polnische Einfuhr und Staatskredite fordern. An die Kleinbauern denkt der Landbund nicht. Diese benutzt er nur als Stimmvieh und Mitläufer. Noch weniger denkt der Landbund an die Landarbeiter. Und gerade diese leiden in ganz Deutschland, und insbesondere in Schlesien und Oberschlesien, furchtbare Not. Diese Not ist keine neue Erscheinung. Schon in der Vorkriegszeit wurden die schlesischen Landarbeiter schlechter bezahlt und behandelt als die Berufskollegen in den westlichen Teilen Deutschlands. Heute haben wir eine demokratische Republik. Aber die Not der werktätigen Bevölkerung, der Kleinbauern, und besonders die der Landarbeiter ist geblieben.

*

Was verdient ein Landarbeiter? Wenn er voll leistungsfähig und verheiratet ist, so hat er als sogenannter Freiarbeiter einen Stundenlohn von 36 Pfennig; ist er ledig und über 20 Jahre alt, so bekommt er einen solchen von 30,5 Pfennig. Die Landarbeiter, die Deputat erhalten, haben einen Stundenlohn von 10 Pfennig. Die verheirateten Landarbeiter sind tariflich verpflichtet, ihre Ehefrau mit aufs Dominium zu schicken. Diese erhalten dann 10 Pfennig pro Stunde. Weigert sich ein Landarbeiter, seine Frau mit in Arbeit zu nehmen, oder ist diese der kleinen Kinder wegen unabkömmlich oder krank, so wird ihm unweigerlich gekündigt und obendrein muß seine Familie auch die Werkwohnung räumen. Unter solchen Verhältnissen müssen die schlesischen und oberschlesischen Landarbeiter arbeiten und leben.

Den letzten großen Kampf um eine entscheidende Besserung der Arbeitsbedingungen haben die Landproleten im Jahre 1923 geführt. Die damals starke Organisation, der Deutsche Landarbeiterverband, ist nach dem Verrat durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer fast restlos zusammengebrochen. Seit der Zeit ist der schlesische Landarbeiter ein Spielball in den Händen der Großagrarier und des Schlichters. Diese Herren glauben, auf ihn keine Rücksicht nehmen zu brauchen, weil sie keine Angst vor eventueller Auflehnung haben.

Wie lange soll dieser Zustand noch dauern?

Wer kann den Landarbeitern helfen?

Die sozialdemokratische Partei wird ihnen bestimmt nicht helfen, weil sie die laviatinische Republik verteidigt und deshalb gegen jeden größeren Kampf der Arbeiterschaft für ausreichende Lohnerhöhung ist. An die Möglichkeit, daß die anderen rechten Parteien oder gar der Landbund für die Landarbeiter eintreten könnten, wird schwerlich ein denkender Arbeiter glauben.

Der Landarbeiter-Verband? Ja, der Landarbeiter-Verband! Jeder Landarbeiter, jede Landarbeiterin muß sofort dem Deutschen Landarbeiter-Verband beitreten. Allerdings dürfen sie sich nicht darauf beschränken, ihre Beiträge pünktlich zu zahlen, sondern sie müssen ein tätiges Gewerkschaftsmitglied und ein Verbandsfunktionär werden. Nur so wird es möglich sein, aus dem heute noch wirtschaftsfriedlichen Verband eine Kampforganisation zu schaffen.

Wie ist es jetzt? Mit dem Dezember vergangenen Jahres lief der alte Tarif ab. Die reformistischen Verbandsführer haben bei den Verhandlungen ihre Zustimmung zu dem Manteltarif gegeben, der alle unwürdigen Bestimmungen weiter in Geltung läßt, und haben diesen Tarif für volle zwei Jahre in Kraft gesetzt. War das richtig? Nein, das war falsch. Man mußte mit allen Mitteln für eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen kämpfen. Und wie steht es mit dem Lohn? Nachdem die Verhandlungen an der bekannten Halsstarrigkeit der Großagrarier gescheitert waren, fällte der Schlichter einen Spruch, der eine Erhöhung der Stundenlöhne im Durchschnitt um einen halben Pfennig vorsah. Schon damit ist die arbeiterfeindliche Rolle des Schlichtungsverfahrens zur Genüge gekennzeichnet. Was haben die DLV.-Führer daraufhin getan? Sie haben auf einer Gaukonferenz den Spruch abgelehnt und an den Arbeitsminister ein Protestschreiben gerichtet. Weiter nichts. Nun liegt das Protestschreiben bereits den dritten Monat beim Arbeitsminister, und nicht einmal Antwort hat er gegeben. Dieser Arbeitsminister, namens Brauns, ist Mitglied der Zentrumspartei. Einer Partei, die ebenfalls arbeiterfreundlich sein will, aber nur kapitalistenfreundlich ist. Nicht anders würde natürlich auch ein sozialdemokratischer Arbeitsminister handeln; denn in der kapitalistischen Republik haben die Minister (gleichviel, welcher Partei sie angehören) die Interessen der Kapitalisten und Großagrarier zu verteidigen. Tun sie das nicht, so werden sie zum Teufel gejagt. Was machen die DLV.-Führer, die doch Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, um für die Landarbeiterschaft bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen? Nichts, sie protestieren und warten. Einen Kampf wagen sie nicht zu organisieren, obwohl es sonnenklar ist, daß bessere Löhne nur auf dem Wege des Kampfes erzielt werden können. **Mit diesem Zustand muß im Landarbeiter-Verband gebrochen werden. Das können die Landarbeiter aber nur erreichen, wenn sie Mitglied dieser Organisation werden und eine starke Opposition gegen die jetzige Führung organisieren, sie zwingen, weniger zu verhandeln, dafür mehr zu handeln.**

Die Kommunistische Partei sagt den Landarbeitern: Noch ist nichts verloren. Noch besteht die Möglichkeit, den schwebenden Lohnkonflikt mit einem annehmbaren Ergebnis abzuschließen. Dazu ist vor allen Dingen der Beitritt zum Landarbeiterverband und die Vorbereitung des offenen Kampfes notwendig. Die geschlossene Front der 150 000 schlesischen und oberschlesischen Landarbeiter würde mit Unterstützung der städtischen Arbeiter mit Leichtigkeit den Hohnschiedsspruch des Schlichters hinwegfegen und eine angemessene Lohnerhöhung erkämpfen.

Außenpolitische Wochenschau

Deutsch-russischer Konflikt — Genfer „Abrüstungs"-Verhandlungen — Amerikanischer „Antikriegs"-Vorschlag — Tangerkonferenz

Der Entschluß der Reichsregierung, eine Verhaftung einiger in die russische Sabotageaffäre verwickelter Ingenieure als Vorwand für den Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen zu benützen, hat schon ausreichend klares Licht auf die wirkliche Orientierung der deutschen Außenpolitik geworfen, aber noch klarer werden die Zusammenhänge, wenn wir den Widerhall betrachten, den das Ereignis in der deutschen und internationalen Oeffentlichkeit gefunden. Stolz konnte der „Vorwärts" erklären, daß „das gesamte deutsche Volk" hinter der Bürgerblockregierung stehe, und außer der kommunistischen Presse haben ihm nur einige wenige, schüchterne Stimmen aus den Reihen der linken SPD. geantwortet; die große Mehrheit der sozialdemokratischen Parteifunktionäre ist offensichtlich der Meinung, daß „auch eine sozialistische Regierung nicht anders hätte handeln können", wie es so schön im „Vorwärts" stand. Und im Auswärtigen Ausschuß haben sich die Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten einmütig hinter die Regierung gestellt, wozu Herr Hilferding eine besonders schöne Kriegsrede hielt. Auf der anderen Seite hat der Reichsverband der Deutschen Industrie eine scharfe Kundgebung zum Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen erlassen; auch in den Reihen der Unternehmer scheint nun über die einzuschlagende Politik volle Klarheit zu bestehen, die Stimmen, die noch vor wenigen Monaten im Interesse ihres Auslandsabsatzes einen Ausbau der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen wünschten, sind verstummt. Die deutsche Bourgeoisie tritt, begleitet von der Zustimmung der Sozialverräter, geschlossen in die Kriegsfront, denn jeder muß verstehen, daß der Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen ein wichtiger Schritt zum Abbruch aller wirtschaftlichen Beziehungen bedeutet — und daß mit dem Wegfall der Wirtschaftsbeziehungen und mit der gegenseitigen Eifersucht der imperialistischen Mächte um den russischen Markt das letzte Hindernis fällt, das innerhalb der bürgerlichen Front den sofortigen Beginn des Interventionskrieges verhindern kann. Niemand, als das revolutionäre Proletariat und die mit ihm verbündeten Kolonialvölker ist mehr imstande, den wirtschaftlichen und militärischen Entscheidungskampf zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Einkreisung hinauszuschieben . . .

Die bürgerliche Oeffentlichkeit des Auslandes ist sich über diesen Zusammenhang klar. Als England vor noch nicht einem Jahre die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abbrach, da fanden sich in allen anderen Ländern bürgerliche Stimmen, die daran Kritik übten, die die Gelegenheit ausnützen wollten, der Industrie ihres Landes die russischen Absatzmöglichkeiten zu erschließen. Heute ertönt aus London, aus Paris wie aus Rom und sogar auch aus Amerika der einmütige Gruß der Zustimmung an die deutsche Bourgeoisie, die — spät, aber doch — daran gehe, die Verträge von Rapallo und Berlin zu zerreißen und sich der allgemeinen Kriegsfront einzureihen. Es lohnt sich nicht, einzelne Pressestimmen zu zitieren, sie besagen alle das gleiche: Freude darüber, daß Deutschland nun am eigenen Leibe erfahren habe, daß man mit den bolschewistischen Räubern keine Geschäfte machen könne, Anerkennung der Entschlußkraft der Reichsregierung, Bereitschaft, Deutschland mit offenen Armen als Bundesgenossen aufzunehmen. Die Kampffront der internationalen Bourgeoisie und ihrer Helfershelfer schließt sich — unsere Antwort muß die Kampffront des internationalen Proletariats sein.

Im Zusammenhang des deutsch-russischen Konfliktes und seiner internationalen Rückwirkungen gewinnt die Aufnahme des russischen Abrüstungsvorschlages in der Genfer „Abrüstungs"-Kommission (die darum „Abrüstungskommission" heißt, weil sie die Abrüstung sabotieren soll) besondere Bedeutung. Volle Zustimmung fand der russische Vorschlag nur bei der türkischen Delegation, die sich offenbar darüber klar ist, daß der Beginn des Antisowjetkrieges auch das Signal sein wird, die mit russischer Hilfe erkämpfte Unabhängigkeit ihres Landes anzutasten.

Alle anderen Mächte, sogar — aus prinzipiell antibolschewistischen Gründen — die durch die Friedensverträge zur Abrüstung verurteilten Kleinstaaten traten in eine Front gegen den russischen Vorschlag. Die Führung hatte natürlich England, dessen Vertreter Cushendan ausführlich bewies, daß der russische Vorschlag dem Frieden schade, weil er — die Autorität des Völkerbundes unterminiere. Und der „Vorwärts", der die Unverschämtheit hat, sich ein Arbeiterblatt zu nennen, zitiert das zustimmend und bedauert nur das eine, daß der deutsche Delegierte Bernstorff dieses Argument nicht anwandte, sondern den Engländern überließ! Wir unsererseits haben ja immer behauptet, daß Völkerbund und Abrüstung zwei entgegengesetzte Dinge seien — da aber verschiedene Leute uns nicht glauben wollen, empfehlen wir die Lektüre für sie kompetenterer Personen, nämlich der verschiedenen Delegierten auf der Abrüstungskonferenz. Neben dem englischen Vertreter hat wohl Herr Politis aus Griechenland, eine Genfer Größe zweiten Ranges, den Vogel abgeschossen, als er stolz erklärte, daß jede Abrüstung den Völkerbundsgedanken bedrohe. Denn die Völkerbundsmitglieder seien durch den Pakt verpflichtet, für ihre eigene Sicherheit und zur Teilnahme an etwa notwendigen Bundesexekutionen zu rüsten, und natürlich auch zum Schutze der durch revolutionäre Bewegungen im Innern bedrohten sozialen Ordnung der Bundesmitglieder einzugreifen. Wenn Rußland die Abrüstung wolle — so antworteten fast alle Delegierten — so müsse es eben nicht nur die äußere, sondern auch die innere Sicherheit aller Staaten gegen das revolutionäre Proletariat verbürgen, — aber da es im übrigen ein Feind der „westlichen Zivilisation" sei, habe es eigentlich bei der ganzen Konferenz nichts zu suchen.

*

Auch der amerikanische Vertreter auf der Abrüstungskonferenz hat sich, auf Litwinows ausdrücklich an ihn adressierte Anfrage, gegen den russischen Abrüstungsvorschlag erklärt — und damit fällt ein Lichtstrahl auf die Bedeutung der seit kurzem wieder in Gang gekommenen Verhandlungen über den von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Antikriegspakt zwischen den Großmächten. Vor einigen Monaten war dieser Vorschlag offenbar nur ein Manöver, um die französischen Bündnisvorschläge in einer guten Form abwinken zu können — heute ist er mehr. Wir wissen nicht, was sich in diesen Wochen hinter den Kulissen abgespielt hat — wir wissen nur, daß Frankreich, das sich noch vor einigen Wochen keinesfalls bereitfand, auf die bewaffnete Austragung innereuropäischer Konflikte zu verzichten, heute dem Kelloggschen Plane entgegenzukommen beginnt — natürlich unbeschadet seiner Völkerbundspflichten. Und wir wissen, daß die Bank von Frankreich vor amerikanischen Gerichten auf Beschlagnahme der von Rußland zur Bezahlung amerikanischer Lieferungen übersandten Geldbeträge klagt, um auf diesem Wege alle russisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen lahmzulegen. Und wir wissen, daß der amerikanische Vertreter in Genf sich gegen den russischen Abrüstungsvorschlag erklärte — der amerikanische Antikriegspakt sei besser als alle Abrüstungspläne. Wie ist das möglich? Doch offenbar nur dann, wenn der amerikanische Antikriegspakt die Konflikte zwischen bestimmten Mächten ausschalten will, um ihre vereinte Kraft gegen einen anderen zu lenken. Und wer könnte das sein, als Sowjetrußland, der „Feind der westlichen Zivilisation?" Wenn in diesen Tagen in Frankreich ued England wieder lebhafter über eine gleichzeitige Vereinigung der interalliierten und der Reparationsschulden gesprochen wird, wobei Deutschland gegen Uebernahme der interalliierten Schulden an Amerika von seiner Reparationslast befreit wird, Rheinland und Saargebiet zurückerhält — sind das Akte des Friedens? Die Sozialdemokratie wird nach den bevorstehenden „Linkswahlen" über außenpolitische Erfolge der von ihr beeinflußten Regierungen triumphieren können — sie wird diese Erfolge als Friedenstaten preisen. Aber die Lage ist heute so, daß jede vom amerikanischen Kapital organisierte und begünstigte Beilegung von imperialistischen Konflikten nur einen Schritt auf dem Wege zum Antisowjetkriege mit dem Segen dieses amerikanischen Kapitals darstellt . . .

*

In diesem Zusammenhange verstehen wir es auch, wenn die italienische Presse die in diesen Tagen in Paris beginnende Tanger-Konferenz als Schritt zur Regelung aller Mittelmeerfragen begrüßt. Scheinbar handelt es sich um recht untergeordnete Fragen — um die Verteilung der verschiedenen Verwaltungsressorts der internationalen Verwaltung von Tanger auf die interessierten Mächte, wobei Italien einige Funktionäre zugebilligt bekommen wird, um sich mit Frankreich und Spanien zu einigen. Aber das wesentliche, was von der italienischen und teilweise übrigens auch von der französischen Presse richtig betont wird, ist eben das, daß eine Regelung dieser kleinen Einzelfragen nur denkbar ist, wenn im Zusammenhange damit — sei auch vorläufig hinter den Kulissen — eine Beilegung der französisch-italienischen Spannung in Tunisien und in der Adria zumindest in großen Zügen vorbereitet wird. Denn ohne die Sicherheit, in diesen Fragen zu einer annehmbaren Lösung zu gelangen, wird Italien nicht bereit sein, den Trumpf aus der Hand zu geben, der in der möglichen Verweigerung seiner Zustimmung zur Regelung der Marokkofragen gegeben ist. Eine Einigung „über Tanger" würde zumindest einen großen Schritt auf dem Wege zur Beilegung der französisch-italienisch-jugoslawischen Spannung bedeuten, die heute noch den Rücken der Antisowjetfront unsicher machen.

Oberschlesien im Blitzlicht

Wir haben es immer gesagt: in dieser Republik ist alles möglich. Hören wir, was ein hochfeudaler Großgrundbesitzer sich, gestützt auf mittelalterliche Vorrechte seiner Kaste, im Kreise Neustadt herausnehmen kann. Der Reichsgraf Hans Georg von Oppersdorf, der Besitzer des aus zahlreichen Rittergütern bestehenden Fideikommisses Oberglogau (Fideikommisse sind unveräußerliche Güter, die zur Erhaltung des „Familienglanzes" sich nach einer bestimmten Nachfolgeordnung vom Vater auf den Sohn vererben und nicht verkauft werden können. Die Redaktion), das seinerzeit eine Größe von rund 18 000 Morgen und einen berichtigten Wehrbeitragswert von 7,9 Millionen Reichsmark hat, geriet vor etwa zweieinhalb Jahren in Schwierigkeiten. Ueber sein nicht zum Fideikommiß gehöriges Vermögen, das sogenannte Allod, wurde die Geschäftsaufsicht auf seinen Antrag eröffnet, während für das Fideikommiß, ebenfalls auf seinen Antrag und im Einvernehmen mit seinem ältesten Sohn, dem Fideikommißfolger, vom Oberlandesgericht Breslau, der Aufsichtsbehörde, eine Pflegschaft angeordnet wurde. Der Herr Reichsgraf, der herrlich und in Freuden lebt, Dienerschaft hält, ein schmissiges Auto besitzt, hat es verstanden, sich trotzdem bis heute seinen Verpflichtungen zu entziehen. 500 Gläubiger warten auf ihr Geld. Das Fideikommiß, das nach der Weimarer Verfassung aufgehoben werden sollte, existiert immer noch und schützt den Schuldner. Eine Zwangsversteigerung ist unmöglich. Möglich ist nur ein Ausscheiden des gegenwärtigen Besitzers und der Uebergang des Familiengutes auf den Sohn. Ein bürgerliches Blatt schreibt darüber:

„Mit dem Ausscheiden des gegenwärtigen Besitzers kommt zwar das Familiengut zur Auflösung, dem nächsten Anwärter fallen aber vier Fünftel des Gesamtwertes zu, während mit dem restlichen Fünftel die übrigen gesetzlichen Erben des Besitzers abgefunden werden. Im Fall Oberglogau heißt das beispielsweise, daß der Fideikommißfolger einen Besitz, dessen unbelasteter Wert sich zurzeit auf etwa fünf Millionen Mark stellt, vier Fünftel erhält, während die übrigen elf Kinder sich mit dem restlichen Fünftel begnügen müssen, also noch nicht ein Fünfzigstel erhalten und sich überdies gefallen lassen müssen, daß dieses Fünftel nach dem Ertrage, also nach einem ungünstigen Maßstab berechnet wird."

Und an anderer Stelle heißt es:

„Nach dem eigenen Zugeständnis des Fideikommißfolgers in seiner Eingabe vom 2. März d. J. an das Auflösungsamt für Familiengüter Breslau bekennt er, daß infolge der nicht unerheblichen Außenstände viele Gläubiger in große Schwierigkeiten geraten sind."

Die Gläubiger des Herrn Reichsgrafen interessieren uns ebensowenig wie die Geschwister, die im Falle der Auflösung des Fideikommisses mit einem Fünftel abgefunden werden. Uns interessiert die eine Tatsache: **Während zehntausende Kleinbauern und Siedler so wenig Land besitzen, daß sie nicht existieren können, sitzt in Oberglogau ein Reichsgraf mit 18 000 Morgen Land, die er nicht zu bewirtschaften versteht. Dem kleinen Landwirt — siehe Langenöls — holt der Gerichtsvollzieher die letzte Kuh aus dem Stall, wenn er den Fiskus oder andere Gläubiger nicht befriedigen kann. Den Reichsgrafen von Oppersdorf schützt ein mittelalterliches Privileg vor der Zwangsversteigerung seines Besitzes.**

*

Auf der anderen Oderuferseite, im Kreise Rosenberg, sitzt ein Standesgenosse des edlen Reichsgrafen, der Majoratsherr von Aulock. Auch eine feine Nummer. Zurzeit wird im Kreise eine große Chaussee gebaut. Diese führt vom Bahnhof Zembowitz vorbei an der Ziegelei des Herrn von Aulock nach Radam, läßt aber die vom Verkehr abgeschnittenen Dörfer Nieder-Lemke, Ober-Lemke und die Mühle vollkommen unberücksichtigt. Alle Protest der Mittel- und Kleinbauern waren vergeblich. Herr von Aulock und der Landrat regieren absolut, wie einst der Zar.

Die Besitzungen des Junkers steigen durch die Chaussee an Wert. Die Kleinbauern verarmen! So sieht die von Herrn von Richthofen gepredigte Gleichheit der Interessen der „Landwirte aller Besitzgrößen" aus. Es ist die Interessengemeinschaft zwischen Wolf und Lamm. Wie lange werden die schwer arbeitenden Kleinbauern sich von dem großagrarischen Wolf im kleinbäuerlichen Schafspelz täuschen lassen? Ar

Vor einer wichtigen Entscheidung

B. Im Kampf der hunderttausend oberschlesischen Arbeiter wird am morgigen Sonntag eine wichtige Entscheidung gefällt. Die Funktionäre des Bergarbeiterverbandes treten zusammen, um Stellung zu dem nach ergebnislosen Verhandlungen gefällten Schiedsspruch zu nehmen. Wie wird ihre Entscheidung ausfallen?

Bereits gestern haben wir in einem längeren Artikel dargelegt, daß die Entwicklung des oberschlesischen Bergbaues für die Kapitalisten eine durchaus günstige war und ist. Wir haben nachgewiesen, daß auch ohne größere Erschütterungen die Einführung der Siebenstundenschicht unter Tage und des Achtstundentages über Tage bei gleichzeitiger Lohnerhöhung durchaus möglich ist. Der von uns ebenfalls besprochene Schiedsspruch sieht unter Tage eine Schicht von acht Stunden und für über Tage bis 11 Stunden vor. Die Entscheidung wird den Funktionären nicht schwerfallen. Sie kann nur lauten: Ablehnen!

Was werden die reformistischen Gewerkschaftsführer sagen? Das sozialdemokratische „Volksblatt" schweigt. Der sonst so geschwätzige Koitz findet kein Wort des Protestes gegen den provokatorischen Schiedsspruch. In einer DMV.-Mitgliederversammlung in Gleiwitz erklärte der sozialdemokratische Referent wörtlich: „Wir müssen unsere Lohnforderungen hieb- und stichfest machen. Wir dürfen nicht zuviel fordern, d. h. wir dürfen durch unsere Forderungen nicht den Teil des Mehrwerts angreifen, den der Unternehmer zur Erweiterung seines Betriebes bedarf." Die Führer der oberschlesischen Bergarbeiterverbände haben am 16. Februar mit den Unternehmern ein Abkommen geschlossen, in dem sie sich mit den bereits erfolgten und angekündigten Bergarbeiter-Entlassungen einverstanden erklären, bis zum 31. März für die Einlegung von Feierschichten eintreten und ab 1. April den Unternehmern volle Handlungsfreiheit geben. Diese Beispiele genügen vollauf zur Charakterisierung der kapitalistenfreundlichen, d. h. arbeiterfeindlichen Einstellung der reformistischen (und christlichen) Gewerkschaftsführer. Diesen Führern darf man nicht über den Weg trauen.

Möglich, daß Kossahl, Bezirksleiter des VAV., am Sonntag für die Ablehnung des Schiedsspruches eintreten wird. Damit wäre nur der erste Schritt getan. Der zweite und wichtigere Schritt müßte sein: Die Organisierung des Kampfes!

Die Entscheidung der Bergarbeiter-Funktionäre am Sonntag wird nicht bloß für die Bergarbeiter, sondern auch für alle anderen in Lohn- und Arbeitszeitbewegungen stehenden Berufe von großer Wichtigkeit sein. Dieser Beschluß muß lauten: Ablehnung des Schandschiedsspruches und Kampfbeginn ab 1. April, ohne Rücksicht auf eventuelle Verbindlichkeitserklärungen, unter der konkreten Losung:

Die Kameraden von unter Tage fahren nach sieben Stunden heraus!

Die Kollegen von über Tage verlassen nach acht Stunden die Betriebe!

Hindenburg

Kommunales aus der Arbeiterstadt

Wie der Magistrat Anträge „erledigt"

Die kommunistische Fraktion des Stadtparlaments stellte in der Sitzung vom 2. März einen Dringlichkeitsantrag, der die Schaffung von Warteräumen für die beim Wohlfahrtsamt vorsprechenden Personen verlangte. Der Antrag fand Annahme. Der Magistrat entledigte sich schnell dieses Antrages, indem er der Stadtverordnetenversammlung hierauf nachstehende schriftliche Mitteilung zugehen ließ:

Hindenburg, den 13. März 1928.

Es trifft nicht ganz zu, daß die Antragsteller im Wohlfahrtsamt stundenlang warten müssen, da nach der Abschaffung des Antragszimmers Anträge von sämtlichen Expedienten entgegengenommen werden. Der größte Teil der Antragsteller hat aber die Gewohnheit, erst in der 10. Stunde auf dem Wohlfahrtsamt zu erscheinen. Da nun die Räume und insbesondere der Korridor unzulänglich sind, stauen sich die Erschienenen. Diesem Uebel kann aber zurzeit nicht abgeholfen werden, da ein verfügbarer Raum, der als Wartеraum eingerichtet werden könnte, nicht vorhanden ist. Uebrigens würde das im Winter auch dazu führen, daß verschiedene Personen das Wohlfahrtsamt gar nicht verlassen würden. (! Die Redaktion.)

Bei einer eventuellen Verlegung des Wohlfahrtsamtes müßte unbedingt darauf geachtet werden, daß ein größerer heizbarer Korridor mit Sitzgelegenheiten vorhanden ist.

gez. Dr. Schaletzki.

Wir stellen fest, daß doch stundenlang die Hilfsbedürftigen, meistens sind es alte Leute, auf den Korridoren warten müssen. Für Sitzgelegenheit ist mangelhaft gesorgt. Der untere Korridor ist mit Steinfliesen ausgelegt, und elendig kalt ist es in diesem Raum. Die Wartenden sind dauernder Zugluft ausgesetzt. Die Herren des Magistrats haben es ja besser. Jeder von ihnen hat für sich ein geräumiges und geheiztes Zimmer, und sie kommen noch im Auto von zu Hause vorgefahren. Mit dem Beginn des Dienstes nimmt man es auch nicht so genau. Zwischen 9 und 10 Uhr vormittags, da bemüht man sich. Diesen Herrschaften muß plausibel gemacht werden, daß auch die notleidenden „Bürger" ein Recht haben auf anständige Behandlung durch die Stadtverwaltung. Die gutbestallten Herren im Magistrat glauben, daß wegen Ihnen die Bürger da sind. Die Proleten müssen sie eines anderen belehren.

Damit glaubt der Magistrat den Antrag als erledigt zu betrachten. Nein, Herr Oberbürgermeister! so nicht! Die Kommunisten werden nicht locker lassen, als bis die Zustände beseitigt sein werden.

Wir stellen fest, daß doch stundenlang die Hilfsbedürftigen, meistens sind es alte Leute, auf den Korridoren warten müssen. Für Sitzgelegenheit ist mangelhaft gesorgt. Der untere Korridor ist mit Steinfliesen ausgelegt, und elendig kalt ist es in diesem Raum. Die Wartenden sind dauernder Zugluft ausgesetzt.

Die Herren des Magistrats haben es ja besser. Jeder von ihnen hat für sich ein geräumiges und geheiztes Zimmer und kommen noch im Auto, von zu Hause, vorgefahren. Mit dem Beginn des Dienstes nimmt man es auch nicht so genau. Zwischen 9 und 10 Uhr vormittags, da bemüht man sich.

Diesen Herrschaften muß plausibel gemacht werden, daß auch die notleidenden „Bürger" ein Recht haben auf anständige Behandlung durch die Stadtverwaltung. Die gutbestallten Herren im Magistrat glauben, daß wegen ihnen die Bürger da sind. Die Proleten müssen sie eines anderen belehren.

Ratibor

Nationalsozialistischer Reinfall

Die Nationalsozialisten geben sich ungeheure Mühe, die Arbeiterschaft für ihr Mauldeldentum einzufangen, aber vergebliches Liebeswerben. Trotzdem sie die ganze Stadt mit Plakaten versauten, erschienen zu der am Dienstag im „Schloßgarten" stattgefundenen öffentlichen Versammlung 80 Personen (mit Hitler). Brückner-Breslau laute seine alten Phrasen durch und wetterte auch gegen die Dawesknechtschaft, Finanzkapital sowie gegen sämtliche bürgerlichen Parteien. Gegen die KPD. wagte er sich nicht zu wettern, wahrscheinlich fürchtete er sich vor den anwesenden Arbeitern. Mit dem faschistischen Gruß „Heil Hitler!" wurde die Versammlung geschlossen. Auch im schwarzen Ratibor gibt's keinen Boden für den Faschismus.

Die Pfaffen auf Arbeiterfang. Um der wachsenden Radikalisierung der Arbeiterschaft bis in die Reihen der katholischen Arbeiter hinein entgegenzutreten, versucht der Klerikalismus wieder einmal, sich ein arbeiterfreundliches Mäntelchen umzuhängen. Vor einigen Tagen veranstaltete Ulitzka mit seinen katholischen Arbeitervereinen eine sogenannte „Große Kundgebung" im „Deutschen Haus". Trotz Flugblattverteilung vor den Betrieben sowie Beeinflussung der Arbeiterschaft durch Kanzel und Presse waren kaum 330 Personen, meist katholische Gesellen und Arbeiterinnen, erschienen, während sonst bei Zentrumskundgebungen sich zirka 1500 Personen einfanden.

Die Spitzen des Ratiborer Klerikalismus waren erschienen, die Pfaffen, Herr Ulitzka und sogar der Herr Landeshauptmann Piontek (der „Arbeiter" mit 25 000 Mark Jahresgehalt). Schon die Anrede „Meine geliebten katholischen Arbeiter" war zuckersüß; das war für die Proleten, die anderen Herrschaften wurden entsprechend ihrer Klassenzugehörigkeit tituliert: „Meine Herren und Damen, verehrte Anwesende!" Ein Prälat aus München, den sein oberster Chef mit einer sehr beweglichen Zunge gesegnet hat, wandte alle Redekünste an, um die Arbeiter einzufangen. Allerhand Anekdoten erzählte er auch, um seine Rede zu würzen. Auf Konferenzen mit Industriellen habe er die Kapitalisten darüber belehrt, daß nur die Kirche allein den Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit versöhnlicher gestalten könne. Und die Herren Industriellen hätten ihm Recht gegeben. Wer zweifelt außer Herrn Koitz in Hindenburg daran, daß die Industriellen die Dienste, die ihnen die Kirche zur Einschläferung der Massen und Lähmung ihres Klassenwillens leistet, richtig einzuschätzen — und das hat der Redner nicht gesagt — auch entsprechend zu bezahlen wissen. Besonders wetterte der Redner gegen die Kirchenaustritte und behauptete, das wäre schmählicher Undank, denn die Kirche setze sich für alle Klassen ein. Ein paar Phrasen über Frack- und Zylinderreligion und „Ersatzreligion" fehlten auch nicht. Die Proleten sollten glauben, der Herr Prälat „scheue auch ein Wörtlein gegen die Reichen nicht". Vergebliche Mühe. Nur fünf alte Arbeiter folgten der Aufforderung, dem katholischen Arbeiterverein beizutreten. Die kostspielige Reise von München nach Oberschlesien dürfte sich kaum gelohnt haben. Nach Schluß der Versammlung diskutierten einige katholische Arbeiter über das Gehörte. Die Pfaffen wollen uns weiter betrügen, damit uns die Kapitalisten besser ausbeuten können, sagten sie. Ja, auch im schwarzen Ratibor wird es nicht ewig dunkel bleiben. Der Einfluß der Schwarzen schwindet. Sorgt für Aufklärung und Aufrüttelung der Massen, verbreitet die „Arbeiter-Zeitung", tretet der KPD. bei!

Der christliche Herr Kaschny. Vor einiger Zeit sprach ein Arbeiter um Unterstützung beim Wohlfahrtsamt vor, sein Antrag wurde abgelehnt, und er fragte den Herrn Kaschny, warum er keine Unterstützung erhalte, und ob das der vielgerühmte „Dank des Vaterlandes" sei. Darauf fragte ihn Herr K. „leutselig", wielange er denn gedient habe. Sieben Jahre, sagte der Prolet. Daraufhin erklärte der fromme Christ: „Wenn Sie noch fünf Jahre gedient hätten, dann würden Sie als Beamter eingestellt worden sein." Er erhielt eine treffende proletarische Antwort: „Ich hatte genug von der Schinderei und dem Hungerleben." Worauf der Herr K. die Achsel zuckte und mit dem üblichen Bedauern erklärte: „Ja, da kann ich Ihnen nicht helfen." So sieht die christliche Wohltätigkeit aus. Sieben Jahre im Felde geschunden für die Kapitalisten, und dann bei Not und Arbeitslosigkeit ein Achselzucken und allenfalls ein höfliches Bedauern: Wir können nicht helfen. Zum Teufel, wenn diese Gesellschaft unfähig ist, für Arbeit und Brot zu sorgen, so muß sie davongejagt werden. Wir werden selbst helfen, indem wir in der Kommunistischen Partei für den Sieg der Arbeiterklasse kämpfen.

Markowitz. Arbeiter, aufgepaßt! Am 18. März wurde der heilige Josef zur Agitation in Nensa durch den Kuratus Wutzka verwendet. Früh wurden seine Gläubigen zum Kirchgang mit General-Ohrenbeichte aufgefordert. Trotz der Fastenzeit fand am Nachmittag ein Saalfest mit Musik statt mit anschließender Agitation für die nächste Wahl. Auch glaubte der Seelenhirt, den Proleten die Gemeindelasten von 100 000 Mark, die er für eine Pfarrei benötigt, schmackhaft zu machen. Wir fragen: Ist der Gemeindevertretung und der Kirchenvertretung bekannt, daß eine große Anzahl Ortsarme am Ort sind, die keine Wohnungen haben? Was ist wichtiger, Kirche oder Pfarrei? Auch ein christlicher Gewerkschaftssekretär aus Gleiwitz, der nach Zawada zur Agitation bestimmt war, erschien; er hatte aber kein Glück. Auf seine Ausführungen, die von Kommunistenhaß strotzten, lohnt sich nicht einzugehen. Wir verstehen seit der Betriebsrätewahl seinen Aerger.

Ziegenhals

Betriebsratswahl bei Tilgner u. Co. Der Betriebsrat der Firma Tilgner u. Co., Zellstoffwerke, Ziegenhals, wurde am 15. 3. 28 neu gewählt. Zur Wahl standen zwei Listen, und zwar eine der freien Gewerkschaften (Fabrikarbeiter) und eine der Christlichen Gewerkschaften. Von insgesamt abgegebenen 269 Stimmen entfielen 165 Stimmen auf die Liste der freien Gewerkschaften und 99 Stimmen auf die Liste der Christen. Es erhalten demnach Sitze: die freien Gewerkschaften 4 (3) und die Christlichen 2 (3). Vorsitzender des Betriebsrats ist ein Kommunist, der bereits voriges Jahr Vorsitzender war. Ein Zeichen, daß die Belegschaft Vertrauen zu den Kommunisten hat und der Einfluß der Christen in dem schwarzen Nest zurückgeht.

Patschkau

Dem „Volksblatt" zur Antwort. Auf den Artikel im „Volksblatt" Nr. 63 haben wir nur zu erwidern, daß die Sozialdemokratische Partei am Orte nicht abstreiten kann, daß die Kommunistische Partei die Führung und das Vertrauen der arbeitenden Schichten von Patschkau besitzt. Das beweisen unsere überfüllten Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen; dagegen sind die öffentlichen „Volksversammlungen" der SPD. nur von 24 Besuchern besucht.

Wir weisen ferner auf die praktische Arbeit der Sozialdemokraten hin. Vor allen Dingen auf die Arbeit, welche der Berichterstatter des „Volksblattes" in dem hiesigen Arbeitersportverein geleistet hat. Unter seiner Führung hat es der Verein auf 500 Mark Schulden gebracht. Dann erklärte dieser „Sportsmann" seinen Austritt. Die Mitglieder, welche unsere Genossen sind, mußten durch Extrabeiträge die Schulden mit decken.

Auf den Schlußsatz: „Wir wollen keine Sklaven Rußlands, sondern freie Arbeiter sein," weisen wir die Sozialdemokraten darauf hin, daß man es in der freiesten Republik fertig bekommt, Armenunterstützungsempfängern 4 bis 5 Mark auf die Woche Unterstützung zu gewähren oder die Erwerbslosen für 48 Pfennig nach außerhalb zu schicken, trotzdem der Erwerbslose dann doppelten Haushalt führen muß. Sind das „freie Arbeiter"? Doch jeder Arbeiter weiß, daß in der Sowjetunion die Arbeiterschaft menschenwürdig lebt und auch menschenwürdig behandelt wird. Das Referat des sozialdemokratischen Genossen Vogel aus Breslau bewies das. (Rußlandbelegierter.) Und sein Genosse, der Parteisekretär Panhska, Neustadt, konnte auf das Referat nichts erwidern.

Werktätige und Erwerbslose von Patschkau, seht euch die Männer an, die eure Interessen ernsthaft vertreten. Sie stehen in den Reihen der Kommunistischen Partei und sprechen ein offenes Wort mit jeder Behörde, von Phrasen können nur solche sozialdemokratische Funktionäre sprechen, welche andauernd im Erwerb stehen und die Not der Erwerbslosigkeit am eigenen Leibe noch nicht gespürt haben. Darum hinein in die Kommunistische Partei. Werdet Leser der „Arbeiter-Zeitung".

Verschickung von Arbeitern. Der Frühling hat seinen Einzug gehalten und schon geht die Verschickung der ausgehungerten Erwerbslosen zu den Arbeiten des berühmten Ottmachauer Staubeckens vor sich. Was bietet man euch da für einen hungernden Stundenlohn? **Achtundvierzig Pfennig.** Wollt ihr der Verelendung noch weiter entgegengehen? Wenn nicht, dann organisiert euch restlos in den freien Gewerkschaften und kämpft mit uns für ausreichende Löhne.

Ein Erfolg der oppositionellen Kollegen im Gewerkschaftskartell. Auf das Drängen der oppositionellen Kollegen in dem Gewerkschaftskartell wurde von den Arbeitervertretern in dem Stadtparlament der Antrag gestellt, daß die katholische Volksschule zur Abhaltung von Versammlungen der bürgerlichen Vereine endgültig zu verbieten ist. Dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Niederschlesien

Aus dem Siechenhaus Görlitz

Zweierlei Maß in der Irren-Abteilung. — Ungenügendes Essen. Schlechte Wohnverhältnisse.

Ein Wärter der Abteilung „Geisteskranke" erhält bei der Ausübung seiner Tätigkeit von einem Insassen eine Ohrfeige. Der Wärter gibt dem Kranken wiederum eine Ohrfeige. Eine Schwester beobachtete diesen Vorfall und meldete ihn weiter. Der Wärter wurde vor den Arzt zitiert und von diesem zur Rede gestellt. Die Verteidigungsgründe des Wärters wurden nicht anerkannt. Am schlimmsten aber war, daß er die „Frechheit" besaß, dem Arzt, der für das Siechenhaus verantwortlich ist, über die Mißstände daselbst Mitteilung zu machen. Da ihm der Arzt ziemlich scharf entgegentrat, ging der Wärter zum Dezernenten der Wohlfahrt, Dr. König, zweiter Bürgermeister von Görlitz, trug ihm die ganze Angelegenheit vor und zeigte auch hier nochmals die Mißstände auf. Der Empfang bei König ließ von vornherein keine Hoffnung zu, denn nach fünf Tagen erhielt der Wärter folgendes Schreiben zugestellt:

„Görlitz .....

Wir kündigen Ihnen hiermit Ihre Stellung als Krankenwärter im Siechenhaus ohne jeden weiteren Anspruch Ihrerseits an die Stadtgemeinde, weil Sie sich einem leitenden Arzte gegenüber unpassend benommen haben.

Dr. König. Fehler."

Wir wollen nunmehr einen anderen Fall berichten, der das Gegenstück zu dem geschilderten ist. In der Frauenabteilung der Geisteskranken befindet sich ein Mädchen in den zwanziger Jahren. Dieses leidet von Zeit zu Zeit an Wutanfällen und verübt in diesem Zustand allerhand Gewaltakte, zerreißt die Bettbezüge usw. Die dort befindliche Schwester nimmt dann zur Züchtigung des Mädchens eine Rute und verabfolgt der Kranken eine Tracht Prügel. Diese Vorfälle spielen sich öfters ab, ohne daß bis jetzt gegen diese Schwester eingeschritten worden wäre. Also hier in diesem Falle wird es gebilligt, daß die Kranken geschlagen werden, und im erstgenannten Falle führte es zur fristlosen Entlassung. Es kommt also immer darauf an, wer es tut. Man muß zu der Auffassung kommen, daß die Entlassung des Wärters vor allem deswegen erfolgte, weil dieser von den Mißständen in der Anstalt zu sprechen wagte. Nun noch einiges über die hygienischen Verhältnisse des Siechenhauses. Diese sind bei weitem nicht so, wie sie eigentlich sein sollten. Die Insassen, die frühmorgens in die Küche gehen, um sich Wasser zum Waschen zu holen, schöpfen dieses gewöhnlich aus dem Kessel mit der Waschschüssel, und die Küchenmädchen, die hiervon keine Kenntnis haben, kochen im selben Wasser dann den Kaffee usw. Die Katzen treiben ihren Allotria und verrichten ihre Notdurft, wo es gerade ist. So kommt es z. B. öfter vor, daß der Katzendreck in den Betten liegt. Ein anderer Mißstand ist der, daß der zuständige Arzt zwei Tage ohne jede Vertretung nicht erscheint, was zu Verwirrungen führt, wenn die Kranken von ihren Leiden befallen werden. Die Schwestern erhalten eine bedeutend bessere Kost als die Insassen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß diese von nun an eine schlechtere Kost erhalten sollen, sondern allen Insassen sowie dem Personal soll dasselbe Essen gegeben werden, wie den Schwestern, da doch gerade das letztere schwer arbeiten muß und eine ebensolche Verantwortung wie die Schwestern hat.

Das gleiche trifft auch auf die Unterbringung zu. Es sind im Siechenhaus drei Schwestern. Diese haben drei große Räumlichkeiten zu ihrer Verfügung, und zwar eine Speisezimmer, die Oberschwester ein Zimmer für sich, und die beiden anderen ebenfalls ein Zimmer zusammen. Wir haben schon einmal festgestellt, daß von den anderen Insassen bis zu acht Personen in einem Raum essen und schlafen müssen. Viel besser ist es auch nicht mit dem Personal. Die fünf Mädchen haben zusammen nur ein Zimmer, in dem sie aber nicht einmal einen Schrank für ihre Sachen aufstellen können. Die Schränke stehen deshalb auf dem Flur.

Es ist unseres Erachtens notwendig, daß die Bevorzugung einzelner Personen abgeschafft und allen Insassen des Siechenhauses die gleiche Behandlung und Beköstigung zuteil wird. Die Gelder im Stadtparlament werden nicht für einzelne Personen bewilligt. Herr Dr. Koenig, sorgen Sie also für sofortige Abhilfe!

Görlitz

Hinaus aufs Land.

Straßenzelle 1. 8 Uhr beim Gen. N. Pomoligesche, Gartenstr. 6. — **Straßenzelle 2:** 7,30 Uhr am Christoph-Lüdersplatz. — **Straßenzelle 3:** 8 Uhr beim Gen. K. Hotherstraße 9. Alle Parteigenossen, soweit sie nicht durch die Jugendweihe ihrer Kinder verhindert sind, müssen unbedingt erscheinen.

Auf anonyme Briefe legen wir keinen Wert. Deshalb, verehrte Schreiber, gebt volle Adressen an!

Stahlhelm-Kassierer unterschlägt Kleinbauerngelder!

Wieder ist eine Stahlhelmsäule geborsten und die Reiffeisenkasse zum Schaden der kleinen Bauern und Arbeiter um 11 000 Mark leichter geworden. Bei der diesjährigen Generalversammlung wurde das genannte Defizit festgestellt. Die Unterschlagungen reichen Jahre zurück. Wie wenig die Revisoren getaugt haben, offenbart sich schon aus der Aussage, die der famose Stahlhelmführer und Geschäftsführer Klinke getan haben soll: „Wenn ich die Bücher verkehrt hingelegt hätte, so würden sie mir noch länger geglaubt haben." Als dieser Betrüger die Geschäftsführung übernahm, mußte seine Frau mit ihrer Wirtschaft 5000 Mark Kaution stellen. Wie freuten sich doch die Spießer aber dann, als dieser „Furchtlose" am 1. Mai des vorigen Jahres als einziger die schwarzweißrote Fahne zum Trotz zum Fenster herausbaumelte. Als er damals zur Rede gestellt wurde, schob es dieser Mensch auf die Kinder. Bei der Präsidentenwahl zog dieser Herr mit seinen „Fortbildungsschülern" im Dorf herum und ließ brüllen: „Wir wählen Hindenburg." Ja, der „Retter" kann tatsächlich auf solche Ritter der Volkserneuerung stolz sein. Seine Frau ist nun die 5000 Mark los. Damit der Verein aber gegen ihren Gatten nicht gerichtlich vorgehen sollte, bot sie noch 2000 Mark. Es fehlen aber nun noch 4000 Mark. Um wenigstens ein wenig herauszuholen, schickte der neue Geschäftsführer an alle noch einmal Rechnungen, die bis ins Jahr 1924 zurückreichen. Wer nun die alten Quittungen nicht mehr im Besitz hat, soll nochmals bezahlen. Erst als es sich herausstellte, daß Klinke Personen ins Hauptbuch eingetragen hatte mit z. B. 40 Zentner Kohle, 25 Liter Schnaps usw., die überhaupt nichts bestellt hatten, mußte man dieses nochmalige Geldeinziehen aufgeben. Zu erwähnen wäre noch, daß von den Sammlungen des vorjährigen Feuerwehrfestes, die durch seine Hände gingen, noch keine Abrechnung vorliegt.

Ihr Kleinbauern, euch müssen wir Kommunisten sagen: Nicht im nationalen Lager wird euch geholfen, dort seid ihr nur Zug- und Stimmvieh für die Gutsbesitzer und die Landbundführer. Denkt an die Bauernkriege. Florian Geyer führte die Bauern gegen die Großgrundbesitzer. Heute müßt ihr an der Seite der Kommunisten gegen die Großagrarier den Kampf aufnehmen. Heraus aus dem Reiterverein, Landbund usw. Hinein in die Organisationen der Werktätigen. Besucht geschlossen die in allernächster Zeit stattfindende kommunistische Versammlung, dort sprecht euch aus. Wir werden euch den Weg weisen, der zur Arbeiter- und Bauernregierung führt.

Sagan

Das Volk steht auf

Es wehen die Fahnen, blutigrote Streifen.
Die Massen schreien. Massen stehen auf.
Ein „Menetekel". Flammenzeichen.
Die Trommel rollt. Das Volk steht auf.
Zu Häupten wogt die rote Faust,
Der Sowjetstern ist die Kokarde.
Kompakte Masse. Sturmgebraus.
Marschiert die Arbeitergarde.
Aus Gruben tief, aus Gossen, Hütten,
Aus jedem Auge schoß ein Blitz.
Die immer schafften, Hunger litten,
Marschierten.
Fest und hart der Schritt.
Die Straßen zittern. Heere ziehn,
Und Spießer wimmern, Salven knattern.
In Straßen Barrikaden blühn,
Drauf Tücher, blutigrote Fahnen flattern.
Paläste wanken, morsche Mauern.
Achtung! Die Trommel gerührt!
Rote Herzen — rote Mauern.
Das Volk der Arbeit marschiert.
Der Erdball glüht. In allen Landen
Ein Volk, ein Herz, ein Leib, ein Glied.
Marschiert das Volk, ist aufgestanden.
Der Morgen kündet: „Sieg, Sieg, Sieg!"

Paul Behnisch.

Tagebuch. Im Kriegerverein der Ortsgruppe Hermsdorf herrscht ein Kameradschaftsgeist, den man schlechtweg als „idyllisch" bezeichnen könnte, wenn — ja, wenn sich nicht ab und zu die Gemüter der „Ueberpatrioten" erregten und ihre gegenseitige Liebe und Achtung in einer recht deutlichen Handgreiflichkeit zum Ausdruck käme. Besagter Kriegerverein hält eines Tages Generalappell ab. Alles ist im schönsten Fett. „Heil dir, im Siegerkranz", „Deutschland über alles" und noch mehr solche Lehmannsche Tonprodukte rollten durch die Kriegerkehlen. Um auch dazu die nötige Siegerstimmung zu schaffen, rutschte zur Abwechslung auch einmal ein zweistöckiger Lustenschnaps hinter den Vatermörder. Die Siegerstimmung war nun da, und schon ging man zur „Offensive" über. Mit Schemelbeinen pochte man seinen lieben Kameraden die Fassade zusammen. Als das nicht mehr zog, schlug man sich gegenseitig die patriotischen Schädel ein. Auf dem Nachhausewege sägten sie vor lauter Angriffslust einem ihrer Kameraden die Fahnenstange ab. — Landarbeiter und Kleinbauern! Kehrt solchen Vereinen den Rücken! Euer Weg ist der gleiche wie der der Industriearbeiter. Nur wenn ihr die Kommunisten unterstützt, wird euch einmal geholfen werden.

Wie revolutionär die SPD. ist, wollen wir an dem Beispiel der Freiwaldauer Sozialdemokraten zeigen. Anläßlich der achtzigjährigen Wiederkehr der achtundvierziger Revolution veranstaltete die dortige SPD. eine „Revolutionsfeier". Nachdem ein Herr Huckauf seine Gedanken über die „Revolution" vortrug, führte die von Sorau verschriebene Theatergesellschaft den Dreiakter „Im Irrgarten der Liebe" auf. Wer lacht da nicht? Und diese Leute wollen die Arbeiter zum Sozialismus führen! Arbeiter Freiwaldaus, erkennt, euer Platz ist bei der KPD.! Beklagt sich schon die SPD. über den schlechten Besuch dieser „Bildungsveranstaltung", gebt ihr noch mehr Anlaß zur Klage, kehrt dieser Partei vollends den Rücken! Die KPD. ist die Partei der proletarischen Revolution!

Heraus zur öffentlichen Versammlung!

Sonnabend Märzaufgebot der Roten Jungfront im Wintergarten. Anfang 20 Uhr. Werktätige von Liegnitz, sorgt für Massenbesuch!

Grünberg

Wie Bürgermeister Lemme den Sportgedanken fördert.

Als kürzlich ein hiesiger Arbeiter-Sportverein den Bürgermeister Lemme um Genehmigung ersuchte, an der Außenseite des Tores zum Stempelraum des Arbeitsnachweises ein Werbeplakat zu einer sportlichen Veranstaltung anbringen zu dürfen, wurde das ohne triftigen Grund abgelehnt. Dieses Verhalten steht in krassem Widerspruch zu Lemmes Moralpredigten gegenüber der seiner Ansicht nach „ungebildeten Jugen". Die Arbeiter-Sportvereine sehen ihre vornehmliche Aufgabe darin, die Jugend durch Werbeveranstaltungen zu gewinnen. Grünberg scheint, wie auf allen anderen, so auch auf diesem Gebiete zurückgeblieben zu sein. Wenn Lemme selbst kein Sportler ist, nehmen wir ihm das nicht übel, doch um zu begreifen, daß der Arbeitersport wirklich erzieherischen Wert hat, raten wir ihm, sich darin zu versuchen, und auch „Er" wird das bald an seinem eigenen Körper und Geist feststellen können. Ganz besonders die Arbeitersportler mögen sich dieses Verhalten bei gegebener Zeit in Erinnerung bringen; denn letzten Endes ist die Ablehnung nichts weiter als ein Schlag gegen die Arbeiter-Sportbewegung.

Ein Arbeitersportler.

Großer Erfolg des Stiftungsfestes des RFB. Am vergangenen Sonnabend beging unsere Ortsgruppe des RFB. ihr zweites Gründungsfest in den Reichshallen. Kamerad Schmitz von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg begrüßte die Erschienenen und sprach in kurzen Worten über die Aufgaben der Roten Front. Eine Verlosung, Theater und Tanz beschlossen den Abend, dessen Erfolg ein überfüllter Saal und verschiedene Neuaufnahmen waren. Am Nachmittag war auf dem Ring ein Platzkonzert unter Mitwirkung der Schwiebuser Kapelle veranstaltet worden. Die große Menschenmenge und der Zeitungsverkauf bewiesen, daß sich die Rote Front innerhalb der Arbeiterschaft immer mehr Sympathien erwirbt.

Revolutionsfeier der SPD. Am Sonntag hatte die SPD. und das Reichsbanner zu einer Demonstrationskundgebung für die Revolutionsopfer von 1848 aufgerufen und auch das Kartell zu dieser bürgerlichen Revolutionskundgebung gemißbraucht. Die klassenbewußte Arbeiterschaft hat aber durch ihr Nichterscheinen bewiesen, daß sie nicht gewillt ist, das „Hohelied" auf die SPD. mitzusingen.

1000 Mark Belohnung sind vom Liegnitzer Regierungspräsidenten für die Ermittlung des Grünberger Kindermörders ausgesetzt worden.

Schießereien

Im benachbarten Züllichau gab der Schlossermeister Jänsch infolge Familienstreitigkeiten mehrere Schüsse auf seine Frau und seinen 20jährigen Sohn ab und verletzte beide schwer. Der Sohn schlug mit letzter Anstrengung den Vater nieder und verhinderte somit weiteres Blutvergießen. J. wurde verhaftet. — In Mühlbrock wurde der Arbeiter Franzen von dem Arbeiter Dziancalla durch einen Schuß in den Hals schwer verletzt. D. ist seitdem flüchtig.

Aus dem Emaillierwerk Henriettenhütte. Da das Benehmen des Emaillermeisters Schuchard gegen die Arbeiter immer unerträglicher und von seiten der Verwaltung dieser Mann bei jeder Gelegenheit in Schutz genommen wird, wollen wir folgende zwei Fälle einmal öffentlich behandeln. 1. Ein 15jähriger Junge wehrt sich seiner Haut, indem er einer über 20 Jahre alten Arbeiterin, welche denselben schlagen wollte, eine Ohrfeige gab. Die Folge war fristlose Entlassung durch Meister Schuchard, von der Verwaltung bestätigt. Auf wiederholtes Vorstelligwerden des Betriebsrats wurde der Junge nach reichlich 14 Tagen wieder eingestellt. 2. Es ist üblich, daß Frauen, die mit dem Streichen von Eisengegenständen beschäftigt sind, diese Arbeit im Emaillierwerk verrichten müssen, wenn schnelles Trocknen erforderlich ist. Fast jedesmal gab es von seiten des genannten Meisters etwas zu nörgeln. Einmal warf er mit dem Fuß eiserne Ständer um; einer fiel der Frau in die Beine, daß sie einen halben Tag lahm ging. Aber aus Furcht traute sie sich nicht, den Fall zu melden. Das zweitemal derselbe Fall, nur daß der Ständer der Frau den Ober- und Unterrock zerriß. Die Frau erstattete Meldung mit folgendem Ergebnis: Der Meister wurde vom Direktor in Schutz genommen und der Frau noch Vorhaltungen gemacht. Vom Betriebsrat verlangen wir, daß er ganz energisch gegen solche Methoden einschreitet.

Neusalz

Eine Fabrik niedergebrannt

In Liebschütz brannte die stillgelegte Stärkefabrik bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die Fabrik ist erst seit kurzer Zeit in den Besitz des Fabrikanten Baumgart von hier übergegangen und war mit 50 000 Mark versichert.

Bunzlau

Selbstmord auf den Schienen. Durch Ueberfahren den Tod gesucht und gefunden hat der 19jährige Sohn des Stellenbesitzers Fiebig aus Hinterheide im hiesigen Kreise. Seine Leiche wurde auf dem Bahnkörper der Eisenbahnstrecke Modlau-Neuhammer aufgefunden.

Haynau

Die Führer des DLV. sabotieren

Wir berichteten schon von der angesetzten Protestkundgebung des Deutschen Landarbeiterverbandes. Jetzt müssen wir aber die Feststellung machen, daß die Führung des DLV. diese in letzter Stunde abgesagt hat. Grund? — Die Unternehmer haben in einer freien Vereinbarung in der Lohnverhandlung etwas zugelegt. Die Arbeiter wollen kämpfen, und die reformistischen Führer halten sie zurück. — Landarbeiter, jetzt erst recht heraus zum Protest! Erscheint alle zum Untergau-Treffen der Roten Front am 1. April (offener Sonntag) in Haynau. Stellt die Einheitsfront in Stadt und Land her. Die Rote Front tritt für euch ein!

Landarbeiterlos. Ein Landarbeiter schreibt uns: Die Landbundführer schreien, die Arbeiter hätten keine Lust zum Arbeiten, sie gingen lieber stempeln usw. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus, wenn man auf das Land auf die Suche nach Arbeit geht? Die erste Frage der Gutsbesitzer lautet immer: Wieviel Hofegänger stellen Sie? — Wehe dem, der eine kranke Frau besitzt. Bei der schweren Landarbeit sind nämlich die meisten Frauen der Landarbeiter unterleibskrank. Die zweite Frage ist gewöhnlich: Sind Sie im Verbande oder gar Kommunist? — Und so bin ich von Hof zu Hof gezogen, — immer dasselbe. So geht es vielen Landarbeitern. Sie sind dem Elend preisgegeben, wenn sie sich nicht zum Kampf zusammenschließen, dem Landarbeiterverband beitreten und Mitglied der Kommunistischen Partei werden.

Liegnitz

Massen heraus

zur Märzfeier heute Sonnabend. 18 Uhr Platzkonzert und Ansprache auf dem Kornmarkt. Um 20 Uhr im Volks aus Märzfeier. Wir fordern die Saganer Arbeiterschaft auf, sich restlos an Kundgebung und Saalveranstaltung zu beteiligen!

Ein neuer Regierungsvizepräsident

Das preußische Staatsministerium hat den bisherigen Regierungsdirektor Wille-Liegnitz mit Wirkung vom 1. April d. J. zum Regierungsvizepräsidenten bei der Regierung in Liegnitz ernannt, nachdem der bisherige Vizepräsident, Bessart, in den Ruhestand versetzt wurde.

Waldbrand. Am Mittwochmittag brach in einer zur Oberförsterei Pauten gehörenden Schonung ein Waldbrand aus. Zur Bekämpfung des Brandes eilten zahlreiche Feuerwehren, Forstpersonal, Arbeiter der umliegenden Güter und Dorfbewohner herbei. Das Feuer drang über die Kunststraße vor. Die Liegnitzer Feuerwehr rückte mit ihrem Automobil-Mannschaftswagen, Waldbrand-Bekämpfungsgerät und einem Auto der Schutzpolizei und rund 40 Mann zur Löschhilfe ab. Dem Brande sind etwa 50 Morgen Schonung zum Opfer gefallen. Man vermutet fahrlässige Brandstiftung beim Essenkochen.

Aus dem Riesengebirge

Die Leiche des Verschütteten gefunden.

Gestern vormittag wurde die Leiche des bei dem Lawinenniedergange am Kleinen Teich verunglückten Bauschülers Günther aus Erdmannsdorf gefunden. Der Vater des Verschütteten hatte auf eigene Verantwortung mit einigen Leuten aus Erdmannsdorf die Bergungsarbeiten fortgesetzt.

Behaftung. Der Notar Rudolf Pohl in Maschendorf wurde wegen Unregelmäßigkeiten in der Amtsführung in Untersuchungshaft genommen.

Hermsdorf u. K. Die Kinderabteilung der Freien Turnerschaft veranstaltet am Sonnabend um 20 Uhr ihre Schulentlassungsfeier im Gasthof „Zum Kynast". Das Programm ist reichlich ausgefüllt und die Kleinen werden ihre Arbeit an diesem Abend voll und ganz erfüllen. Wir hoffen, daß die Eltern sowie die übrige Einwohnerschaft von Hermsdorf u. K., die noch immer abseits von unserem Turn- und Sportbetrieb stehen, an diesem Abend zahlreich erscheinen. Der Eintritt ist auf 50 Pf. festgesetzt, um es jedem zu ermöglichen, einen schönen Abend zu verleben.

Liebau. Untreu ist dem hiesigen Gewerkschaftskartell der Werkmeisterverband geworden, indem sich diese freigewerkschaftliche Organisation vom Ortskartell abgemeldet hat. Man muß über eine solche Maßnahme nur das Bedauern aussprechen.

— Lohnbewegung der Fabrikarbeiter. Vom 15. März stehn auch die Fabrikarbeiter (Chemie und Papier) in der Lohnbewegung. Es wurde von den Delegierten eine strikte Forderung von 20 Prozent gestellt, welche unter allen Umständen gehalten werden muß. Da die Bilanzen der Papiergewaltigen äußerst günstig sind und für sie besonders staatliche Vergünstigungen (Fracht) gewährt werden, so dürfte das bekannte Klagelied der Industriellen nicht anschlagen. Für Schlesien kommen in der Gruppe Papier für die Lohnbewegung 12 000 Arbeiter in Frage.

— Ein Einbruch in der katholischen Kirche brachte eine lustige Geschichte mit sich. Ein Einbruch war geschehen, das ließ sich nun einmal nicht vertuschen. Der Pfarrer wollte unter allen Umständen kein Gerede — von wegen der Entwürdigung und darum Entweihung. Der Langfinger war auf einer Leiter durch ein Fenster gestiegen. Die Leiter hatte er stehen gelassen. Am andern Morgen machte sich der Fahndungsdienst auf die Beine, um den Eigentümer der Leiter festzustellen. Nach außerordentlicher Mühe stellte man fest, daß die Leiter in die Kirche gehört und immer hinter dem Altar steht. So bedauerlich die ganze Sache ist, so originell ist sie.

— Einen Theaterabend veranstaltet am Sonnabend, 20 Uhr, im „Rübezahl" die Freie Volksbühne. Gespielt wird „Die Not der Alten" in fünf Akten. Um 15 Uhr ist Kindervorstellung. Eintrittspreise sind: Für die Kindervorstellung Kinder 15 Pfg., Erwachsene 25 Pfg. Für die Abendvorstellung 75 Pfg. und für Rentenempfänger 30 Pfg.

Breslau

Arbeiter, Kleinbauern, Landproleten!

Der Wahlkampf erfordert viel Geld! Kauft darum die Wahlfondsmarken der Kommunistischen Partei! Zeichnet auf die Sammellisten! Sendet Beiträge für den Wahlkampf auf Postscheckkonto Breslau 29016 Erich Hausen.

Der Arbeitsnachweis macht Propaganda für die Heilsarmee

Von einem Erwerbslosen wird uns mitgeteilt, daß bei der Geldauszahlung auf den Erwerbslosen-Zahlstellen von seiten der Beamten Grußkarten zum Besuch der Heilsarmeeversammlungen im Konzerthaus, in der der „General" Booth sprechen soll, verteilt worden sind. Das Arbeitsamt macht also Propaganda für eine Verdummungs- und Schnorrorganisation. Wir glauben ja ganz gern, daß dem Arbeitsamt Erwerbslose willkommen sind, die durch die Heilsarmee zu demütigen Geschöpfen erzogen wurden. Die Arbeitslosen werden sich gegen einen derartigen Mißbrauch der Befugnisse des Arbeitsamtes energisch wenden müssen und ihm begreiflich machen, daß es nicht seine Aufgabe ist, Schäfchen für die Heilsarmee zu werben.

Ein unhaltbares Urteil

Die Genossen Walter Reim, Geschäftsführer der Peuvag-Filiale, und Walter Gerber, Geschäftsführer der Schlesischen Verlags-Gesellschaft m. b. H., standen am Donnerstag wegen Preßvergehen vor dem Amtsrichter. Anläßlich des Roten Tages in Oberschlesien hatten die dortigen Genossen eine Seite der „Arbeiter-Zeitung" abgetrennt und einzeln verteilt. Obgleich die beiden Angeklagten mit dieser Maßnahme nicht das Geringste zu tun hatten und ihre Nichtbeteiligung vor Gericht bewiesen wurde, sollen sie nach dem Spruch unserer „unfehlbaren" Justiz die „ruchlose" Tat der oberschlesischen Genossen jeder mit 30 Mark Geldstrafe oder 10 Tage Haft büßen. (Völkischen wird der Tag Haft mit 15 Mk. angerechnet.) Das Schönste bei der ganzen Geschichte ist noch, daß ihnen der Weg der Berufung auf Grund unserer Schnellfeuerjustiz abgeschnitten ist. Dem „objektiven" Richter und Staatsanwalt, letzterer hatte sogar 50 Mk. Geldstrafe beantragt, wird die Revisionsverhandlung eine Blamage bereiten.

Wer ist auch so fleißig?

In vorbildlicher Art arbeitete die 2. Abteilung (Breslau-Scheitnig) bei der Hauspropaganda für die Werbung der „Rot-Front"-Zeitung. Die Abteilung verkaufte an einem Sonntag 500 Stück „Rot-Front"-Zeitungen und 100 Stück „Arbeiter-Zeitungen".

Wieder ein Todesopfer des Straßenverkehrs. Am Donnerstagnachmittag wurde auf der Gräbschener Straße der 68jährige Werkmeister Strunk, Kopischstraße 75 wohnhaft, von einem Straßenbahnzug der Linie 11 überfahren und so schwer verletzt, daß er auf dem Transport ins Elisabethinerinnen-Krankenhaus verstarb.

Immer wieder Razzien. Es wird gemeldet: Eine Fahndungsstreife der Breslauer Kriminalpolizei nahm vorgestern in den frühen Morgenstunden eine Revision gewisser Wohnungen der Malergasse vor. Hierbei wurde der in Prostituiertenkreisen unter dem Spitznamen „Bayerischer Seppl" bekannte Johannes Seemeg, geb. 21. 5. 1908 in Oberstdorf (Bayr. Allgäu), festgenommen, weil er nach den bei ihm vorgefundenen Briefen schon seit Januar d. J. hier wohnt und polizeilich nicht gemeldet ist. — Weiter ist festgenommen worden der Angestellte Josef Kloda, geb. 11. 3. 1885, auf Grund richterlichen Haftbefehls wegen Unterschlagung. Kloda hielt sich ebenfalls unangemeldet im Hause Fährgasse 8 verborgen.

Druckfehler. In unserem gestrigen Artikel „Mord" muß die Vorbemerkung heißen: Der bürgerlichen Presse entnehmen wir, da (nicht daß) Herr Kleibömer aus verletzter Eitelkeit noch immer der „Arbeiter-Zeitung" die Meldungen über Kapitalverbrechen vorenthält: (Dann folgte die Meldung!)

Keine Sportsonderzüge. Morgen verkehren die üblichen Sportsonderzüge nicht.

Komitee für internationale Gewerkschaftseinheit, Breslau. Uns wird geschrieben: Die für März vorgesehene Zusammenkunft mußte ausfallen. Bekanntgabe der nächsten erfolgt an dieser Stelle. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Bericht der III. Deutschen Arbeiterdelegation erschienen ist, und zwar in Form einer 48seitigen illustrierten Broschüre. Einheitsleser und Freunde, die in der Lage sind, bei Kollegen usw. einige Exemplare abzusetzen, wenden sich sofort an H. Obier, Waterloostraße 20.

Einbruch ins Katasteramt. Ein unbekannter Täter drang in das Katasteramt, Neue Taschenstraße 2, mit Hilfe eines Nachschlüssels ein, erbrach einen Schreibtisch und entwendete daraus den Inhalt der Geldkassette in Höhe von 33 Mark.

Mittelschlesien

Cawallen. Zwei Kinder gerettet. Der 19jährige Angestellte Richard Neumann, der zu Rade auf dem Wege von Glatz nach Breslau war, rettete zwei Kinder, die auf der Eisfläche des Dorfteiches eingebrochen waren, vor dem Tode des Ertrinkens.

Klettendorf. Ein „fleißiger" Landjäger. Der Landjäger Hoppe aus Hartlieb geht frühmorgens um 5,30 Uhr die Straße von Klettendorf nach Tinz mit seinem Hund entlang. Jeden Radfahrer ohne Licht, dem er begegnet, schreibt er unwiderruflich auf. Er bringt es sogar fertig zu sagen: „Um 6,30 Uhr geht die Sonne auf, dann kann man ohne Licht fahren!" Tatsächlich kann man um diese Zeit schon 400 Meter weit sehen. — Jetzt müssen die Radfahrer 3,50 Mark Strafe zahlen. Hier wäre es wohl angebracht, daß der sozialdemokratische Amts- und Gemeindevorsteher seine untergebenen Polizeibeamten etwas besser belehrt, oder wird das scharfe Vorgehen von dem Amts- und Gemeindevorsteher gebilligt?

Neumarkt. Eine glänzende Wahlversammlung veranstaltete am Donnerstag die Ortsgruppe Neumarkt der KPD. Der Saal erwies sich fast als zu klein, um die hunderte Arbeiter und Arbeiterinnen zu fassen. Als Referent war Genosse Reim-Breslau erschienen. Er wies in seinem Referat auf die Bedeutung der kommenden Wahlen hin, warnte jedoch gleichzeitig die Anwesenden vor allzu großer Illusion in bezug auf irgendwelche grundlegenden Erfolge. Die Anwesenden überzeugte er von der Notwendigkeit der Wahl von Kommunisten. Seine Ausführungen gipfelten in der Aufforderung, über den Parlamentarismus hinaus den Sturz der bürgerlichen Gesellschaft und damit die Errichtung der Arbeiter- und Bauern-Regierung durchzuführen. Seine Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen, und trotzdem einzelne „Ortsgrößen" der verschiedenen Parteien anwesend waren, meldete sich keiner zur Diskussion. Die Versammlung wurde mit einem kräftigen „Rot Front!" geschlossen und dem Gelöbnis, alles zu tun, um die Kommunistische Partei zum Siege zu führen. — Für die anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen von Neumarkt gilt es jetzt zu beweisen, daß ihrer revolutionären Gesinnung die Taten entsprechen, nämlich der Eintritt in die Kommunistische Partei und der Hinauswurf der bürgerlichen Presse. Jeder werde Leser der „Arbeiter-Zeitung"!

Strehlen. Versuchter Bahnhofseinbruch. In der letzten Nacht versuchten drei Einbrecher in das Bahnhofsgebäude in Markotsch einzudringen. Durch den Wächter wurden die Einbrecher rechtzeitig verscheucht, so daß diese unter Mitnahme ihres Werkzeuges flüchteten.

Breslauer Mucker auf dem Kriegspfade

Die 14 Ausschüsse der „katholischen Aktion"

Breslau, 23. März.

Breslau besitzt den traurigen Ruhm, eines der Hauptquartiere der kirchlichen Reaktion zu sein. Draußen auf der Sandinsel befindet sich des Himmels Generalvertretung für Ostdeutschland, deren geschäftliche Leitung in den Händen des Kardinals Fürstbischofs Dr. Bertram liegt. (Jesus hat soviel Titel bestimmt nicht gehabt.) Bertram ist in der letzten Zeit ganz besonders als Fabrikant von Hirtenbriefen aufgefallen, die seinen getreuen Breslauer Untertanen Veranlaßung gaben, vor kurzem ein besonders gottgefälliges Werk zu tun: nämlich die Schaffung der „katholischen Aktion". Nicht weniger als 14 „Ausschüsse" faßt sie zusammen. Man hat schon eine Sitzung abgehalten und dabei folgende Aufgaben als besonders dringend bezeichnet:

1. Ueberwachung der Frauenmode

Es ist klar, daß ein guter Frömmling kein nacktes Frauenfleisch vertragen kann. Da gibt es zwar einen Nietzsche, der einmal gesagt hat: „Dem Reinen ist alles rein und dem Schwein ist alles Schwein", aber das war bestimmt eine Eingebung des Teufels. Unsere Breslauer Katholiken lassen sich auf philosophische Auseinandersetzungen nicht ein. Sie verdammen die neue Frauenmode als unsittlich. Da man sich aber noch nicht ganz klar ist, wie diese Ausgeburt höllischer Verworfenheit beseitigt werde, machen wir folgende Vorschläge: Man bilde besondere Ueberwachungskommissionen, die am Eingang jeder Kirche, mit Zentimetermaß versehen, abmessen müssen, ob das Rockende der weiblichen Kirchenbesucher nicht mehr wie 5 Zentimeter über dem Erdboden liegt. Die Bekleidungsgrenze der oberen Partie kann man so überwachen, daß am nächsten Aschermittwoch der jeweilige Pfarrer den Frauen und Mädchen nicht nur ein Aschenkreuz auf die Stirn drückt, sondern um den Hals herum mit unabwaschbarer Farbe den erlaubten tiefsten Strich zieht, unter dem kein Frauenkleid bleiben darf. Zu weiteren Vorschlägen sind wir gern bereit.

2. Kampf gegen „Schmutz und Schund"

Hier ist man schon etwas konkreter vorgegangen. Weil unseren Lokalmuckern die staatlichen „Schundprüfstellen" nicht ganz zuverlässig erscheinen, hat man eine eigene „Prüfstelle" geschaffen, denen ausgerechnet die zum Literaturverständnis allerungeeignetsten Leute — nämlich ein Pfarrer, ein katholischer Lehrer und ein katholischer Jurist — angehören. Die Aufgabe dieser Prüflinge ist die Literaturschnüffelei, denn wir glauben kaum, daß sie etwa so handeln werden, wie jener Jungarbeiter, der vor kurzem einer von ihm zusammengestellten Sammlung von Schundschriften den — Katechismus einverleibte. Wir dürfen also einigermaßen gespannt sein, zu welch tollen „Erfolgen" dieser „Kampf" der modernen Don Quichotes führen wird.

3. Gott im Rundfunk

Neben obigen beiden Punkten liegt den Moralgefestigten noch der Rundfunk schwer im Magen. Ueber den Breslauer Sender sind sie besonders böse. Da hat nämlich vor ein paar Tagen eine Rezitatorin Gedichte über Till Ulenspiegel, eine literarische Figur mit Weltgeltung, vorgetragen. Daß dabei die Mönche nicht besonders gut wegkamen, ist verständlich. Und daraus aktionierte die „Aktion" eine Aktion. Zu allem Unglück hat noch ein Breslauer Pfarrer eine Gebrauchsanweisung fürs Radiohören ausgearbeitet. Aehnlich wie der Papst seinen „Index" der verbotenen Bücher, hat sein Breslauer Nachwandler einen solchen der verbotenen Radiogenüsse angelegt.

Damit wollen wir vorläufig unsere Mitteilungen über die „Katholische Aktion" beenden. Wer den Geist ihrer Väter kennt, weiß, daß sie uns noch oft Gelegenheit geben wird, ihre Werke etwas näher zu beschauen.

„Deutschnationale Belange zermalmt . ."

Die Landbündler drohen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Boykott an. — Der Reinfall von Münsterberg

Schon anläßlich des Breslauer Landbundaufmarsches wiesen wir auf die eigenartigen Methoden hin, mit denen der Landbund Landwirte und ländliche Gewerbetreibende zur Teilnahme preßte. Damals war es besonders der Kreislandbund Trebnitz, der in einem skandalösen Aufruf nach der Art der Raubritter früherer Jahrhunderte Gefolgschaft zu erzwingen versuchte. In einem Aufruf hieß es:

„Es brauchen am 12. in Breslau nicht zu erscheinen: Alle Landwirte, die zu wenig Steuern bezahlen. Alle Landwirte, denen es wirtschaftlich gut geht. Wer **nicht erscheint**, beweist damit dem Landratsamt und Finanzamt, daß es ihm gut geht. Dasselbe gilt auch für den Handwerker und Gewerbetreibenden. Alle Handwerker und Gewerbetreibenden, welche nicht erscheinen, beweisen damit, daß sie keinen Wert darauf legen, die Landwirte als Kunden zu haben."

Das Verhalten der Trebnitzer Landbündler wird noch übertroffen durch die Stellungnahme der Landbündler von Münsterberg. Diese Herren wollten am 11. März im Schützenhaus eine deutschnationale Versammlung veranstalten. Der Saal war auch ziemlich voll. Allerdings nicht von Besuchern deutschnationaler Gesinnung, sondern von Arbeitern. Da der Referent, der Breslauer Hülser, nicht erschienen war, wollte der deutschnationale Erbscholtiseibesitzer und Kreisleiter Prätorius einige Worte herunterleiern. Unsere ebenfalls anwesenden Genossen verlangten Diskussion, und als Herr Prätorius diese nicht zugestehen wollte, wurde ihm von den Arbeitern die ganze Versammlung vermasselt. Es wäre so schön gewesen, es hat nicht sollen sein...! Prätorius schnob Rache. Sein Aerger entlud sich über seinen eigenen Parteifreunden, denen er folgendes Flugblatt sandte:

„Sehr geehrtes Parteimitglied!

Die Vorgänge am Sonntag, dem 11. März 1928, im Schützenhaus haben bewiesen, wie unbedingt notwendig es ist, daß unsere Freunde bei parteipolitischen Veranstaltungen zahlreich und zeitig genug zugegen sind. Hätten unsere Mitglieder ihre Pflicht erfüllt, wäre es nicht möglich gewesen, daß der Schützenhaussaal zu zwei Drittel von kommunistischen und sozialistischen Hetzern und Schreiern gefüllt war. Noch haben wir es in der Hand, daß wir durch eifrigste Beteiligung an den Versammlungen, Aufrüttelung der Gleichgültigen und Opfer an Zeit und Geld bei den Wahlen, die auf Jahre hinaus unser Schicksal bestimmen, eine erträgliche Parlamentszusammensetzung bekommen. Der Vorstand lehnt hierbei ausdrücklich jede Verantwortung für den Ausgang der Wahlen im Kreise Münsterberg ab (!), wenn die Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit unserer Mitglieder (!) nicht aufhören. Da der kommende schwere Wahlkampf bedeutende Mittel erfordert, ersuchen wir Sie, Ihren Jahresbeitrag für 1928 (5 Pfennig pro Morgen) und Ihren rückständigen Beitrag für 1927 in gleicher Höhe bis zum 1. April d. J. auf unser Girokonto Nr. 66 bei der Kreissparkasse in Münsterberg einzuzahlen. Sollten Sie für unsere Not kein Verständnis haben, so tragen Sie die Mitschuld, wenn unsere deutschnationalen Belange von dem Rad der Ereignisse zermalmt werden. Wir aber, die wir in schwerster Stunde, gleich den Soldaten an der Front, unser Vaterland bis zum Letzten verteidigen, werden den Lauen und Gleichgültigen durch wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Boykott zeigen, daß uns nichts mit ihnen verbindet.

Kreisverein Münsterberg
der Deutschnationalen Volkspartei e. V.
Der Vorstand.
Prätorius, Völker, Trödel, Wolff, Kintscher."

Das also ist „teutsche Moral". Die einen erledigen jene, die nicht ihrer Meinung sind, durch die Feme, die Deutschnationalen von Münsterberg durch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Boykott. Wie wäre es, wenn die Deutschnationalen den kommenden Wahlkampf überhaupt unter der Parole: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein!" führen würden? So mancher Landarbeiter und Kleinbauer käme dann zum Bewußtsein und würde begreifen, daß er mit dieser Sorte von „Politikern" nichts mehr gemein haben kann.

Am Sonntag aufs Land!

Partei

Breslau.

— **Stadtteil 1. (Ost).** Sonntag 8 Uhr bei Wolff.
— **Stadtteil 2, Zellen 6 u. 7 (Nordost).** Sonntag 13 Uhr Laurentiusplatz (Auto).
— **Stadtteil 3 (West).** Sonntag 7 Uhr bei Kaps, Mariannenstraße. Antreten aller Mitglieder der Betriebs- und Straßenzellen.
— **Stadtteil 4 (Süd).** Sonntag 8 Uhr. Treffpunkt Friedrichstr. 48, bei Janke.
— **Stadtteil 5 (Zentrum).** Sonntag 7,45 Uhr. Treffpunkt Turmhof, Antonienstraße 4.
— **Jugend. Nord.** Sonntag 7,30 Abmarsch von Unterführung Trebnitzer Platz. Beitragsgeld mitbringen.
— **Jugend. Südwest.** Sonntag 8 Uhr bei Janke.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.

— **Abt. 1.** Sonntag 8 Uhr, möglichst mit Rad, bei Gen. Wolff, Tauentzienstr. Ecke Königgrätzer Straße.
— **Abt. 2.** Sonntag 13 Uhr Laurentiusplatz (Auto).
— **Abt. 3.** Sonntag 12 Uhr „Stadt Namslau", Matthiasstraße. Antreten zur Abfahrt nach Haalenau. Musik zur Stelle.
— **Abt. 4.** Sämtliche Kameraden Sonntag 7 Uhr bei Kaps. Kapelle ebenfalls.
— **Abt. 5.** Sonntag 7,45 Uhr Antreten im Turmhof.
— **Abt. 6.** Sonntag 8 Uhr Antreten bei Janke.

Freiburg. Sonntag 8,30 Uhr Antreten am Wilhelmsbad. Sonnabendzeitung und letzte Rote-Front-Zeitung mitbringen!

Striegau. Sonntag 11,30 Uhr Antreten. Alle Parteigenossen und RFB.-Kameraden beteiligen sich. Abmarsch pünktlich 12 Uhr von „Stadt Breslau".

Dittersbach. Sonntag 9 Uhr sämtliche Parteigenossen und RFB.-Kameraden am Zoll. Abmarsch mit Musik.

Wüstegiersdorf. Sonntag 8 Uhr Antreten der Radfahrerkolonne. Treffpunkt „Sonne".

— Sonntag 7 Uhr Antreten, Ausmarsch nach Schreibendorf.

Grünberg. Sonntag 8 Uhr im „Goldenen Frieden" Antreten sämtlicher Parteigenossen und RFB.-Kameraden. Spielmannszug ebenfalls erscheinen. Wer Fahrrad hat, dasselbe mitbringen!!

Deine Teilnahme an diesen Ausmärschen ist Pflicht!

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Striegau. Sonnabend 20 Uhr Versammlung in „Stadt Breslau".

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.

— **Abt. 1.** Montag 20 Uhr Kameradschaftsabend, Wolfs Ausschank, Königgrätzer- Ecke Tauentzienstraße. Referent Gen. Rudert.
— **Abt. 6.** Montag 20 Uhr Kameradschaftsabend.

Schwoitsch. Sonntag 9 Uhr Versammlung im bekannten Lokal.

— **Oberes Revier.** Schalmeienkapelle Sonntag 9 Uhr Uebungsstunde, Mayrauschacht. — Mitgliederversammlung fällt aus.

Sonstige Organisationen

Breslau

— **Arbeiterschützen.** Sonntag von 10 bis 13 Uhr Uebungsschießen mit Kugel- und Bolzenbüchse im Garten des „Bergkellers". Gäste willkommen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

4-Masten-Riesen-Zirkus Barum kommt wieder nach Breslau! Schöner, imposanter ist der Zirkus Barum seit seinen letzten Gastspielen in Breslau 1924 und 1925, die ihm einen gewaltigen Kreis treuer Anhänger schufen, geworden. Sie alle werden wieder zu seinem 4-Masten-Riesen-Zelt, das 5000 Personen anstandslos Platz bietet und das diesmal auf dem Johannisfest-Platz bei der Jahrhunderthalle stehen wird, hinkommen.

Fußballsparte

Vorrunde um die Bundesmeisterschaft

Sonntag, den 25. März 1928, nachmittags 3 Uhr, auf dem V.f.L.-Platz Klein-Gandau

Leipzig West 03 gegen Breslau Süd 19 :: Volkstüml. Eintrittspreise

Vorher Handball-Städte-Elf gegen Auswahl-Elf, 1. Bezirk

Waldenburger Bergland

Mit dem Rad aufs Land

—us. An einem sonnigen Märztage nahm ich Gelegenheit, in Begleitung eines ortskundigen Genossen eine Radtour in der Umgebung von Schweidnitz zu unternehmen.

Wir sahen auf den Dörfern die Schlösser. Das Schloß des Herrn Landrat von Saalisch in Kratzkau, das Schloß des Herrn Grafen von Pückler in Domanze, das Schloß des Herrn von Zedlitz in Rotkirschdorf, das Schloß in Kammerau. Fast in jedem Dorf ein Schloß, umgeben von herrlichen Parkanlagen. Die Schlösser konnten wir nur von außen betrachten, denn wir waren Proleten und solche finden bei Schloßherren keine Gastfreundschaft.

Dafür konnten wir die Lebensverhältnisse der Landproleten genau kennenlernen. In Domanze sahen wir die mit Stroh bedeckte Behausung eines Stellenbesitzers. Er bat uns, bei eventueller Besprechung in der Zeitung seinen Namen nicht zu nennen, denn er schämte sich seiner Armut. In Rotkirschdorf machten wir zum Erstaunen der Hausbewohner eine photographische Aufnahme von dem Sprung in der Wand. Die verschüchterten Landproleten sind immer noch der Ansicht, die Städter haben nur für die sogenannten Schönheiten Interesse. Sie wußten nicht, daß wir Kommunisten sind. In Merzdorf besuchten wir die Wohnung eines Steinschlägers. Schon von außen machte sein Häuschen einen baufälligen Eindruck. Gelangte man ins Innere, so sah man die Spreizen, die die Decke in dem Schlafzimmer stützten und die total verfaulte Diele. Wo soll der Steinschläger bei seiner achtköpfigen Familie und dem Hungerverdienst das zur Reparatur notwendige Geld hernehmen?

Wir sprachen mit den Landarbeitern. Eine Landarbeiterin klagte: Sie sei unterleibskrank und der Arzt habe ihr schwere Arbeit verboten. Sie wolle Arbeit in einer Fabrik suchen (man bedenke: Fabrikarbeit wird bei den Landproleten als leichtere Arbeit bezeichnet). Geht sie nicht mehr aufs Dominium zur Arbeit, so droht ihrem Manne die Entlassung und der Familie die Räumung der Werkswohnung. Der Gutsbesitzer hat laut Tarif dazu das Recht.

Wir fragten: Was machen die Frauen mit den kleinen Kindern, wenn sie auf Arbeit gehen? Und erhielten zur Antwort: Kinderaufbewahrstellen gibt es nicht auf dem Lande. Auch die kleinsten Kinder müssen sich selbst überlassen bleiben. Wohl gibt es Nachbarsfrauen, doch ist es üblich, diesen für die Aufbewahrung eines Kindes wöchentlich drei Mark und ein Landbrot zu zahlen. Das ist für die große Mühe gewiß nicht viel. Wo aber soll eine Landarbeiterfamilie diesen Betrag hernehmen, wenn sie für 88 Arbeitsstunden etwa 10 Mark bares Geld erhält? Hier die Abschrift eines Lohnbeutels bei tariflicher Bezahlung:

48 Arbeitsstunden des Mannes . .	4,80 ℳ
Backgeld	0,70 „
40 Arbeitsstunden der Frau	6,40 „
Werkzeugzulage	0,15 „
Summa	12,05 ℳ
Kranken- und Invalidenversicherung .	1,59 „
Barer Wochenlohn	10,46 ℳ

*

So sieht es auf dem Lande aus. Auf der einen Seite Schlösser, auf der anderen elende Wohnhöhlen. Hier alles im Ueberfluß, dort Mangel und Not. Hier zwei Gouvernanten zu einem Kind, dort bleiben die Kinder sich selbst überlassen.

Wir, die städtischen Arbeiter, marschieren heute unter Führung der Kommunistischen Partei aufs Land, um den Kleinbauer und den Landarbeiter zu Verbündeten im Kampf gegen die Großagrarier und Kapitalisten zu gewinnen.

Groß-Waldenburg

Ein skandalöser Polizeiübergriff

Zu der Mitte Februar in Breslau stattgefundenen Landeskonferenz der Erwerbslosen hatte der Landesausschuß zur Finanzierung der Delegierten Kampffondsmarken herausgegeben. Wie in allen Orten Schlesiens, so haben auch die Erwerbslosen von Salzbrunn und Umgegend in einer Versammlung am 21. Januar im Hotel „aEndberg" und am 3. Februar im „Frieden", Ober-Salzbrunn, beschlossen, eine Delegation nach Breslau zu senden und die Kampffondsmarken am Zahltage bei der Kasse an die Kollegen abzugeben. Mit der Ausführung dieses Beschlusses wurde der Erwerbslosenausschuß beauftragt. Als nun die Ausschußmitglieder E. und B. am 10. Februar vor der Kasse standen, um die Marken und gleichzeitig die Erwerbslosen-Zeitung an die Kollegen abzugeben, erschien die Polizei, nahm die Kollegen auf die Wache, beschlagnahmte die Zeitungen und fahndete nach den Marken. Marken konnte die Polizei nicht finden. Die Zeitungen erhielten die Kollegen einige Tage später zurück. Jetzt, fünf Wochen später, sind beide mit einem Strafbefehl in Höhe von 5 Mark oder einem Tage Haft bedacht worden. Gleichzeitig sollen sie auch 2,50 Mark Kosten tragen. Natürlich haben die Kollegen Einspruch erhoben. Sie protestieren energisch gegen den skandalösen Uebergriff der Polizeibeamten, der einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht bedeutet. Wir werden über den weiteren Verlauf der Angelegenheit berichten.

Ein neuer Streiter im Kampf gegen die Kirche

Vom Freidenkerverband Nieder-Salzbrunn wird uns geschrieben: Da die Zahl der Mitglieder innerhalb des letzten Jahres auf über 100 gestiegen war, gründeten die Mitglieder eine eigene Zahlstelle. Vorher gehörten sie zur Zahlstelle Sandberg. Erfreulicherweise nimmt auch in Nieder-Salzbrunn die Zahl derer immer mehr zu, die sich von der Kirche frei machen. Am Montagabend fand im „Viehkrug" eine Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Gen. Kauder gab einen ausführlichen Bericht über die in Hirschberg stattgefundene Bezirkskonferenz. Aus 43 Ortsgruppen waren 31 Vertreter erschienen. Besonders gewünscht wurde von der Konferenz, daß die Vereine überall dort, wo noch keine Kommunalfriedhöfe bestehen, an die Gemeinden herantreten, zwecks Errichtung solcher Friedhöfe. Bedauert wurde, daß im Kreise Waldenburg noch kein Krematorium besteht. Hoffentlich schafft es „Groß-Waldenburg". Als Bezirksleiter für Hirschberg wurde Gen. Wolf, für Waldenburg Gen. Reimann gewählt. Sehr kritisch beleuchtet wurde die Tätigkeit des Gen. Pietsch-Breslau. — Dem Bericht folgte eine lebhafte Debatte. Unter „Verschiedenes" wurde gewünscht, daß von den Mitgliedern der „Atheist" abonniert werden möchte. Eine Anzahl Mitglieder meldeten sich gleich als Abonnenten. Ein Antrag, über die Mitgliederversammlungen in der Arbeiterpresse zu berichten, wurde angenommen. In der nächsten Versammlung soll der neue Bezirksleiter einen Vortrag halten. Die Versammlungen finden immer am Montag nach dem 15. jeden Monats statt. Gäste haben Zutritt.

* **Unfall.** Das vierjährige Söhnchen des Arbeiters Hanke in Nieder-Salzbrunn wurde von einem beladenen Kohlenfuhrwerk überfahren und mußte mit einem komplizierten Bruch des rechten Oberarmes in das Lazarett gebracht werden.

Achtung, Bekleidungsarbeiter! Die Filiale des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes hält am Montag, dem 26. März, 20 Uhr, eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Gasthof „Stadt Friedland" ab, wo Gauleiter Schärtel über die Lohnbewegung berichten wird. Da noch sehr viele Kolleginnen und Kollegen (besonders in der Putzbranche, Kürschnerei, Färberei) der Organisation fernstehen, werden unsere Leser aufgefordert, ihre Kinder oder sonstigen Bekannten, soweit sie für die Organisation in Frage kommen, dieser zuzuführen.

Alle Bergarbeiter von Nieder-Altwasser kommen am Sonntag 9 Uhr in die Zahlstellenversammlung im „Eisernen Kreuz". Funktionäre eine Stunde früher.

Die Genossen und RFB.-Kameraden von Altwasser treffen sich am Sonntag um 6,30 Uhr bei Beier-Bäcker, Ecke Hermannstraße zur Landpropaganda nach Reußendorf.

Die Arbeiter-Samariter von Weißstein beteiligen sich am Sonntag 9 Uhr am Kursus und Vorprüfung durch Herrn Dr. Kordella im Jugendheim Weißstein.

Konradsthal. Sturmschaden. Am Mittwochvormittag deckte der Sturm einen Teil vom Dache des Fehstschen Wohnhauses ab, wobei auch die Lichtleitung abgeschlagen wurde.

— Eine 80jährige. Sonntag, den 25. März, feiert die Witwe Karoline Rosemann, hierselbst, ihren achtzigsten Geburtstag bei guter geistiger und körperlicher Frische. Die Witwe R. erblickte also das Licht der Welt in den Märztagen der 48er-Revolution.

Großgemeinde Weistritztal. Vor einiger Zeit faßte der Kreisausschuß Waldenburg den Beschluß, die Gemeinde Blumenau nach Tannhausen einzugemeinden. Dagegen haben sich die Gemeindevertretungen von Tannhausen, Blumenau und Wüstegiersdorf gewandt und dargelegt, daß durch eine derartige Zusammenlegung von Gemeinden eine leistungsfähige Kommune nicht geschaffen wird, da sowohl Tannhausen wie Blumenau finanziell schwach sind. Es wurde in einer Sitzung der Gemeindevertretungen auch eine Kommission gewählt, die sich mit dem Eingemeindungsproblem mehr befassen sollte, und diese hat jetzt der Breslauer Regierung den Vorschlag gemacht, die Gemeinden Tannhausen, Blumenau und Ober-Wüstegiersdorf nach Wüstegiersdorf einzugemeinden und dadurch eine steuerlich leistungsfähige Großgemeinde des Weistritztales zu schaffen.

Hausdorf. Ein Diebesnest ausgehoben. Der Landjägerei gelang es, umfangreichen Leinendiebstählen auf die Spur zu kommen. Zwei Arbeiter der Leinenfirma Schneider hatten nach und nach ihrer Firma ganz erhebliche Mengen Leinwand gestohlen und diese in ihrem Wohort Wüstewaltersdorf und im Kreise Schweidnitz abgesetzt. Die Diebe wie die Hehler sehen jetzt ihrer Bestrafung entgegen.

Oberes Revier

Rothenbach. Es geht vorwärts. Der RFB. hielt am vergangenen Sonntag seine Monatsversammlung ab. Die Versammlung war gut besucht und vom besten Kampfesgeist getragen. Es konnten mehrere Neuaufnahmen gemacht werden.

Friedland. Muß das sein? Ein Arbeiter schreibt uns: Vor einigen Tagen wurde einem Arbeiter beim Ueberschreiten der Grenze einige Kilo Wurst und Fleisch abgenommen. Die beschlagnahmten Waren wurden verbrannt. Ich frage, ob dadurch jemandem gedient ist? Viel besser wäre es, den Grenzverkehr völlig freizugeben.

Freiburg

Die Freie Elternvereinigung veranstaltet am Sonntag früh die feierliche Schulentlassung. Abends findet ein gemütliches Beisammensein im „Frieden" statt. Die Darbietungen der weltlichen Schule versprechen einen genußreichen Abend. Näheres im Vereinskalender.

Schweidnitz

* **Am hellen Tag vergewaltigt.** Auf der Straße zwischen Alt-Jauernick und Schweidnitz wurde ein von Peterwitz kommendes Dienstmädchen von einem Mann in den Vormittagsstunden angefallen und in der brutalsten Weise vergewaltigt. Die benachrichtigte Polizei nahm sofort die Verfolgung des Wüstlings auf und konnte ihn noch am gleichen Tage in der Person eines Schuhmachers aus Tschechen bei Königszelt ermitteln. Man schaffte ihn in das Schweidnitzer Gerichtsgefängnis.

Striegau

Ausharren bis zum Sieg!

Bald drei Wochen bereits stehen die Steinarbeiter im Streik. Die Frechheit des Unternehmervorschlages, den Lohntarif ohne jegliche Zulage zwei weitere Jahre in Geltung zu lassen, hat die gebührende Antwort gefunden. Tagtäglich gehen den Unternehmern Hunderte und Tausende Mark verloren, die sie aus der Arbeitskraft der Steinproleten sogen. Die Steinarbeiter streiken. Ihr Ziel ist Hineinarbeitung der Teuerungszulage in den Tariflohn und Erhöhung des Tariflohnes um 20 Prozent. 20 Prozent — eine gewiß radikal klingende Forderung. Doch wie ist es in Wirklichkeit? In Wirklichkeit ist es so, daß die schlesischen Steinarbeiter auch nach der Bewilligung der 20prozentigen Lohnzulage bedeutend niedrigere Löhne als ihre sächsischen Berufskollegen haben würden. Der Kampf um die 20 Prozent ist lediglich der erste Schritt zur Angleichung der schlesischen Löhne an die sächsischen.

Wird der Kampf mit Erfolg gekrönt werden?

In den Steinbrüchen ist Hochkonjunktur. Der Kampf wurde einmütig gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsführer begonnen. Streikbrecher kennt man nicht. Diese Voraussetzungen gestatten, ein günstiges Resultat des Kampfes zu erwarten. Notwendig ist allerdings, daß die Steinarbeiter auch fernerhin selbst denken und selbst handeln und nicht alle Hoffnungen auf die Verbandsführer setzen. Schon bei den letzten Verhandlungen stellten die reformistischen Verhandlungsführer Forderungen, die weit unter denen von der Kollegenschaft beschlossenen lagen. Auch für die Zukunft ist die Gefahr durchaus gegeben, daß die Verbandsführer einem unzulänglichen Kompromiß zustimmen und die 20prozentige Forderung preisgeben. Die zweite Gefahr ist der Schlichter, der eventuell „von Amts" wegen eingreifen und einen verbindlichen Schiedsspruch fällen kann. Diese Gefahren müssen die Steinarbeiter sehen und zu ihrer Abwendung einmütig fordern: **Kampffortsetzung ohne Rücksicht auf eventuelle Verbindlichkeitserklärung eines unzulänglichen Schiedsspruches, Abschluß eines neuen Tarifs und Wiederaufnahme der Arbeit darf nur auf dem Wege einer Urabstimmung der Mitgliedschaft erfolgen.**

Ein Teil der Steinarbeiter streikt noch nicht. Sie stehen „Gewehr bei Fuß". Ihre Hineinbeziehung in den Streik würde die Position der Arbeiterschaft wesentlich stärken und den Sieg sichern. Jeder gebrochene Stein ist ein Schlag gegen die Streikenden. Im eigenen Interesse und im Interesse aller Steinarbeiter müssen die noch arbeitenden Kollegen die Arbeit sofort niederlegen.

Gegen die geschlossene Front der Steinarbeiter werden die Unternehmer nicht lange aushalten können. Sie werden sehr bald auf die fetten Profite nicht mehr verzichten wollen und, um diese zu retten, die 20prozentige Forderung bewilligen.

Landeshut

Die Unterstützung fördert den Hang zur Faulheit . . ."

Der längeren Zuschrift eines Landeshuter Handwerkers entnehmen wir: Ueber die Landbundkundgebung in Breslau sind leider Ansichten verbreitet, über die von seiten der Arbeiterschaft und den Erwerbslosen nicht stillschweigend hinweggegangen werden kann. Den Zeitungsberichten nach sind dort mehrere Reden gehalten worden, die zum Teil darin gipfelten, daß die „Not der Bauern" auch durch die hohen Erwerbslosenunterstützungen geschafft wurde. „Die Unterstützung fördere den Hang zur Faulheit und entziehe der Bauernschaft die Arbeiter." So sagte ein Redner. Bauern, ich kann euch nur bedauern, solchen Führern nach Breslau gefolgt zu sein, denn ihr sollt doch nur das Mittel zum Zweck sein, damit diejenigen, welche sowieso im Ueberfluß schwelgen, weiter ihre Herrenrechte ausüben können. Berechnet euch doch mal selbst die Abgaben eines Arbeiters, Bauern und Großgrundbesitzers, und ihr werdet sehen, wer im Vergleich zu seinem Besitz dem Staate am meisten abgibt. Sucht nicht die Schuld an eurer Not im Arbeiter, sondern lest das empfehlenswerte Buch „Etappe Gent" von Heinrich Wandt. Ihr werdet dann schnell erkennen, wem ihr die Not zu verdanken habt, und wo eure Steuern hinkommen. Hättet ihr lieber mit dafür sorgen helfen, daß die vielen Millionen und der ungeheure Grundbesitz nicht den früheren Herrschern gegeben worden ist, so wäre uns allen geholfen.

Herr Freiherr v. Richthofen-Boguslawitz, gehören auch Sie zu den Notleidenden? Tauschen Sie doch mit einem der Erwerbslosen, und Sie können herrlich und sorgenfrei leben.

Liebau — siehe „Aus dem Riesengebirge"!

Arbeitersport

Um die Kreismannschaftsmeisterschaft der Athleten

Der 1. Kreis Schlesien des Arbeiter-Athleten-Bundes bringt am 24. und 25. März seine Endkämpfe im Ringen, Heben und Boxen um die Kreismeisterschaft für 1928 zum Austrag. Am Sonnabend findet in Liegnitz, im Volkshaus, der Kampf im Boxen statt, zu dem „Eiche"-Liegnitz und Freie Sportvereinigung „1897"-Breslau starten. Im Endkampf im Ringen und Heben begegnen sich in Waldenburg, im „Edelstein", die A-Ringermannschaften von Sportvereinigung „Nordost"-Breslau und „Einigkeit"-Langenbielau, sowie in der B-Klasse die 2. Mannschaften von Freie Sportvg. „1897"-Breslau und „Einigkeit"-Langenbielau. Im Mannschaftsringen der Jugend treffen sich Freie Sportvereinigung „1897"-Breslau und Kraftsportverein „Görlitz". Das Gewichtheben der A-Klasse steht „Einigkeit" I-Altwasser und Sportvg. „Nordost"-Breslau im Kampf.

— Der Ortsausschuß des ADGB. veranstaltet Sonnabend in Kunzes Festsälen einen Unterhaltungsabend mit Lichtbildervortrag für die hiesige Jugend.

Gerätewettkampf der Jugendturner der Freien Turnerschaft. Morgen Sonntag 16 Uhr in der Lessingturnhalle. Kleidung der Turner: weißes Hemd, grüne Hose. Kampfrichter 15 Uhr. — II. Abt. Letzte Probe Sonntag 9 Uhr.

Fußballsparte. Verhandlungsausschuß. Ladung zum 26. März in der „Erholung", Eichenparkstraße 44: 20 Uhr in Sachen Erich Mauschke VBC. — Vorwärts; dazu Vereinsvertreter. 20,15 Uhr in Sachen VfL.-Oels — Silesia-Kickers; dazu beide Vereinsvertreter. 20,30 Uhr in Sachen Union-Dtsch.-Lissa — VfL.-Oels; dazu beide Vereinsvertreter. 20,45 Uhr in Sachen Union-Dtsch.-Lissa gegen Wratislawia; dazu beide Vereinsvertreter. 21 Uhr in Sachen Union-Dtsch.-Lissa — Adler-Flott; dazu beider Vereinsvertreter. 21,15 Uhr in Sachen Fr. Sportfreunde — Wratislawia (Einspruch) Fr. Sportfreunde mit Unterlagen. 21,30 Uhr in Sachen VfL.-Breslau — Oswitz (Protest); dazu beide Vereinsvertreter und Schiedsrichter Reinert; Zeugen stellen die Vereine.

Fußball. Die für das Vorrundenspiel bestellten Funktionäre (Kassierer, Ordner, Linienrichter) melden sich um 13 Uhr auf dem VfL.-Platz bei Gen. Quark.

Handball. Die Spiele 1897 I — Neulirch I, Nordost — 7. Abt. II und Poseidon II — 1. Abt. II fallen aus. — Einigkeit-Nochbern Sportlerinnen und 3. Abt. Jugend erhalten Spielverbot bis zum Widerruf.

Freie Turnerschaft. Tennis-Abteilung. Sonntag von 9—11,30 Uhr in der Schule Ofener Straße Uebungsstunde.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Sonnabend 20 Uhr bei Wittke (Zimpel) Begrüßungsabend. Diejenigen, die einen Gast beherbergen, müssen ebenfalls nach dort kommen. — Sonntag 9 Uhr Zimmer 7/8 Gautag der schlesischen Naturfreunde.

Freie Sportvereinigung 1897. Sonnabend 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Baude, Weißenburger Platz 4.

Arbeiter-Radfahrerverein. Kommenden Sonntag findet das Eröffnungsfahren statt auf der Strecke: Start Strehlener Chaussee—Schönborn—Weigwitz—Rothsürben—Dürrjentsch. Die A-Klasse fährt die Strecke zweimal, Jugend und Altersklasse einmal. Ziel Strehlener Chaussee vor dem Bahnübergang. Treffpunkt der Samariter und Kontrollen 8 Uhr, Abfahrt 8,30 Uhr Ring. Die Abfahrt der Rennfahrer ist 9 Uhr vom Ring.

Nieder-Salzbrunn. Am vergangenen Sonntag spielten in Nieder-Salzbrunn Eiche I — Stern Zirlau I. Das Spielergebnis war, da Eiche in voller Aufstellung antrat, zur Halbzeit 6:0, Schluß 12:0. für Eiche. Die Jugend und die Schüler von Zirlau waren nicht erschienen, was zu verwerfen ist. Am 25. d. M. tritt Eiche I um 15,15 Uhr in Zirlau zum ersten Serienspiel an. Die Jugend von Eiche spielt in Weißstein Serie gegen die 2. Jugend von Weißstein um 10 Uhr. Das Spiel der Schüler wird beim Mannschaftsabend bekanntgegeben.

Ober-Salzbrunn. „Fr. Schwimmer". Sonntag 15 Uhr Monatsversammlung.

Kotzenau. Handballserienspiele. Am Sonntag spielten Neusalz Jugend und Kotzenau Jugend. Neusalz gewann 1:0. Dann standen sich Neusalz I und Kotzenau II gegenüber. Auch hier endete das Spiel mit einem 1:0-Siege der Neusalzer. Beiden Kotzenauer Mannschaften fehlt eine eingespielte und vor allem schußfreudige Stürmerreihe. Zu dem angesetzten Spiele Zerbau I — Kotzenau I war Zerbau nicht angetreten und überließ Kotzenau kampflos die Punkte. Am Sonntag, dem 11. März, verlor in Glogau Kotzenau II gegen Zerbau I 1:6.

Landarbeiter und Kleinbauern!

lest nur die Zeitung, die Eure Interessen vertritt. Bestellt sie sofort bei der Post. Das ist die

„Arbeiter-Zeitung"!

Sonderbeilage für das werktätige Landvolk

Den werktätigen Bauern muß geholfen werden

Allerlei „Bauernfreunde"

Dem Bauern geht es schlecht. Im Haushaltsausschuß des Reichstags haben das verschiedene Redner mit seltener Einmütigkeit festgestellt. Aber damit hört die Einmütigkeit auch schon auf. Der Streit beginnt mit der Frage: welchem Bauern geht es schlecht? Und wem soll geholfen werden, dem kleinen, selbstarbeitenden Bauern, oder dem „Herrenbauern", der gar kein Bauer, sondern landwirtschaftlicher Unternehmer ist. Der Reichslandbund und die ihm nahestehende Deutschnationale Volkspartei haben eine eigene Auffassung vom Bauern, dem geholfen werden soll. Bei ihnen beginnt der Bauer erst bei etwa 40 bis 50 Hektar guten Bodens, und die Grafen und Barone und landwirtschaftlichen Unternehmer mit Tausenden von Morgen Land, die sie garnicht selbst bearbeiten, von deren Bearbeitung sie vielleicht auch nichts verstehen, sind für die Landbundführer erst die richtigen Bauern. Die kleinen Bauern mit nur wenigen Morgen Land, vollends diejenigen, die noch nebenher auf Lohnarbeit gehen müssen, gelten beim Landbund überhaupt nicht. Er braucht sie höchstens als Stimmvieh für die Zwecke der Großen. Was der Landbund an neuen Krediten, an höheren Zöllen, an reaktionärer Arbeiterpolitik fordert, kommt allein den großen „Herrenbauern" zum Nutzen, die ja auch bisher die wahren Nutznießer der Steuernachlässe und -stundungen waren.

Wie der Landbund, so handeln auch die deutschen (christlichen) Bauernvereine. Die ihnen nahestehenden Parteien, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei müssen zwar um ihrer bäuerlichen Wähler willen, wie das ja auch der Landbund in Thüringen, Hessen oder Württemberg tut, sich den Anschein geben, als kümmerten sie sich um die Interessen der kleinen und mittleren Bauern. Aber praktisch sind sie die Vertreter der Großbauernschicht, der Bauern mit 30 bis 100 Hektar fetten Bodens.

Demokratischer Bauernfang

Bleiben die Demokraten und Sozialdemokraten. Hinter ihnen steht die „Deutsche Bauernschaft" mit dem bayerischen Bauernbündler Fehr, der gleichzeitig bayerischer Landwirtschaftsminister und Schwerverdiener ist, an der Spitze. Ein eigenes Bauernprogramm haben diese Art Leute nicht. Ihre Forderungen sind schlechte Kopien der Landbundforderungen, mit einigen bauernfreundlichen Phrasen durchsetzt. Sie wollen z. B. ausgerechnet dem Bauern damit helfen, daß sie den abgefeimten Ostsiedlungsschwindel der Rechtsparteien mitmachen, wobei für die Ansiedler nur neues Schuldenelend und für die Bauern in der Heimat überhaupt nichts herauskommt.

Genau so machen sie den Kreditschwindel der Landbündler fröhlich mit. Im Reichstag verlangt der Demokrat Rönneburg, Reichskredite zu erträglichem Zinsfuß „insbesondere" für die Bauernwirtschaft, und „ausreichende Berücksichtigung der bäuerlichen Betriebe, auch wenn sie nicht über die nötigen Realsicherheiten verfügen." Genau dasselbe hat auch der Landbundpräsident Hepp neulich erklärt. Woher diese Einmütigkeit? Wer auch nur ein wenig Kenntnis der bisherigen Verteilungsart bei staatlichen Zuschüssen und Krediten besitzt, der weiß, wie die Kreditanstalten und auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften die „Berücksichtigung" der bäuerlichen Betriebe auffassen. Selbst wenn die Bauern jetzt Kredite sicher gegen Schuldschein erhalten sollten, so wird das ihnen nicht viel helfen. Denn ausdrücklich verlangen Hepp wie Rönneburg, daß die neuen Kredite nur „an wirklich lebensfähige Betriebe" gegeben werden. Wer ist nun „wirklich lebensfähig"? Für die Geldgeber stets der größere Bauer und der Gutsbesitzer. Die kleinen und mittleren Landwirte werden froh sein müssen, wenn sie zu hohen Zinsen einen kleinen Rest erhalten.

Auch den Zollschwindel des Landbundes machen diese demokratischen Bauernfreunde jetzt mit. Dem Arbeiter in der Stadt stehlen sie mit ihrem Antrag auf Beseitigung des zollfreien Gefrierfleischkontingents auch noch das bißchen Suppenfleisch, das er sich bisher ab und zu leisten konnte, ohne daß sie den arbeitenden Bauern etwas dafür geben, weil ja die hohen Ladenpreise für Frischfleisch durch diese Maßnahme nicht herabgesetzt, sondern eher gesteigert werden, der Konsum sich also nicht hebt. Der Landbund stimmt freudig zu. Die Demokraten, d. h. die „Deutsche Bauernschaft" verlangte zudem noch die Einführung des Einfuhrscheinsystems bei der Ausfuhr von Schweinen. Als ob dem kleinen Bauern damit geholfen wäre. Nicht der Bauer, sondern der große Handel und die Rittergutsbesitzer besorgen die Ausfuhr und stecken den Gewinn aus der zollfreien Wiedereinfuhr in die Tasche. Schon heute gehen die Junker dazu über, auf ihren Gütern Großschweinemästereien aufzumachen. Sie machen mit Hilfe der Zölle und Einfuhrscheine dem kleinen und mittleren Bauern schärfste Konkurrenz. Es ist also eine recht zweifelhafte Bauernfreundschaft, die die Demokraten an den Tag legen.

Die Kommunistische Partei braucht sich nicht zu loben. Sie hat in Rußland bewiesen, daß sie nicht den Großbauern, sondern dem Arbeitsbauern hilft, und jeder deutsche Bauer, der sich überzeugen will, kann jene Kollegen fragen, die letzten Herbst nicht nur Moskau, sondern auch die deutsche Wolgarepublik besuchten, oder er kann sich die Wolgadeutschen Zeitungen bestellen, in denen die Verordnungen und Maßnahmen der Sowjetregierung, aber auch die oft recht unverblümte Kritik der Bauern abgedruckt sind. (Auskunft erteilt der Reichsbauernbund, Geschäftsstelle Berlin W, Lützowufer 1.)

Die Kommunisten für die Bauern

Im Reichstage wie in den Parlamenten der Länder kämpfen die Kommunisten seit Jahren für eine wirkliche Bauernhilfe. Schon gleich nach der Novemberrevolution forderten sie billigen Staatskredit, Saatgut, Düngemittel, Zuchtvieh und Maschinen für die Arbeitsbauern. Sie verwarfen die von den Sozialdemokraten so hartnäckig verteidigte bürokratische Zwangswirtschaft und verlangten die direkte Verbindung der bäuerlichen mit den Verbrauchergenossenschaften. Die Kommunisten waren es, die dem Reichslandbund seinen bauernfeindlichen Schwindel bei der Steuereinschätzung in der Kredithilfe nachwiesen, und nicht zuletzt ihrem Drucke hat es der bäuerliche Familienbetrieb zu verdanken, wenn heute endlich der Landbund sich dazu bequemen mußte, für eine gerechtere Steuereinschätzung und Kredithergabe an nichtbuchführende Landwirte, für die Aufhebung der Umsatzsteuer aus dem eigenen Verbrauche und für die teilweise Befreiung der bäuerlichen Familienmitglieder von der Einkommensteuer einzutreten. Er hat damit nur einen kleinen Teil der Forderungen übernommen, die die Kommunisten im Interesse der werktätigen Bauern jahrelang vertreten haben. Er tat das nicht, um den Bauern zu helfen, sondern weil sie in hellen Scharen ihm davonzulaufen begannen.

Sofort bestellen für 10 Pfennig!

Soeben ist eine hochaktuelle, wichtige Broschüre für die Landarbeiterschaft im Viva-Verlag, Berlin, Alexanderstraße, erschienen.

„Heraus aus dem Elend!"

Auch jetzt wieder sind es im Reichstage einzig die Kommunisten, die bei den Haushaltsberatungen Anträge eingebracht haben, die mehr als eine bloße Freundschaftserklärung für die Kleinbauern sind, und deren Durchführung zwar noch keine endgültige Rettung, aber doch eine fühlbare Erleichterung für die Bauernwirtschaft bedeuten würde. Die Kommunisten gehen dabei von folgenden Leitgedanken aus:

Schaut der Regierung auf die Finger!

Man muß eine genaue öffentliche Kontrolle einrichten, über alle die bisher von Reichs- und Länderregierungen angeblich der „Landwirtschaft" zur Verfügung gestellten Geldsummen, die bekanntlich seit 1924 — von den Rentenbankkrediten abgesehen — schon in die Hunderte von Millionen gehen. Wer hat diese Gelder bekommen? Wieviel davon erhielten die kleinen und mittleren Bauern und zu welchen Bedingungen? Was tat die Regierung mit den bewilligten Geldern zur planmäßigen Förderung der Bauernwirtschaft, zum Ausbau, Wirtschaftsberatung, Sorten- und Rassenveredlung und zur Berufsschulung gerade der kleineren und kleinsten Landwirte, die nicht imstande sind, aus eigener Kraft Ackerbauschulen und landwirtschaftliche Hochschulen zu besuchen? Die Regierung muß gezwungen werden, Jahr für Jahr genau Rechnung zu legen und gewählte Vertreter der arbeitenden Bauern nicht nur beratend, sondern auch bestimmend heranzuziehen. Hierzu gehört auch eine grundlegende Aenderung in der Zusammensetzung der Landwirtschaftskammern, wo bisher Großgrundherren und Oekonomieräte den Ausschlag gaben, Landarbeiter und wirkliche Bauern kaum vertreten waren. Erst durch solche Sicherungen kann man der Vetternwirtschaft zugunsten der Rittergüter und der Großbauernhöfe, wie sie heute im Schwange ist, ein Ende setzen.

Billige Staatskredite für den Arbeitsbauern!

Es ist Bauernfang, einfach Kredite „zu erträglichem Zinsfuß" zu verlangen, und dabei die Berücksichtigung „insbesondere der bäuerlichen Familienbetriebe" zu wünschen. Dabei kommt für den kleinen Bauern nichts heraus. Es wird doch der Löwenanteil den Großen zugeschanzt. Man muß eine bestimmte, ausreichende Geldsumme im Etat Jahr für Jahr festsetzen, die ausschließlich für die bäuerlichen Familienbetriebe bestimmt ist, und die durch Genossenschaften, Sparkassen oder Gemeinden ohne Zwischenprofit und unter direkter Mitwirkung bäuerlicher Vertrauensleute möglichst in Form der notwendigen Waren verteilt wird. Für besondere Notfälle müssen besondere zinslose Kredite oder auch „verlorene Zuschüsse" bereitgestellt werden.

Als „Sicherheit" kommt weder Boden noch Inventar des arbeitenden Bauern in Betracht. Mißbrauch der Kredite kann durch Verweigerung weiterer Kredite geahndet werden. Die heute den bäuerlichen Betrieb erdrückenden hochverzinslichen Schulden sind in niederverzinsliche Staatshypotheken umzuwandeln.

Hebung der Bauernwirtschaft

Mit Geld allein kann dem Bauern nicht geholfen werden. Man muß ihm helfen das Geld so zu verwenden, daß seine Wirtschaft vorwärtskommt und dem Großbetriebe die Stange halten kann. Der bäuerliche Kleinbetrieb in Deutschland ist heute gegenüber dem Großbetrieb rückständig. Künstliche Preistreiberei auf dem Markte, wie das der Landbund mit seiner Zollpolitik und der Gründung zentraler Handelsgesellschaften zur Steigerung der Preise betreibt, hilft dem werktätigen Bauern nicht im geringsten. Der Staat muß ihm die Mittel geben und den Weg zeigen, um durch genossenschaftlichen Zusammenschluß und Verbesserung der Berufsbildung jene gute, in der Qualität einheitliche Standardware herzustellen, wie sie seit Jahrzehnten schon von den Bauern Dänemarks, Hollands und der Schweiz exportiert werden. Hierzu gehören Maßnahmen zur Verbesserung des Viehbestandes und der Getreidesorten, der Saatgutverwendung und Getreidereinigung, des Milchversandes, der Viehfütterung, der Butter- und Käsebereitung, des Gemüse- und Obstbaues, aber auch Maßnahmen zur Verbesserung der Verpackung und zur Organisierung des Absatzes bäuerlicher Waren. Alles das kann der Arbeitsbauer nicht aus eigener Kraft. Was heute an Herdbuchgesellschaften, Versuchsringen, modernem Gemüsebau, Produktion von „Markenware" und dergleichen gemacht wird, geschieht ausschließlich zugunsten der Gutshöfe und größeren Bauern, so daß der Abstand zwischen dem hochentwickelten Gutshof und der Kleinbauernwirtschaft immer größer statt kleiner wird. In den Gebirgsgegenden, z. B. Erzgebirge und Rhön, müssen noch besondere Maßnahmen getroffen werden, um den Gebirgsbauern zu helfen, ihre Betriebe auf Erzeugung und Versand solcher Produkte umzustellen, die trotz der Höhenlage einigermaßen regelmäßige und befriedigende Ergebnisse liefern. Aber nicht durch Befehl und Zwang darf man solche Maßnahmen durchführen, sondern unter Mitwirkung der werktätigen Bauern selbst, durch Aufklärung und mit Mitteln von Lehrgütern, Versuchs- und Musterbetrieben.

Herunter mit dem Steuersack

Den Arbeitsbauern muß endgültig die schwere Steuerlast von den Schultern genommen werden. Die sogenannten „Steuermilderungen" brachten den Bauern bisher keine Erleichterung, da der bürgerliche Staat immer mehr Ausgaben auf die Gemeinden abwälzt und diese zwingt, die notwendigen Summen nicht von den Reichen, sondern vom kleinen Manne einzutreiben. Man muß verlangen, daß Boden- und Inventar des bäuerlichen Familienbetriebes von der Zwangsenteignung freibleibt, daß die „Ackernahrung" des Bauern nicht besteuert werden darf. Ebensowenig darf man Grunderwerbssteuer, Erbschafts- oder Nachlaßsteuer von solchen Grundstücken erheben, die ausschließlich der Erhaltung der bäuerlichen Familie dienen. Für die Gemeinden müssen höhere Anteile aus den Reichs- und Staatseinkünften gefordert werden und die Uebernahme des Ausgaben für soziale Fürsorge, Schule und Polizei auf den Staat. Die indirekten Steuern belasten den Bauern wie den Arbeiter. Darum fort mit Zuckersteuer, Biersteuer, Tabaksteuer. Reich und Länder sollen dort die Steuern einziehen, wo man Millionenprofite aus dem Schweiß der Arbeiter herausschindet und herrlich und in Freuden lebt, bei Großindustriellen, Großbankiers und Großgrundbesitzern. Reich und Länder sollen sparsam sein; aber nicht auf Kosten der kleinen, schlecht bezahlten Beamten, sondern auf Kosten der hohen Generals-, Minister- und Geheimratsgehälter. Das Deutsche Volk kann auch auf neue Panzerkreuzer, Zuchthäuser und Finanzämter recht gut verzichten! Man soll den Großindustriellen und Junkern die Liebesgaben streichen und das Geld den Arbeitern und Bauern geben.

Land für die Landarmen

Zehntausende kleiner und mittlerer Bauern stöhnen heute unter der Last der Pachtzinsen. Andere Zehntausende leiden an Bodennot oder brauchen Boden für ihre Söhne und Töchter. Wir haben ein „Pachtschutzgesetz", das dem kleinen Pächter nur wenig nützt, und ein „Reichssiedlungsgesetz", das sich immer deutlicher als Reichsgesetz zur Verhinderung der Bauernsiedlung auswirkt. Die Landlieferverbände treiben die Bodenpreise hoch und die „gemeinnützigen" Landgesellschaften machen gemeingefährliche Geschäfte. Solche Siedlung hilft nur den Großgrundherren und Spekulanten. Darum sind ja auch die Landbündler jetzt dafür. Eine Bauernsiedlung, die dem arbeitenden Bauern Hilfe bringen soll, darf nicht in der sandigen Ostmark, weit entfernt von den Absatzmärkten der Industriegebiete, sondern muß in der Heimat anfangen. Das bisherige Pachtland muß Bauernland werden. Schlecht bewirtschaftete Großgüter und überflüssige Forstflächen privater Jagdherren geben brauchbaren Bauernacker. Ostsiedlung kann dem Arbeitsbauern nur dann eine bessere Heimat schaffen, wenn er den Boden umsonst und billigen Staatskredit für Haus und Inventar erhält. Der Staat muß deshalb das Land enteignen und ohne Dazwischentreten von spekulierenden Ge-

schaften den genossenschaftlich zusammengeschlossenen Siedlungsbewerbern übergeben.

Fort mit dem Industriewucher!

Großindustrie, Großhandel, Banken, die großen Vieh- und Saatgutzüchter, Baumschulenbesitzer, hauen den Bauern ständig übers Ohr. Selbst die Zentralstellen der Genossenschaften, auf die der Arbeitsbauer ja gar keinen Einfluß hat, machen diesen Raubzug am Bauern mit. Hier muß Wandel geschaffen werden. Wie den Herrschaften das Handwerk gründlich gelegt werden kann, zeigt Sowjetrußland. Wenn in Deutschland das arbeitende Landvolk mit den Industriearbeitern zusammengeht, so können auch wir Maßnahmen erzwingen, die uns vor den Wucherpreisen der Kapitalisten schützen. Wir fordern deshalb für die bäuerlichen Familienbetriebe Sondertarife der Reichsbahn und verbilligte Ausnahmepreise für die wichtigsten Produktionsmittel. Wir verlangen, daß die für die bäuerlichen Betriebe lebenswichtigen Maschinen- und Düngemittelindustrien, die Produktion der Baumaterialien, Saatgutwirtschaften und bergl. den Privatkapitalisten weggenommen werden.

Die Zölle und die Bauern

Vor allem müssen auch die hohen Industriezölle, die bekanntlich der Landbund mitbewilligt hat, beseitigt werden. Ebenso die landwirtschaftlichen Zölle, da sie dem Arbeitsbauern entweder gar keinen Nutzen, oder nur einen Scheinnutzen bringen, weil sie durch das Steigen der Industriepreise und Handwerkerforderungen, sowie durch die Verringerung der Kaufkraft der Arbeiter mehr als aufgewogen werden. Daß bei der heutigen Zollpolitik für das werktätige Landvolk nichts herauskommt, zeigen die Verträge mit Belgien, Italien, Spanien, der Schweiz und Frankreich. Zölle, Einfuhrkontingente und Einfuhrsperren werden erst dann, falls sie wirklich nötig werden sollten, dem Arbeitsbauern etwas nützen, wenn Arbeiter und Bauern gemeinsam die Macht im Staate handhaben und die Kapitalisten daran hindern, Extraprofite in die Tasche zu schieben.

Die Hauptsache

Damit kommen wir auf die Hauptsache. Wir Kommunisten sagen den Bauern schon heute, daß eine wirkliche und dauernde Rettung der Bauernwirtschaft nicht möglich ist unter einer bürgerlichen Regierung und in einer Wirtschaft, deren „Kommandohöhen" von den Großindustriellen, Großbanken und Großgrundbesitzern besetzt sind. Der Bauer gehört nicht zum Gutsbesitzer, sondern zum Arbeiter. Die werktätige Bauernschaft wird nichts erreichen, wenn sie sich durch die bürgerlichen Parteien, durch Landbund und christliche Bauernvereine und Deutsche Bauernschaft verleiten läßt, Forderungen zu stellen, die die Kluft zwischen Arbeiter und Bauern erweitern müssen. Gegen die Arbeiterschaft kann der kleine und mittlere Bauer nichts gewinnen, mit der Arbeiterschaft alles. Nur unter dem starken Druck der großen Millionenmassen des werktätigen Volkes kann auch eine bürgerliche Regierung gezwungen werden, einige Zugeständnisse zu machen, um deren Durchführung und Erhaltung dann erst recht wieder der Kampf losgeht. „Rettung der Bauernwirtschaft", ist nur möglich, mit den Arbeitern gemeinsam, und durch den Sieg der Arbeiterklasse über die Ausbeuter.

Edwin Hoernle.

Brecht das Junker-Vorrecht gründlich!

Was bedeutet die Auflösung der Gutsbezirke?

Die Auflösung der Gutsbezirke und die Eingemeindung in benachbarte Stadt- und Landgemeinden nach dem Preußischen Gesetz vom 27. Dezember „betreffend Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsgesetzes" bietet endlich eine praktische Möglichkeit, den Landarbeitern und den Dorfgemeinden zu beweisen, daß das Interesse der Kommunisten an der ländlichen Bevölkerung sich nicht beschränkt auf einige schöne Phrasen über die Arbeiter- und Bauernregierung und über das Bündnis der Werktätigen in Stadt und Land. Die aktuelle politische Bedeutung der Auflösung besteht in folgenden Punkten:

1. Die Auflösung der Gutsbezirke ist durch die Initiative der Kommunistischen Partei erst erzwungen worden

Durch die Novemberregierung Ebert-Scheidemann, durch die rein sozialdemokratische Preußenregierung und 7 Jahre Koalitionsregierung, in der die Sozialdemokraten maßgebenden Einfluß hatten, ist die Auflösung der

Gutsbezirke als Hort der Reaktion

unterlassen. Im Gegenteil, die Vereinheitlichung der vielen bestehenden Landgemeindeordnungen zeigte die Reaktion am Werke. Der Regierungsentwurf wurde im vorigen Landtag noch so verschlechtert, daß selbst ein SPD.-Minister Severing keinen Wert auf Gesetzwerdung legte. Diesen verschlechterten Entwurf brachte der reaktionäre Zentrumsflügel erneut ein, der durch monatelange Ausschußberatungen noch reaktionärer gestaltet wurde. Hier setzte der schärfste parlamentarische und außerparlamentarische Kampf der Kommunisten ein. Die Weimarer Koalition konnte ihr reaktionäres Werk durch die Obstruktion der Kommunisten nicht zur Beschlußfassung bringen.

Um den Sozialdemokraten den demagogischen Vorwand zu nehmen „die Kommunisten vereiteln die Auflösung der Gutsbezirke", brachte die KPD.-Fraktion am 23. Juni 1927 eine Novelle zu den bestehenden Landgemeindeordnungen ein (3 Paragraphen), die innerhalb drei Monaten klipp und klar die Auflösung der Gutsbezirke durch Gesetz verlangte. Monatelang sabotierte die SPD. die Verarbeitung dieser Novelle und erst am 2. Dezember brachte sie die oben erwähnte Gesetzesvorlage ein. Daß erst durch das In-die-Zange-Nehmen der Kommunisten die Auflösung der Gutsbezirke erzwungen ist, beweisen die Auslassungen des bei allen Verhandlungen mitbeteiligten volksparteilichen Abgeordneten von Eynern in der „Kommunalen Umschau" vom 23. Dezember 1927:

„... dieser allgemeine Widerstand (gegen eine allgemeine Zwangsauflösung der Gutsbezirke gerade in bäuerlichen Kreisen) aber machte nun erst recht die Forderung allgemeiner Auflösung zu einem politischen Kampfziel, und selbstverständlich waren es die Kommunisten, die hier die Fahne vorantrugen. Es scheint, daß sich diese Partei von der Vereinigung von Gutsarbeitern und Gutsbesitzern in einer Gemeinde in erster Linie die Möglichkeit verspricht, die Gutsarbeiter noch stärker als bisher gegen die Arbeitgeber aufputschen zu können. Es sind daher auch die Kommunisten gewesen, die, noch bevor das Scheitern der Landgemeindeordnung von der Regierung zugegeben war, einen Initiativantrag auf sofortige Auflösung sämtlicher Gutsbezirke einbrachten. Dieser Ruhm hat offenbar die Sozialdemokraten nicht schlafen lassen, und unter dem Druck dieses kommunistischen Vorgehens ist dann der Initiativantrag eingebracht worden, der jetzt in so überhastender Weise durchgepeitscht worden ist. Daß sich das Zentrum und die Demokraten in dieser Weise vor den Wagen der kommunistisch-sozialdemokratischen Interessen spannen lassen, bildet eine jener Unbegreiflichkeiten, an die man sich unter dem Zeichen der Weimarer Koalition wird gewöhnen müssen ..."

2. Die besondere feudale Machtstellung des Gutsbesitzers

der wirtschaftlich als Unternehmer und politisch als amtliche Behörde alle wirtschaftlichen und politischen Funktionen für seinen Bezirk in sich vereinigte, ist aufgehoben. Das bedeutet nicht, daß der Gutsbesitzer aller Macht entkleidet ist. Sein Großgrundbesitz beläßt ihm nach wie vor eine starke wirtschaftliche Macht. Politisch ist seine Macht verkörpert durch seine engen Beziehungen zu der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, zum Landbund und durch seine engen Interessenverbindungen mit dem Finanzkapital.

Verloren hat er seine politische Macht örtlich als Polizei und als amtliche Behörde.

Der Gutsbesitzer kann nicht, wie bisher, Faschisten unangemeldet in seinem Gutsbezirk dulden. Auch kann er nicht mehr die Führungszeugnisse der gemaßregelten Arbeiter fälschen. Er hat auch nicht mehr das Recht, in den Wohnungen seiner Arbeiter als Amtsperson herumzuschnüffeln.

3. Die Gutsarbeiterschaft kann an den Gemeindewahlen jetzt teilnehmen

was eine politische Aktivisierung und Schulung der Landarbeiter herbeiführen wird und eine Zunahme der proletarischen Wählerzahlen in den Landgemeinden bedeutet.

4. Die Widerstandsfähigkeit der Landarbeiter in Wirtschaftskämpfen wird verstärkt

da sie bei Erwerbslosigkeit infolge Maßregelung nunmehr Anspruch auf Wohlfahrtsunterstützung durch die Gemeinde haben und bei Vertreibung aus den Werkswohnungen Ansprüche auf Raumbeschaffung an die Gemeinden stellen können.

5. Den Gutsbesitzern wird das Wegerecht und die Aufsicht über die Wasserläufe entzogen

so daß es jetzt den Gemeindeverwaltungen zufällt, was insbesondere für die Kleinbauern, Pächter und Siedler wichtig ist. Der Gutsbesitzer sabotierte jede vernünftige Wegeregelung. Die kleinen Bauern und sonstigen Dorfbewohner mußten weite Umwege machen, um zu ihrem Ziel zu gelangen. Was nützte es auch den Gemeinden, wenn sie Grabenregulierungen und -reinigungen vorgenommen haben, wenn sich der Gutsbesitzer um die Regulierung in seinem Bereich nicht kümmerte und dadurch Ueberschwemmungen in der Dorfgemeinde hervorgerufen wurden.

6. Die weitgehende Steuerfreiheit der Gutsbesitzer für kommunale Aufgaben wird beseitigt

da sie jetzt zu den Gemeindesteuern und sonstigen kommunalen Abgaben herangezogen werden können. Bisher waren die Gutsbesitzer nur zur staatlichen Grundvermögenssteuer herangezogen worden. Nach der Eingemeindung sind nach § 24 des Kommunalabgabengesetzes

die Gutsbesitzer wie alle anderen Gemeindemitglieder verpflichtet, für bebaute und unbebaute Grundstücke die Grundvermögenssteuer als Gemeindezuschlag zu zahlen.

Die Eingemeindung bedeutet also eine Belastung des bisher steuerfrei gebliebenen Grundbesitzes nach dieser Richtung hin. Ebenso sind die Gemeinden nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, die Gutsbesitzer in den Gutsbezirken bei gewerbsmäßig betriebenen Unternehmungen, wie: Branntweinbrennereien, Ausbeutung von Torfstichen, von Sand-, Mergel-, Ton- und dergleichen Gruben, von Stein-, Schiefer-, Kalk- und dergleichen Brüchen, bei Fischfang in großen Landseen, soweit er mit Dampfkraft oder Motorkraft mit mehr als 50 PS oder mit mehr als 5 Arbeitern im Jahresdurchschnitt betrieben wird, zur Gewerbesteuer heranzuziehen.

Auch in bezug auf Gewerbesteuer hat die Steuerfreiheit der Großgrundbesitzer aufgehört.

Ebenso finden die in der Gemeinde bestehenden Vergnügungs-, Hunde- und sonstigen Gemeindesteuern Anwendung für den Gutsbesitzer. In Zukunft wird auch der Gutsbesitzer entsprechend seiner Größe zu den üblichen Hand- und Spanndiensten herangezogen werden. Aus dem vorstehenden ergibt sich zur Genüge, welch wichtige Rechte das Stadt- und Industrieproletariat unter Führung der Kommunisten zu realisieren haben wird.

Schafft auf allen Gütern Gutsräte!

Landarbeiter! Wehrt euch gegen Junkerwillkür und Lohnbetrug

Die Uebergriffe der Junker gegen die Landarbeiter mehren sich in erschreckender Weise. Das hat nicht zuletzt seine Ursache darin, daß heute in 75 von hundert landwirtschaftlichen Betrieben keine Betriebsvertretungen vorhanden sind. Das ist eine amtliche Feststellung des Enqueteausschusses des Reichstages. Demnach müßten auf Grund des § 93 des BRG. 75 Prozent aller Junker bestraft werden, weil sie die Bestimmungen des BRG. in der Vergangenheit nicht respektierten. Wenn das nicht geschah, so deshalb, weil die Junker mit der Klassenjustiz verfilzt und verschwägert sind und sich deshalb gegenseitig kein Haar krümmen, wobei ihnen die Passivität der sozialdemokratischen DLV.-Bürokratie bereitwilligst zu Hilfe kommt. Das Betriebsrätegesetz schreibt nämlich vor, daß dort, wo bisher kein Betriebsrat besteht, der Arbeitgeber einen Wahlvorstand stellen muß. Unterläßt das der Arbeitgeber, so muß die Belegschaft den Arbeitgeber dazu auffordern. Hierbei aber versagte bisher der DLV., als die berufene freigewerkschaftliche Interessenvertretung der Landarbeiter.

Dieser unhaltbare Zustand muß in den kommenden Wochen unbedingt beseitigt werden. Es darf keinen landwirtschaftlichen Großbetrieb mehr ohne einen Gutsrat geben. Wir Kommunisten helfen dabei. Zur Durchführung der nächsten Arbeiten für die Vorbereitung der Gutsrätewahlen sind folgende Dinge zu beachten:

1. **Wahlberechtigt.** Wählen kann und soll jeder Arbeitnehmer (männlich und weiblich), der am Wahltage das 18. Lebensjahr erreicht hat, wenn ihm oder ihr die bürgerlichen Ehrenrechte nicht aberkannt sind und sie oder er deutsche Reichsangehörige sind. Kurzum, es können alle Arbeitnehmer des Betriebes, die zum Reichstag, Landtag oder Gemeinderat wählen können, auch zum Betriebsrat wählen, nur daß das Wahlalter schon mit 18 Jahren beginnt.

Zu beachten ist noch, daß zur Wahl auch die Arbeitnehmer der Nebenbetriebe (Brennerei, Molkerei) gezählt werden müssen, sofern es sich wirklich um Nebenbetriebe handelt und nicht um völlig selbständige Betriebe.

2. **Wählbarkeit.** Häufig sind in landwirtschaftlichen Betrieben keine Kandidaten zu finden, die entsprechend dem BRG. schon sechs Monate im Betrieb und drei Jahre in der Landwirtschaft beschäftigt sind. In diesem Fall kann laut § 21 des BRG. von obigen Voraussetzungen abgesehen und können andere Kandidaten aufgestellt werden, notwendig ist jedoch in jedem Fall, daß sie 24 Jahre alt sind.

3. **Wieviel Betriebsratsmitglieder können gewählt werden?** Zur Wahl eines Betriebsrates (Gutsrates) kommen in Betrieben von

20—49	Arbeitnehmern	3	Betriebsratsmitglieder
50—99	„	5	„
100—199	„	6	„

Die Berechnung erfolgt nicht nach der Zahl der Wahlberechtigten, sondern nach der Zahl der ständig Beschäftigten.

4. **Obmannswahl.** Die Wahl eines Obmannes in landwirtschaftlichen Betrieben ist abweichend von der in den industriellen Betrieben. Bei letzteren ist bei einer Arbeitnehmerzahl von 5 bis 19 ein Obmann zu wählen, dagegen in landwirtschaftlichen Betrieben laut § 4 des Betriebsrätegesetzes ein Obmann erst bei 10 bis 19 Arbeitnehmern.

5. **Wahlausschreiben.** Das Wahlausschreiben muß enthalten:

a) wieviel Betriebsratsmitglieder zu wählen sind;
b) wo die Wählerliste (also das Verzeichnis derjenigen Personen, die über 18 Jahre alt sind) zur Einsicht ausliegt;
c) daß innerhalb drei Tagen, nachdem der Aushang erfolgt ist, Einsprüche gegen die Wählerliste angebracht werden können, und zwar beim Vorsitzenden des Wahlvorstandes. (Jedermann hat das Recht, die Wählerliste einzusehen. Es kann vorkommen, daß irgend jemand bei der Eintragung vergessen wurde.) Wer nicht in der Wählerliste steht, darf am Tage der Wahl nicht wählen;
d) wo und wann die Wahlvorschläge einzureichen sind (das ist spätestens 8 Tage nach erfolgtem Aushang);
e) wo die Vorschlagslisten zur Einsicht ausliegen;
f) wo die Wähler den Wahlumschlag empfangen;
g) Ort und genauen Zeitpunkt der Wahlhandlung;
h) die genaue Adresse des Vorsitzenden des Wahlvorstandes.

Am besten ist, wenn die Kollegen und Kolleginnen sich Vordrucke solcher Wahlausschreiben vom Kreis- oder Gauleiter des Verbandes kommen lassen.

6. **Der Wahlakt.** Ist nur eine Liste eingereicht, so gilt diese als gewählt, ohne besondere Abstimmung. Bei mehreren Listen müssen dieselben durch Nummern (Wahlvorschlag 1 usw.) kenntlich gemacht werden. Die Wahl ist geheim. Der Wählende schreibt auf einen Zettel, welche Liste (möglichst auch den ersten Namen dieser Liste) er wählen will, ohne seinen eigenen Namen als Unterschrift hinzuzuschreiben und steckt den Zettel in den vom Wahlvorstand am Wahltag erhältlichen Briefumschlag, den er in den verschlossenen Wahlkasten wirft.

Ueberall müssen die Gau- und Kreisleitungen des DLV. unverzüglich aufgefordert werden, die Wahltermine für die Gutsratswahlen in der gesamten Arbeiterpresse zu veröffentlichen.